

WAHLPROGRAMM 2009

DE ROUNDE TULDE



MIR PAKEN ET UN

LSAP
D'SOZIALISTEN

De roude Fuedem

LSAP-Wahlprogramm 2009

Inhaltsverzeichnis, Seite 1 u. 2

Die Rückkehr der Politik, Seite 3

Rote Leitlinien für eine nachhaltige Politik, Seite 3 u. 4

Teil I: „Mir paken et un“, Seite 5-56

A. Sozialstaat: Garant für Chancengleichheit und sozialen Frieden, Seite 5-13

1. Von der Existenzsicherung zum Sozialausgleich, Seite 6
2. Soziale Rechte ausbauen, Seite 8
3. Armut bekämpfen, Kaufkraft erhalten, Seite 9
4. Überschuldung vorbeugen, Seite 12
5. Soziale Dienste stärken, Seite 12

B. Wirtschaftsstandort Luxemburg: Wege aus der Abhängigkeit, Seite 14-35

6. Finanzwirtschaft neu ordnen, Seite 14
7. Diversifizieren und konsolidieren, Seite 16
8. Neue Impulse für den Mittelstand, Seite 19
9. Wissen schafft Wachstum, Seite 20
10. Optimale Rahmenbedingungen bieten, Seite 22
11. Energieversorgung langfristig absichern, Seite 23
12. Landwirtschaft: Vorrang für Lebensmittelproduktion, Seite 24
13. Weinbau an das internationale Umfeld anpassen, Seite 27
14. Tourismus braucht neue Dynamik, Seite 27
15. Für eine soziale Wirtschaftsethik, Seite 29
16. Solidarwirtschaft auf eine solide Grundlage stellen, Seite 31
17. Standortfaktoren pflegen, Seite 32

C. Vorrang für Bildung und Kinderbetreuung, Seite 36-48

18. Der öffentliche Bildungsauftrag: Eigenverantwortung und Solidarität, Seite 37
19. Kompetenzorientiertes Lernen, Seite 38
20. Schulentwicklung und Qualitätsförderung, Seite 39
21. Bedarfsorientierte Schülerbetreuung, Seite 39
22. Ein nationales Konzept für die Kinderbetreuung, Seite 40
23. Übergang von der Grundschule zum Sekundarunterricht, Seite 41
24. Aktionsplan für den Sprachenunterricht konsequent umsetzen, Seite 42
25. Allgemeinbildung fördern, Abitur reformieren, Seite 43
26. Öffentliches Bildungsangebot weiter ausbauen, Seite 44
27. Nationales Institut für Lifelong Learning, Schul- und Berufsorientierung schaffen, Seite 44
28. Luxemburg braucht eine gute Universität, Seite 45
29. Bildungsquote verbessern, Seite 46
30. Einheitlicher Werteunterricht für alle, Seite 47

D. Vollbeschäftigung, sichere Arbeitsplätze und gerechte Löhne, Seite 49-56

31. Arbeitslosigkeit: Risikogruppen gezielt stärken, Seite 49

- 43 32. Beschäftigung fördern, Entlassungen vorbeugen, Seite 51
- 44 33. Arbeitsmarktverwaltung neu aufstellen, Seite 52
- 45 34. Keine Flexibilität zu Lasten der Arbeitnehmer, Seite 53
- 46 35. Beschäftigungsquote durch Bildung und gute Rahmenbedingungen erhöhen, Seite 53
- 47 36. Für gerechte Löhne und Gehälter sorgen, Seite 54
- 48 37. Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsrechte verbessern, Seite 56

49 Teil II: „Op d’Leit kënn et un“, Seite 57-106

50 E. Gesundheitsversorgung beginnt mit Prävention, Seite 57-65

- 51 38. Grundpfeiler des Gesundheitssystems bleiben unangetastet, Seite 57
- 52 39. Gesundheitskultur durch Bewusstseinsbildung, Seite 58
- 53 40. Bündnis gegen Depression und Drogenmissbrauch, Seite 59
- 54 41. Neue Rahmenbedingungen für Gesundheitsberufler, Seite 61
- 55 42. Mehr Patientenschutz durch Qualitätssicherung, Seite 61
- 56 43. Medizinische Versorgung ausbauen und optimieren, Seite 62
- 57 44. Gesundheitsförderung vorantreiben, Seite 64

58 F. Lebensqualität verbessern, Nachhaltigkeit fördern, Seite 66-84

- 59 45. Luxemburg braucht Nachhaltigkeit, Seite 67
- 60 46. Luxemburg braucht Energieeffizienz, Seite 69
- 61 47. Luxemburg braucht Landesplanung, Seite 70
- 62 48. Luxemburg braucht starke Kommunen, Seite 72
- 63 49. Luxemburg braucht Mobilität, Seite 73
- 64 50. Luxemburg braucht Verkehrssicherheit, Seite 74
- 65 51. Luxemburg braucht aktiven Umweltschutz, Seite 76
- 66 52. Luxemburg braucht bezahlbaren Wohnraum, Seite 78
- 67 53. Luxemburg braucht einen bürgernahen öffentlichen Dienst, Seite 79
- 68 54. Luxemburg braucht gezielte Sportförderung, Seite 80
- 69 55. Luxemburg braucht ein flächendeckendes Sport- und Freizeitangebot, Seite 82
- 70 56. Luxemburg braucht ein modernes Bibliothekswesen, Seite 82
- 71 57. Luxemburg braucht gute Bedingungen für Kulturschaffende, Seite 83

72 G. Solidarität und Partizipation: Verantwortung teilen, Seite 85- 98

- 73 58. Recht auf Sicherheit, Freiheit und politische Partizipation, Seite 85
- 74 59. Kultur als Integrationsfaktor nutzen, Seite 89
- 75 60. Verantwortung teilen, Integration fördern, Seite 91
- 76 61. Solidarität mit behinderten Menschen, Seite 92
- 77 62. Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, Seite 93
- 78 63. Generationenvertrag auf eine solide Grundlage stellen, Seite 93
- 79 64. Kinder und Jugendliche besser schützen, Seite 94
- 80 65. Auf die Jugend setzen, Seite 95
- 81 66. Senioren als gesellschaftliches Potenzial wahrnehmen, Seite 96
- 82 67. Ehrenamt und Zivilgesellschaft: Rückgrat des Gemeinwesens, Seite 97

83 H. Vorbild Europa: Krisenerprobtes Friedens-, Wirtschafts- und Sozialmodell, Seite 99-106

- 84 68. Auf die Menschen kommt es an, Seite 100
- 85 69. Europa für Frieden und gegen Armut, Seite 101
- 86 70. Wirtschaft und Entwicklung im Dienst der Menschen, Seite 104
- 87 71. Neuer Sozialvertrag für Europa, Seite 105

88

Die Rückkehr der Politik

Die internationale Finanzkrise hat gezeigt: Globalisierung ohne gesellschaftliche Verantwortung ist für die betroffenen Menschen und Länder verheerend. Unter dem allgemeinen Vertrauensverlust leiden Wirtschaft und Politik gleichermaßen. Die neoliberalen „Wirtschaftsweisen“ und ihre mächtigen Statthalter in den Führungsetagen haben ihre Deregulierungsdoktrin jahrzehntelang zur Profitmaximierung missbraucht und stehen nun vor einem globalen Scherbenhaufen. Obwohl Ausmaß und Folgen ihres verantwortungslosen Handelns für die Realwirtschaft noch nicht vollends absehbar sind, drängen sich grundlegende Schlussfolgerungen auf, die einen möglichen Ausweg aus der allgemeinen Vertrauenskrise vorzeichnen. Die gängige Ansicht, der freie Markt könne alles regeln, hat sich endgültig als Trugschluss mit fatalen Folgen für die betroffenen Menschen erwiesen. Das offenkundige Scheitern eines deregulierten Marktes markiert eine Zäsur, aus der sich politisch eine kollektive Verantwortung für die Weltgemeinschaft ableitet. Die internationale Finanz- und Börsenkrise hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass es keine echte Alternative zur **sozialen** Marktwirtschaft und Sozialdemokratie geben kann. Mit dem offenkundigen Scheitern eines entfesselten Marktes wird das Primat der Ökonomie durch die Rückkehr der Politik abgelöst. Dort wo Wirtschaft nach Profit strebt, muss Politik für Ausgleich sorgen und das Gemeinwohl im Blick haben. Darin liegt ihre Chance und unsere Stärke. Als Sozialisten wollen wir beides durch verantwortungsvolles Handeln im Interesse aller Bürger nutzen. Solidarität verpflichtet. Politik gestaltet.

Gehen wir die Herausforderung in schwierigen Zeiten gemeinsam an - wohl wissend, dass der politische Handlungsspielraum und die Umsetzung von Wahlprogrammen wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem sich daraus ergebenden Finanzrahmen abhängen!

111

Rote Leitlinien für eine nachhaltige Politik

- Die LSAP tritt für einen starken Sozialstaat und Chancengerechtigkeit in allen Lebensbereichen ein. Die wirtschaftliche Entwicklung und der soziale Ausgleich bedingen sich gegenseitig; sie sind Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden.
- Die LSAP strebt nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit hohen Sozial- und Umweltstandards an. Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen und der Gemeinschaft dienen. Vernünftiges Wachstum hat das Wohl künftiger Generationen im Blick.
- Die LSAP unterstützt die Konsolidierung und dauerhafte Absicherung des Luxemburger Banken- und Finanzsektors. Als Gegenleistung fordert sie Transparenz und eine neue Wirtschaftsethik mit klaren Verhaltensregeln.
- Die LSAP setzt sich für den konsequenten Ausbau der Realwirtschaft, die Förderung der Solidarwirtschaft und den fairen Handel ein.

- Wirtschaft beruht auf Konsum. Ohne Kaufkraft wird sie nicht wachsen. Die LSAP tritt für die langfristige Absicherung des Index-Mechanismus und den Erhalt der Kaufkraft durch steuerpolitische Maßnahmen und Sozialtransfers ein.
- Die LSAP fördert eine hochwertige Bildung und Qualifikation für alle. Eigenverantwortung im Leben und die Fähigkeit sich durch Kompetenz auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, können nur durch die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen gewährleistet werden.
- Die LSAP setzt sich für Vollbeschäftigung, gerechte Löhne und maßvolle Managerbezüge ein. Das Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung darf nicht durch Profitmaximierung in Frage gestellt werden. Jeder Mensch muss seinen Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit und Ersatzleistungen sichern können.
- Die LSAP tritt für ausgeglichene Staatsfinanzen und die langfristige Absicherung des Sozialstaats ein. Nur eine solidarisch finanzierte Kranken-, Pflege-, Invaliden- und Rentenversicherung kann zusammen mit den notwendigen Sozialtransfers für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.
- Die LSAP baut auf starke Kommunen, die ihre Aufgaben im Dienst der Bürger auf der Grundlage einer soliden Finanzierung wahrnehmen können.
- Die LSAP setzt auf Lebensqualität. Sie tritt für bezahlbaren Wohnraum, eine gesunde Umwelt, eine verbesserte Mobilität und eine hochwertige Gesundheitsversorgung ein.
- Luxemburg braucht Immigration. Die LSAP macht sich für soziale Integration und eine Kultur des Miteinanders stark. Nur gemeinsam können wir ein solidarisches Gemeinwesen erhalten und weiterentwickeln.
- Die LSAP tritt für konsequente Armutsbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene ein. Solidarität ist aus sozialistischer Sicht unteilbar. Sie gilt nach innen und außen gleichermaßen. Kooperationspolitik ist und bleibt das internationale Pendant von nationaler Sozialpolitik.
- Die LSAP nimmt die globale Verantwortung für den Klimaschutz ernst und setzt sich konsequent für einen sparsamen Umgang mit Naturressourcen, für Energieeffizienz und die Förderung von erneuerbaren Energien ein.
- Die LSAP bekennt sich zum europäischen Integrationsprozess. Die Europäische Union ist ein wesentlicher Bestandteil internationaler Friedenspolitik. Die weltweite Finanzkrise hat gezeigt, dass es keine politische Alternative zum europäischen Friedensprojekt und Sozialmodell gibt.

Teil I: „Mir paken et un“

A. Sozialstaat: Garant für Chancengleichheit und sozialen Frieden

„Die Arbeiterbewegung hat über Generationen den Sozialstaat erkämpft. Die Sozialisten werden ihn erhalten und ausbauen. In der Solidargemeinschaft stehen die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken und Pflegebedürftigen, die Arbeitenden für die Arbeitslosen ein. Wir sind gegen die Privatisierung der Absicherung elementarster Lebensrisiken.“

(LSAP-Grundsatzprogramm 2002)

Der Sozialstaat ist das Fundament einer Gesellschaftsordnung, die für sozialen Ausgleich sorgt, wo sich die Gesetze des freien Marktes naturgemäß an der Wertschöpfung und Profitmaximierung orientieren. Während die Sozialdemokratie für gerechte politische Rahmenbedingungen sorgt, tritt die soziale Marktwirtschaft für die Umverteilung der geschöpften Werte zugunsten sozial schwächerer Bevölkerungsschichten ein. Dieser Sozialvertrag, der vergangene, heutige und künftige Generationen einschließt, beruht auf Solidarität und geteilter Verantwortung. Er findet seinen konkreten Niederschlag in beachtlichen Sozialausgaben (ca. 50 Prozent des jährlichen Staatsbudgets), die über den Steuerzahler, also das Gemeinwesen, auf der Grundlage solidarischen und verantwortungsbewussten Handelns finanziert werden. Diese kollektive Verantwortung darf unter keinen Umständen den Kräften des freien Marktes überlassen werden oder den Sachzwängen einer liberalen Wirtschaftsordnung zum Opfer fallen. Deshalb gilt es auch künftig, die Grundversorgung aller Bürger durch die öffentliche Hand sicherzustellen. Sie muss das soziale Netz so eng stricken, dass möglichst niemand hindurchrutscht und ins gesellschaftliche Abseits gerät. Dieser sozialpolitische Kraftakt wird auch künftig Geld kosten, das erst einmal erwirtschaftet und dann möglichst gerecht verteilt werden muss. An öffentlichen Bildungs- und Grundversorgungsangeboten darf selbst unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gerüttelt werden. Sie sind Voraussetzung für den sozialen Frieden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung unseres Landes. Die sozialen Sicherungssysteme müssen in ihrer Substanz erhalten und weiter optimiert werden. Darin liegt unsere kollektive Verantwortung, für die Sozialisten auch in Zukunft geradestehen.

Die LSAP war, ist und bleibt die Partei des sozialen Fortschritts. Unsere sozialstaatliche Tradition und unsere politischen Überzeugungen sind ein eindrucksvoller Beleg für unser dauerhaftes Streben nach sozialer Gerechtigkeit.

Die Sozialisten treten dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme in ihrer jetzigen Form zu erhalten, auszubauen und langfristig abzusichern. Das Luxemburger Sozialmodell steht für den sozialen Frieden und hat im europäischen Vergleich Vorbildcharakter. Es beruht auf Solidarität und einem starken staatlichen Engagement, es garantiert einen allgemeinen Versicherungsanspruch und geht vom Prinzip der Existenzsicherung aus. 52 Prozent der Einnahmen der Sozialversicherung stammen vom Staat, 24 Prozent von den Arbeitnehmern und 20 Prozent von den Arbeitgebern. Für die LSAP steht fest: Die Beitragsleistung darf nicht weiter zugunsten der Arbeitgeber und zu Lasten der Beschäftigten verschoben werden.

Für die LSAP ist die solidarische Finanzierung von Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung eine sozialstaatliche Errungenschaft, an der nicht gerüttelt werden darf. Ein starkes Wirtschaftswachstum, solide Staatsfinanzen und ein vernünftiger Umgang mit den verfügbaren Ressourcen sind die Voraussetzung für deren langfristige Absicherung. In diesem Sinne verpflichten sich die Sozialisten zu einer bedachtsamen Ausgabenpolitik. Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ist ein sorgfältiger und effizienter Umgang mit den Ressourcen unabdingbar. Missbräuche zu Lasten des Luxemburger Sozialsystems müssen durch wirksame Kontrollen und ein verstärktes Verantwortungsbewusstsein aller Akteure unterbunden werden. Der pflichtbewusste Umgang mit Steuergeldern erfordert Effizienz und Weitsicht. Nur so kann die Existenzsicherung aller Bürger langfristig gewährleistet werden. Sie wirkt sich auf verschiedenen Versorgungsebenen aus.

Im Bereich der Unfallversicherung werden die Sozialisten ein Bonus-Malus-System für Betriebe einführen und für eine optimale Unfallprävention sorgen. Die LSAP lehnt das Prinzip einer Zweiklassen-Medizin ab und strebt eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle Bürger an. Aus Sicht der Sozialisten gibt es keine Alternative zur öffentlichen Gesundheitskasse. Solidarisch finanzierte Zusatzversicherungen, die die Leistungen der Nationalen Gesundheitskasse sinnvoll ergänzen, sollen optimiert werden. Die nationale Gesundheitskasse wird eine bessere Steuerung unseres Gesundheitssystems ermöglichen und den Dienst am Bürger durch eine einheitliche Anlaufstelle (*guichet unique*) verbessern. In der Pflegeversicherung werden die Sozialisten das Angebot weiter diversifizieren und den Bereich des betreuten Wohnens weiter ausbauen.

Auch der Zugang zu Pflege- und Altenheimplätzen muss optimiert werden. Deshalb schlagen die Sozialisten die Einführung einer nationalen Warte- und Prioritätenliste vor, die den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung tragen soll. Auch die Pflegeversicherung soll einer durchgängigen Qualitätskontrolle unterzogen werden. Deshalb schlagen die Sozialisten systematische Kundenbefragungen vor.

Im Bereich der Rentenversicherung werden die Sozialisten die Individualisierung der Rentenansprüche weiter ausbauen und für eine obligatorische Weiterversicherung bei Berufsunterbrechungen sorgen. Darüber hinaus kommt der langfristigen Absicherung des Luxemburger Rentensystems besondere Bedeutung zu. Ein Abrücken vom bewährten Umlageverfahren wird es mit den Sozialisten mit Sicherheit nicht geben. Die LSAP will aufgrund

236 der Erfahrungen in Zusammenhang mit der internationalen Finanzkrise die Reservenbildung
237 verstärken und die Einlagensicherung weiterhin in den Vordergrund rücken. Damit erteilen die
238 Sozialisten jenen eine klare Absage, die Rentenreserven verstärkt in Risikokapitalmärkten
239 investieren wollen.

240 Die demografische Entwicklung und die steigende Lebenserwartung dürfen im Hinblick auf die
241 langfristige Finanzierung des Rentensystems nicht außer Acht gelassen werden. Dennoch lehnt
242 die LSAP eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters ab. Die Sozialisten wollen das
243 frühzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben vielmehr durch gezielte Anreize verhindern. Im
244 Prinzip sollte jeder Arbeitnehmer am Ende seiner Berufslaufbahn 40 effektive Versicherungsjahre
245 aufweisen. Ohne die Unterstützung seitens der Arbeitgeber wird dieses Ziel wohl nicht zu
246 erreichen sein. Deshalb will die LSAP jene Betriebe unterstützen, die ältere Arbeitnehmer und
247 Berufsrückkehrer wieder einstellen. Aus LSAP-Sicht sollte ehrenamtliches Engagement im
248 Sozialbereich stärker von der Sozialversicherung abgedeckt werden und Rentenansprüche
249 ermöglichen. Auch die Anti-Kumulregelungen sollten überarbeitet werden. Die Sozialisten
250 befürworten darüber hinaus den Aufbau von eigenständigen Rentenansprüchen.

251 Neben der Existenzsicherung sorgt der Sozialstaat durch eine Vielzahl von Garantie- und
252 Transferleistungen für mehr soziale Gerechtigkeit. Der garantierte Mindestlohn und das
253 gesicherte Mindesteinkommen gehören ebenso dazu wie die Mutterschaftsprämie, Kinder- und
254 Schulgeld, eine Erziehungspauschale und Elternurlaubsentschädigung, Arbeitslosengeld, eine
255 Teuerungszulage für niedrige Einkommensschichten, staatliche Zinsvergütungen auf
256 Immobilienkrediten, Sozialhilfe, Beschäftigungsprämien, Studienbeihilfen ... – eine Fülle an
257 sozialstaatlichen Errungenschaften, die von Sozialisten über Jahrzehnte hinweg erkämpft
258 wurden und verteidigt werden.

259 Hinzu kommt die in Wirtschaftskreisen viel gescholtene automatische Lohnanpassung an die
260 Preisentwicklung. Gemäß ihrem Landeskongressbeschluss vom 9. März 2008 hält die LSAP an
261 der integralen Wiedereinführung des Indexmechanismus nach 2009 fest. Die neue Regierung
262 muss in Absprache mit den Sozialpartnern den Übergang zum bewährten Indexsystem nach
263 den Parlamentswahlen regeln. Die Kaufkraft der Bürger muss erhalten bleiben. Die
264 internationale Finanzkrise hat die Weltwirtschaft schwer erschüttert. Darunter leiden sowohl
265 Unternehmen als auch Arbeitnehmer. In diesem schwierigen wirtschaftlichen Kontext mit
266 steigender Erwerbslosigkeit warnen die Sozialisten ausdrücklich vor Bestrebungen, die auf
267 Sozialabbau drängen. Vielmehr gilt es, Signale in die entgegengesetzte Richtung zu senden. Bei
268 der Grundversorgung der Menschen müssen verstärkt soziale Aspekte berücksichtigt werden.

269 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik muss mit Hilfe eines starken
270 Sozialstaats für die Menschen spürbar untermauert werden. Politikverdrossenheit ist in
271 Krisenzeiten ein denkbar schlechter Ratgeber, sie führt zu populistischen Auswüchsen und
272 extremen Einstellungen, die sich ein kleines Einwanderungsland mit steigender Ausländerquote
273 überhaupt nicht leisten kann. Der gesellschaftliche Zusammenhalt hängt von vielen Faktoren ab:
274 Bildung, Wohlstand, Solidarität, Toleranz, Integration und politische Partizipation. Der soziale
275 Frieden ist langfristig nur durch sozialstaatliche Tugenden und entsprechende

276 Garantieleistungen zu gewährleisten. Für die LSAP bleibt diese gesellschaftliche Grundlage das
277 A und O einer nachhaltigen Politik.

278

279 Soziale Rechte ausbauen

280 Soziale Rechte sollten stärker in den Mittelpunkt gerückt und die Sozialgesetzgebung
281 entsprechend angepasst werden. Das neue Gesetz über Sozialhilfe trägt diesem Gesichtspunkt
282 Rechnung und legt einen rechtlichen Anspruch auf Sozialhilfe zugrunde. Die Finanzierung von
283 sozialen Dienstleistungen sollte verstärkt auf der Grundlage von politischen Zielsetzungen
284 erfolgen. In diesem Sinne wollen die Sozialisten den konkreten Bedarf an Sozialleistungen
285 anhand einer eingehenden Untersuchung prüfen und das Prinzip einer selektiven,
286 bedarfsorientierten Sozialtransferpolitik stärker verankern. Sozialpolitik sollte darüber hinaus
287 möglichst transversal und ressortübergreifend ausgerichtet werden. Die Sozialisten halten es in
288 diesem Zusammenhang für sinnvoll, die Kodifizierung des Sozialrechts nach dem Vorbild des
289 Arbeitsrechts in Angriff zu nehmen. Daneben wollen die Sozialisten eine zentrale Anlaufstelle in
290 Sachen Sozialrechte schaffen.

291 Sozialpolitische Reformansätze wie die Einführung des Kinderbonus, die Ausgabe von
292 Dienstleistungsschecks und die Umwandlung von Steuerfreibeträgen in Transferleistungen
293 entsprechen langjährigen Forderungen der Sozialisten und sollen künftig weiter ausgebaut
294 werden. Dabei könnte das sozial abgestufte Dienstleistungsscheckmodell neben der
295 Kinderbetreuung auf andere Schlüsselbereiche übertragen werden. Dienstleistungsschecks für
296 Fortbildungs-, Mobilitäts- und Kulturangebote wären aus sozialistischer Sicht gute
297 Reformansätze, von denen hilfsbedürftige Bürger verstärkt profitieren könnten. Darüber hinaus
298 wollen die Sozialisten das Anwendungsgebiet der Dienstleistungsschecks für Kinderbetreuung
299 erweitern und die Ansparung von Rentenansprüchen damit ermöglichen.

300 Die LSAP will sich auch in den kommenden Jahren für den Ausbau der sozialen Rechte stark
301 machen. Die Sozialisten treten für eine Verlängerung des Spezialurlaubs für Väter bei der Geburt
302 ihrer Kinder ein und wollen darüber hinaus den Sonderurlaub für Eltern zur Betreuung ihrer
303 kranken Kinder ausweiten. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, Familie und Beruf besser
304 in Einklang zu bringen und Eltern die nötige Flexibilität geben, um ihre Kinder in
305 Ausnahmefällen besser betreuen zu können.

306 Kurse zur Vorbereitung von Geburt und Elternschaft sollen verstärkt in Anspruch genommen
307 werden können. Deshalb wollen die Sozialisten ein einheitliches Modell für ein
308 flächendeckendes, kostenloses Kursangebot schaffen. Auch die Hebammenbetreuung vor und
309 nach der Geburt soll umfassender von der Gesundheitskasse rückerstattet werden.

310 Die Gesetzeslage für platzierte Pflegekinder und ihre jeweiligen Familien soll ebenfalls verbessert
311 werden. Die Rechte und Pflichten von Pflegekindern und -eltern müssen dabei genauer definiert
312 werden. Pflegekindern sollte ein Mitbestimmungsrecht zugestanden werden, wenn es um die
313 Gestaltung der Besuchszeiten geht. Pflegekinder sollen in den Augen der Sozialisten darüber

mitentscheiden, wann und wie oft sie ihre leiblichen Eltern besuchen können bzw. wollen. Bei Adoptionen sollten auch berufstätige Pflegeeltern Anspruch auf die gesetzlichen Urlaubstage haben. Die Sozialisten wollen ferner sicherstellen, dass das Lebensumfeld von Pflegekindern möglichst stabil bleibt. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, inwiefern und unter welchen Voraussetzungen die mögliche Rückgabe der Pflegekinder in die Obhut der leiblichen Eltern ermöglicht werden soll. Die Sozialisten werden auch für einheitliche und transparente Auflagen eintreten, die potenzielle Pflegeeltern bei der Aufnahme von Pflegekindern erfüllen müssen. In diesem Sinne fordert die LSAP eine pflichtmäßige Ausbildung für künftige Pflegeeltern, vergleichbar mit jener für Tageseltern. Pflegeeltern sind bestmöglich auf die Betreuung der Kinder vorzubereiten, die ihnen von Staats wegen anvertraut werden.

Daneben wollen die Sozialisten die Rechte von behinderten Menschen ausbauen und durch ein entsprechendes Rahmengesetz absichern. Dazu gehört ein individuelles Recht auf sozialpädagogische Betreuung sowie ein Recht auf freien Zugang zu hochwertigen Hilfs- und Pflegediensten.

Armut bekämpfen, Kaufkraft erhalten

Der Kampf gegen Armut und Inflation bleibt für die Sozialisten eine absolute Priorität. Der Statec hat für Luxemburg ein erhebliches Armutsrisiko ausgemacht, das durch Kaufkraftverlust zusätzlich gesteigert wird. 13,5 Prozent der Luxemburger Bevölkerung - das sind immerhin 60.000 Menschen - droht das Abrutschen in die Armut, weil sie über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. Ohne Sozialtransfers würde das Armutsrisiko in Luxemburg sogar an die 40-Prozent-Marke heranreichen. Diese Zahlen belegen eindringlich die Notwendigkeit einer effizienten und selektiven Sozialtransferpolitik.

Besonders stark vom Armutsrisiko betroffen bleiben Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre. Derselbe statistische Befund gilt für ausländische Mitbürger und Alleinerziehende. Die Inflation trifft einkommensschwache Bevölkerungsschichten weitaus stärker, da sie ihr verfügbares Einkommen für ihre Grundversorgung aufbringen müssen und kaum etwas ansparen können. Die gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise haben die von Armut bedrohten Bevölkerungsschichten besonders hart getroffen.

Sorgen bereitet in diesem Zusammenhang auch das „Working Poor“-Phänomen, das Menschen bezeichnet, die trotz Erwerbstätigkeit von Armut bedroht bleiben. Laut Statec zählen zwölf Prozent aller Beschäftigten zu den Niedriglohneempfängern. Frauen sind mit 21 Prozent überdurchschnittlich stark bei den Geringverdienern vertreten. Auch Jugendliche, Teilzeitbeschäftigte und unqualifizierte Arbeitnehmer sind verstärkt dieser Kategorie zuzuordnen. Zu viele Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren verlassen die Schule vorzeitig ohne entsprechende Qualifikation. Besonders stark betroffen sind junge Männer und Ausländer. Ein knappes Drittel der Schulabbrecher sind späterhin im Niedriglohnbereich beschäftigt. Diesen Risikogruppen wollen die Sozialisten auch künftig ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und neue Akzente anregen, um der drohenden Armutsfalle mit politischem Nachdruck zu begegnen.

353 Bildung muss den sozialen Aufstieg jederzeit ermöglichen. Vor diesem Hintergrund kommt dem
354 lebenslangen Lernen eine Schlüsselrolle zu. Auch Schulabbrecher müssen durch entsprechende
355 Angebote und Übergänge die Möglichkeit bekommen, den Wiedereinstieg in den
356 Bildungsprozess zu schaffen. Die Sozialisten halten die Validierung von Berufs- und
357 Lebenserfahrungen für ein besonders geeignetes Mittel auf dem Weg zu einer besseren
358 Qualifikation. Die LSAP will dieses Instrument auf allen Bildungsebenen weiterentwickeln und
359 verstärkt einsetzen.

360 Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch in der Betreuung von jungen Menschen, die einen
361 Job suchen und von ihren Eltern kaum oder gar nicht unterstützt werden. Es fehlt an
362 entsprechenden Einrichtungen, die einem klaren Konzept folgen und Beschäftigung durch
363 zusätzliche Bildungsangebote ermöglichen müssen. Auf der Grundlage des ASFT-Gesetzes
364 sollten zusätzliche Betreuungsstrukturen für junge Menschen eingerichtet werden, die dringend
365 auf Hilfe von außen angewiesen bleiben. Es ist Pflicht des Sozialstaates, auch jungen
366 Menschen ohne Qualifikation klare Berufs- und Lebensperspektiven zu bieten. Ohne sie geht der
367 gesellschaftliche Zusammenhalt verloren, ohne sie lässt sich Zukunft nicht nachhaltig gestalten.

368 Armutsbekämpfung muss aber auch durch konkrete, spürbare Maßnahmen erfolgen. Die
369 Verdoppelung und Umwandlung des Heizkostenzuschusses in eine Teuerungszulage ist eine
370 richtige Maßnahme, die gegebenenfalls weiter angepasst werden soll. Das gleiche gilt für den
371 gesetzlich garantierten Mindestlohn und das gesetzlich verankerte Mindesteinkommen (RMG),
372 die regelmäßig vor dem Hintergrund eines steigenden Armutsrisikos nachgebessert werden
373 sollen. Die nationale Berechnungsgrundlage für den RMG sollte im Licht des europäischen
374 Berechnungsmodus überprüft werden, wobei auch das Risiko einer RMG-bedingten Untätigkeit
375 mit berücksichtigt werden sollte. Die LSAP hält das garantierte Mindesteinkommen nach wie vor
376 für das geeignetste Mittel, um dem Armutsrisiko innerhalb der Bevölkerung zu begegnen.

377 Auch Alleinerziehende sowie kinderreiche Familien zählen in erhöhtem Maße zu den
378 Risikogruppen. Die LSAP schlägt deshalb als Ergänzung zum Kinderbonus und
379 Dienstleistungsscheck für Kinderbetreuung einen Erziehungszuschuss vor, dessen Höhe sich am
380 verfügbaren Einkommen und an der Zusammensetzung des jeweiligen Haushalts orientieren
381 soll. Alleinerziehende sollten von dieser Maßnahme überdurchschnittlich stark profitieren.

382 Reformbedarf gibt es auch in Zusammenhang mit der Kinderbetreuung. Aus LSAP-Sicht zählt die
383 frühzeitige Förderung der Kinder zu den großen politischen Prioritäten der kommenden Jahre.
384 Mit Dienstleistungsschecks allein ist diese gesellschaftspolitische Aufgabe nicht zu bewältigen.
385 Das Angebot an Betreuungsplätzen muss dabei sowohl quantitativ als auch qualitativ an die
386 wahren Bedürfnisse der Familien angepasst werden. Das Recht auf Kinderbetreuung sollte
387 durch ein flächendeckendes Netz an hochwertigen Betreuungsplätzen untermauert werden. Eine
388 umfassende Bestandsaufnahme soll den landesweiten Bedarf an Ressourcen (Infrastrukturen,
389 Personal und Finanzbedarf) für eine kohärente Frühkindförderung und Grundschülerbetreuung
390 ermitteln helfen. Auf dieser Grundlage wollen die Sozialisten einen Fünfjahresplan zur
391 Entwicklung eines flächendeckenden Versorgungsnetzes erstellen. Staat und Kommunen sollten
392 auf dieser Ebene eng zusammenarbeiten. In einer ersten Phase setzt sich die LSAP für eine

393 landesweit harmonisierte, einkommensbezogene Tarifstruktur in der Kinderbetreuung ein.
394 Mittelfristig sollten die Betreuungsplätze für Kleinkinder und Grundschüler aber gratis angeboten
395 werden. Grundsätzlich sollte auch sichergestellt werden, dass Betreuungseinrichtungen die
396 soziale Mischung der Kinder gewährleisten. Nur so kann soziale Kohäsion bereits frühzeitig
397 gefördert werden.

398 Wohnen ist ein Grundrecht und sollte für alle Bürger erschwinglich sein. Die öffentliche Hand
399 muss demnach genügend soziale Wohnungen landesweit zur Verfügung stellen, um das Recht
400 auf eine soziale Unterkunft gewährleisten zu können. Die LSAP fordert daher eine Reform des
401 sozialen Wohnrechts und die Einführung von Mietzuschüssen. Wer nicht über genügend
402 Garantien und Eigenkapital verfügt, kann sich keine Eigentumswohnung leisten und nicht von
403 staatlichen Zinsvergütungen profitieren. Vor diesem Hintergrund bietet der Mietzuschuss eine
404 Kompensation und sorgt für mehr Gerechtigkeit zwischen Eigenheimbesitzern und Mietern.

405 Erwerbstätigkeit darf unter keinen Umständen in die Armut führen. In diesem Zusammenhang
406 will die LSAP auf die soziale Verantwortung der Arbeitgeber pochen, die das Armutsrisiko bei
407 den Tarifabschlüssen mit in Betracht ziehen müssen. Ein betriebswirtschaftliches Umdenken tut
408 not. Gewinne zu privatisieren und erlittene Verluste auf die Gemeinschaft abzuwälzen, ist aus
409 sozialistischer Sicht kein tragfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Wirtschafts- und
410 Sozialpolitik müssen daher stärker vernetzt und zusammenhängend gedacht werden, wobei
411 Beschäftigung vor Profitmaximierung Vorrang haben sollte. Handlungsbedarf sieht die LSAP
412 auch bei wiederholten, selbstverschuldeten Konkursen. In diesem Zusammenhang fordern die
413 Sozialisten eine Reform des Konkursrechts und ein Frühwarnsystem zur Vorbeugung drohender
414 Zahlungsunfähigkeit.

415 Statistisch gesehen sind Frauen einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als Männer.
416 Chancengleichheit darf vor der Geschlechterebene nicht Halt machen. Nach wie vor werden
417 Frauen im Durchschnitt für ihre Arbeit schlechter entlohnt als Männer. Diesen Missstand will die
418 LSAP mit Nachdruck beheben. Die Lohnbedingungen und Aufstiegschancen für weibliche
419 Arbeitnehmer müssen unbedingt jenen der Männer angepasst werden. Darüber hinaus empfiehlt
420 die LSAP eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlast; sie sollte unabhängig vom Familienstand
421 erfolgen.

422 Eng mit der Armutsbekämpfung verbunden bleibt auch die Kaufkraftsicherung. Sie hängt von
423 der Preisentwicklung und dem verfügbaren Einkommen der Haushalte ab. Aus sozialistischer
424 Sicht gibt es mehrere Handlungsebenen, um die Kaufkraft der Bürger zu erhalten und positiv zu
425 beeinflussen. Neben der automatischen Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung
426 (Indexmechanismus), den Tarifverhandlungen auf Betriebs- und Sektorebene bieten auch
427 Sozialtransfers und steuerliche Maßnahmen politische Handlungsansätze. Selektive
428 Sozialleistungen und die regelmäßige Anpassung der Steuertabelle an die Preisentwicklung
429 gehören für die Sozialisten ebenso dazu wie die Rückkoppelung der Familienleistungen an die
430 Inflation. Der institutionalisierte Dialog zwischen Regierung und Sozialpartnern (Tripartite) stellt
431 vor diesem Hintergrund ein geeignetes Instrument dar, um die jeweiligen Maßnahmen zum
432 Erhalt der Kaufkraft aufeinander abzustimmen und sozial gerecht auszubalancieren.

Überschuldung vorbeugen und vermeiden

Armut geht auch mit Überschuldung einher. Jeder kann davon betroffen sein; besonders bedroht sind aber Menschen und Haushalte mit niedrigen Einkommen. Die LSAP schlägt daher umfassende Informations- und Sensibilisierungskampagnen vor, die auf die Überschuldungsproblematik und Risiken aufmerksam machen, die mit der Schuldenfalle einhergehen. In diesem Zusammenhang soll insbesondere auf die möglichen Auswirkungen von Kreditverträgen hingewiesen werden. Auch die Gläubiger sind gefordert. Sie müssen für mehr Transparenz sorgen und ihre Kunden besser über Risiken und Nebenwirkungen von Kreditverträgen aufmerksam machen. Die gezielte Information der Kunden muss Vorrang vor risikohaften Geldgeschäften haben.

Menschen, die in der Schuldenfalle stecken, soll unter fairen Bedingungen zu einem würdigen Neuanfang verholfen werden. In diesem Kontext schlagen die Sozialisten die Nachbesserung des Gesetzes zur Vorbeugung von Überschuldung aus dem Jahr 2000 vor. Ein entsprechendes Insolvenzverfahren für Verbraucher sollte vor dem Friedensgericht eingeleitet werden können. Die Verbraucherinsolvenz mit Restschuldbefreiung wäre eine Alternative zur Luxemburger Gesetzgebung. So könnten Schuldner im Anschluss an eine Insolvenzprozedur eine Restschuldbefreiung erlangen, sofern sie nach Möglichkeit während einer festgelegten Frist den vereinbarten Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Treuhänder nachgekommen wären. Dank dieser entschärften Schuldentilgungsprozedur erhielten überschuldete Personen eine echte Perspektive, ihr Leben unter besseren Voraussetzungen neu in Angriff zu nehmen. Darüber hinaus würde die Reform des Überschuldungsgesetzes auch die Gläubiger verstärkt in die Pflicht nehmen und ihnen mehr Verantwortungsbewusstsein abverlangen.

Die Sozialisten treten ferner für eine kohärente Haltung in Zusammenhang mit Glücksspielen ein. Auch die Nationallotterie muss in dieser Frage eine verantwortungsvolle Haltung an den Tag legen und Glücksspiele abstellen, die ein erhebliches Sucht- und Schuldenpotenzial für die Menschen darstellen. Die LSAP will deshalb Glücksspiele (Zubito), die besonders für Jugendliche und sozial schwache Bevölkerungsschichten ein erhebliches Risiko sind, notfalls per Gesetz verbieten.

Soziale Dienste stärken

Gemeinnützige Sozialdienste brauchen angemessene Rahmenbedingungen. Die geltende „Asbl“-Gesetzgebung ist für gemeinnützige Vereinigungen, die einen großen Umsatz aufweisen und viel Personal beschäftigen, nicht mehr zeitgemäß und muss entsprechend angepasst werden. Die entsprechenden Sozialdienste und deren Aufgabenbereich müssen so präzise wie möglich definiert werden. Klärungsbedarf gibt es auch auf der Ebene der Verwaltungsprozesse. Es werden klare Regeln im Hinblick auf die Dauer der Konventionen, die Art der Zusammenarbeit, die Qualitätskontrolle, die Budgetaufstellung, die Abschlusskonten und das Risikomanagement benötigt. Auf dieser Grundlage soll nicht zuletzt die Planung der sozialen Dienstleister verbessert werden.

472 Die Finanzierung gemeinnütziger Dienste und Vereinigungen muss gemäß den Vorgaben des
473 ASFT-Gesetzes (Action socio-familiale et thérapeutique) auf eine solide, transparente und
474 neutrale Grundlage gestellt werden. Dabei gilt es sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmer des
475 Sozialsektors arbeitsrechtlichen Bestimmungen unterliegen, die ihnen erlauben, Sozial-
476 versicherungsansprüche geltend zu machen.

477 Die LSAP tritt dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen
478 Aufträgen an soziale Dienstleister berücksichtigt werden. Hohe Sozialstandards und
479 Umweltauflagen fördern eine nachhaltige Entwicklung. Diese Zielsetzung entspricht den
480 Vorgaben der Lissabon-Strategie, für die Sozialisten sich auf nationaler und europäischer Ebene
481 stark machen.

482 Die Zivilgesellschaft und das Ehrenamt als deren konkrete Artikulation spielen eine zentrale Rolle
483 im sozialen Gefüge des Landes. Dieser gemeinnützige Sachverhalt sollte politisch anerkannt
484 werden. Die LSAP will die Zivilgesellschaft stärker am institutionalisierten Sozialdialog beteiligen
485 und schlägt deren Vertretung im Wirtschafts- und Sozialrat vor. Ähnlich wie in anderen EU-
486 Staaten sollte auch Luxemburg über eine Sozialcharta verfügen, die entsprechende Richtlinien
487 für die Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat festhält. Darüber hinaus braucht
488 Luxemburg ein Rahmengesetz und eine Strategie für die Entwicklung der Solidarwirtschaft. Sie
489 kann dort wichtige soziale Hilfestellung leisten, wo sich die Marktwirtschaft aus ökonomischen
490 Gründen zurückhält.

491

492 **Pluspunkt:** Nur eine vom Wähler gestärkte LSAP kann den Sozialstaat und seine
493 gesellschaftlichen Errungenschaften wirksam verteidigen und weiter ausbauen.

494

B. Wirtschaftsstandort Luxemburg: Wege aus der Abhängigkeit

„Ohne eine gut funktionierende Wirtschaft kann kein Land gesellschaftliche Probleme lösen und durch Umverteilung des wirtschaftlichen Reichtums für mehr Gerechtigkeit und Solidarität, mehr Sicherheit und Freiheit sorgen. (...) Wissen wird immer mehr zum wichtigen Standortfaktor der modernen Wirtschaft und damit ein Feld neuer und zusätzlicher Beschäftigung.“

(LSAP-Grundsatzprogramm 2002)

Der Banken- und Finanzplatz gilt bislang als tragende Säule der Luxemburger Wirtschaft. Er hat während Jahrzehnten im Anschluss an die Stahlkrise überdurchschnittlich viel zum Wohlstand des Landes beigetragen, indem er die wirtschaftliche Wertschöpfung und Beschäftigung wesentlich angekurbelt und die Staatskasse mit erheblichen Steuereinnahmen versorgt hat. Die internationale Finanzkrise hat uns mit aller Deutlichkeit aber auch die Abhängigkeit unserer nationalen Volkswirtschaft gezeigt, die in erhöhtem Maße auf den Grundlagen des internationalen Geldgeschäfts und daran gekoppelten Serviceleistungen beruht. Entsprechend groß sind die Auswirkungen einer anhaltenden Finanzkrise auf das Luxemburger Erfolgsmodell. In den kommenden Jahren gilt es mit politischer Entschlossenheit den Finanzplatz langfristig abzusichern, die wirtschaftliche Diversifizierung konsequent voranzutreiben, zusätzliche Wirtschaftsstandbeine aufzubauen, Forschung und Innovation gezielt zu fördern, bürokratische Hürden abzubauen und den Mittelstand nachhaltig zu stärken. Dem produzierenden Gewerbe muss dabei wesentlich mehr Akzeptanz und Gewicht zukommen als bislang. Als weiteres Standbein sollte die Solidarwirtschaft fest in unserem volkswirtschaftlichen Gefüge verankert werden. Sie tritt gezielt dort in Erscheinung, wo herkömmliche Marktmechanismen Lücken in der gesellschaftlichen Grundversorgung hinterlassen.

Die LSAP hat sich jahrzehntelang dank erfolgreicher Minister die notwendige volkswirtschaftliche Kompetenz erarbeitet und aktiv an der wirtschaftlichen Gestaltung des Landes mitgearbeitet. In turbulenten Zeiten braucht Luxemburg mehr denn je sozialistische Wirtschaftskompetenz und klare Zukunftsperspektiven.

Finanzwirtschaft neu ordnen

Im Zuge der internationalen Finanzkrise wurde durch fehlende Regulierung und Profitgier viel Vertrauen verspielt. Dort wo Vertrauen fehlt, fließt kein Geld. Wo kein Geld fließt, stockt die Wirtschaft. Dieser globalisierte Schneeballeffekt hat sich als Teufelskreis mit verheerenden Folgen für ganze Volkswirtschaften erwiesen. Die entfesselten Finanz- und Kapitalmärkte haben sich von der Realwirtschaft losgelöst und damit elementar gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit verstoßen. Um das verlorene Vertrauen langfristig wieder herzustellen, brauchen wir ein neues Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Staat. Das Finanzsystem muss seine zentrale Funktion

533 als Vermittler zwischen Sparern und Investoren wieder wahrnehmen und so zu einer stabilen
534 gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

535 Nur eine starke Sozialdemokratie kann diesen schwierigen Balanceakt leisten. Umdenken tut
536 not. Kurzfristige Renditen verhindern nachhaltiges Wachstum und gefährden Arbeitsplätze. Die
537 LSAP fordert daher einen Verhaltenskodex für eine gemeinnützige Geldwirtschaft. Finanzmärkte
538 und Geldinstitute haben eine kollektive Verantwortung, sie müssen das Funktionieren der
539 Wirtschaft gewährleisten und den Menschen dienen. Verstöße gegen diese sozialstaatlichen
540 Vorgaben sind zu sanktionieren.

541 Die LSAP will aktiv an einer neuen Finanzarchitektur mitwirken, die sich klar den Prinzipien der
542 sozialen Marktwirtschaft und einer Kultur der Nachhaltigkeit unterwirft. Die globale Finanzkrise
543 hat die Schwachstellen und Fehlleistungen des Weltfinanzsystems offenbart: unzureichende
544 Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen, fehlende Transparenz, falsche Anreizsysteme,
545 überzogene Gewinnerwartungen, mangelhafte Risikoanalysen, ungenügendes Produkt-
546 verständnis und das blinde Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte der Märkte. Diese
547 Fehlentwicklung muss nun durch konkrete, international abgestimmte Maßnahmen abgestellt
548 werden.

549 Die Auflagen für die Bilanzierung von Finanzunternehmen müssen verschärft werden.
550 Risikogeschäfte dürfen nicht länger an den Bilanzen vorbei getätigt werden. Künftig sollen
551 Finanzinstitute nur noch solche Risiken eingehen können, die durch genügend Eigenkapital
552 abgedeckt und in den Büchern aufgeführt werden. Auch Zweckgesellschaften müssen in die
553 Bilanz des Unternehmens einbezogen werden. Darüber hinaus fordert die LSAP mehr
554 Transparenz bei den Verbriefungstransaktionen und den daraus resultierenden Risiken. Die US-
555 Immobilienkrise hat gezeigt, dass risikobehaftete Hypothekenkredite und deren weltweite
556 Verbriefung sich als Auslöser der globalen Vertrauenskrise erwiesen haben. Daher sollten
557 Kreditrisiken von Finanzinstituten nicht mehr zu 100 Prozent verbrieft und in geschöner Form
558 weitergereicht werden dürfen. Daraus leitet die LSAP eine Verpflichtung für Finanzinstitute ab,
559 einen bestimmten Anteil der eingegangenen Kreditrisiken in den eigenen Büchern zu behalten.

560 Die LSAP fordert zudem eine Erhöhung der Eigenkapitalvorsorge von Finanzinstituten. Das gilt in
561 einem besonderen Maße für Hedge-Fonds. Im Sinne einer besseren Risikovorsorge bei der
562 Kreditvergabe sollten auch die Liquiditätsvorschriften ausgebaut und europaweit harmonisiert
563 werden. Ungedekte Leerkäufe, die auf fallende Aktienkurse spekulieren, sollten prinzipiell
564 verboten werden. Darüber hinaus fordern die Sozialisten eine stärkere Zusammenarbeit der
565 nationalen Aufsichtsbehörden.

566 Managerbezüge sollen gemäß einem internationalen Verhaltenskodex begrenzt und an die
567 nachhaltige Entwicklung der Unternehmen gebunden werden. Das Prinzip, Gewinne in die
568 eigene Tasche zu stecken und Verluste auf die Gesellschaft abzuwälzen, ist für Sozialisten nicht
569 tragbar. Die Vergütung von Managern sollte nicht überproportional zu den Gehältern der
570 Beschäftigten steigen. Statt hohe Abfindungen zu kassieren, sollten Manager für
571 Fehlentscheidungen mit volkswirtschaftlichen Auswirkungen zur Verantwortung gezogen

572 werden. Eine entsprechende Regelung sollte internationalen Standards genügen. Nationale
573 Alleingänge sind in diesem Zusammenhang nicht ratsam.

574 Reformbedarf sieht die LSAP auch bei den Rating-Agenturen. Um Interessenkonflikten
575 vorzubeugen, muss die Beratungstätigkeit von Rating-Agenturen eingeschränkt werden. Der
576 Verschleierung von überhöhten Finanzrisiken ist mit präventiven und repressiven Maßnahmen
577 zu begegnen. Konzeption, Kontrolle und Bewertung von strukturierten Finanzprodukten sollten
578 künftig strikt voneinander getrennt werden. Die Tätigkeit von Rating-Agenturen ist auf ihr
579 eigentliches Kerngeschäft zu beschränken: die Bewertung von Finanzprodukten, die zuvor
580 einem strengen Zulassungsverfahren durch Finanzaufsichtsbehörden unterzogen werden
581 müssen. Die Selbstregulierung von Rating-Agenturen reicht nicht aus. Vertrauen ist gut.
582 Kontrollen sind besser. Rating-Agenturen sollten strengen und transparenten Normen unterliegen
583 und von einer Aufsichtsbehörde kontrolliert werden. Diese Kontrollinstanz benötigt in den Augen
584 der Sozialisten ein klares Mandat, um die Einhaltung der neuen Verkehrsregeln für die
585 Kapitalmärkte und deren Bezug zur Realwirtschaft überwachen zu können.

586 Um möglichen Finanzrisiken künftig besser entgegenzutreten zu können, schlägt die LSAP zudem
587 ein effizientes Krisenfrühwarnsystem und einen staatlichen Garantiefonds zur Konsolidierung
588 des Luxemburger Banken- und Finanzplatzes vor. Die nationale Finanzaufsichtsbehörde sollte
589 in ihrer Rolle gestärkt und mit diesen Aufgaben betraut werden. Der staatliche Garantiefonds soll
590 durch Erträge aus staatlichen Kapitalbeteiligungen an Finanzinstituten, eine sektorübergreifende
591 Solidaritätsabgabe zur Risikovorsorge und die Rückgabe ungerechtfertigter Abgangs-
592 entschädigungen gespeist werden.

593 Neben diesem neuen international abgestimmten Regelwerk für die Finanzmärkte sollte auch die
594 Imagepflege für den hiesigen Banken- und Finanzplatz verstärkt werden. Die Kapitalmärkte
595 haben infolge der globalen Krise viel Vertrauen bei den Menschen verspielt. Luxemburg muss
596 nach innen und außen mehr denn je klarmachen, dass es weder eine Steueroase noch ein
597 Paradies für Geldwäsche, sondern ein seriöser Finanzplatz ist, der europäischen
598 Rahmenbedingungen und einer klaren nationalen Gesetzgebung unterliegt. Die LSAP will auch
599 weiterhin die Promotion-Agentur „Luxembourg for Finance“ unterstützen. Darüber hinaus sollten
600 auch die öffentlichen Forschungsbestrebungen im Bereich der Finanzwirtschaft intensiviert
601 werden. Das verleiht zusätzliche Kompetenz und Notorietät. Luxemburg bleibt auch weiterhin
602 auf sein wirtschaftliches Zugpferd angewiesen. Nichtsdestotrotz muss die nationale
603 Volkswirtschaft auf eine breitere Grundlage gestellt werden, die eine nachhaltige wirtschaftliche
604 Entwicklung im Sinne der Menschen ermöglicht und zu einem besseren regionalen
605 Gleichgewicht beiträgt.

606

607 **Diversifizieren und konsolidieren**

608 Das Luxemburger Erfolgsmodell beruht auf einem starken Wirtschaftswachstum. Der Banken-
609 und Finanzplatz hat sich während Jahrzehnten als leistungsfähiger Motor der Luxemburger
610 Wirtschaft und Großregion erwiesen. Was sich auf den ersten Blick bis über die Grenzen hinaus

611 auch in einer Beschäftigungsperspektive als zugkräftige Lokomotive entpuppte, offenbart auf
612 den zweiten Blick eine strukturelle Schwäche, die infolge der internationalen Finanzkrise
613 erhebliche Auswirkungen auf die nationale Volkswirtschaft haben kann und zusätzlichen Druck
614 auf das Luxemburger Sozialmodell ausüben dürfte. Der starken Abhängigkeit von der
615 Finanzwirtschaft will die LSAP mit geeigneten Diversifizierungskonzepten und
616 Konsolidierungsmaßnahmen zur Stärkung der Realwirtschaft begegnen.

617 Richtungsweisend ist die Lissabon-Strategie. Sie vereint Wettbewerbsfähigkeit mit ökologischen
618 und sozialen Aspekten und setzt dabei verstärkt auf Wissen, Innovation, Nachhaltigkeit,
619 Beschäftigung und soziale Kohäsion. Luxemburg braucht eine neue Dynamik, die bei der
620 Bildungspolitik ansetzen und alle anderen Politikbereiche gleichermaßen erfassen muss. Vor
621 diesem Hintergrund fordert die LSAP eine stärkere Vernetzung der einzelnen Politikfelder:
622 Bildung, Beschäftigung und Kinderbetreuung, Landesplanung, Mobilität und Umweltschutz,
623 Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müssen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung besser
624 aufeinander abgestimmt werden.

625 Wer auf eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft abzielt, muss folgerichtig
626 bei der Bildung ansetzen. Der öffentliche Bildungsauftrag muss von der frühen Kindheit bis zum
627 Dritten Alter alle Lebensabschnitte erfassen. Nur so kann sich das Bildungskonzept „Lifelong
628 Learning“ in seiner vollständigen Dimension zum Nutzen der Gemeinschaft entfalten. Nur so
629 kann Luxemburg jene Dynamik entwickeln, die für ein kleines Land ohne üppige
630 Naturressourcen in einem globalen Wirtschaftskontext überlebensnotwendig ist. Luxemburg
631 braucht kluge Köpfe, die vorausschauen, Zusammenhänge erkennen und langfristig planen.
632 Wer sich heute mit dem Erreichten zufrieden gibt, kann bereits morgen das Nachsehen haben.
633 Deshalb müssen wir unsere Kompetenzen stets weiterentwickeln und höchste Qualität in
634 wirtschaftlichen Schlüsselbereichen anstreben.

635 Die Sozialisten werden in Zukunft verstärkt auf Kompetenznischen setzen, Forschung und
636 Innovation fördern und Brücken zum Unternehmertum schlagen. Die Sozialisten wollen die
637 richtigen Lehren aus der internationalen Finanzkrise ziehen, die Abhängigkeit vom Finanzsektor
638 verringern und die Luxemburger Volkswirtschaft auf eine breitere Grundlage stellen.

639 Mit Aktionsplänen zur Förderung von Biomedizin, Gesundheits- und Umwelttechnologien haben
640 die Sozialisten die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Die geplanten Maßnahmen werden in
641 den kommenden Jahren als Grundlage für die wirtschaftliche Diversifizierung dienen. Die
642 Universität Luxemburg und die nationalen Forschungszentren werden in diesem
643 Zusammenhang eine Schlüsselrolle spielen und die wirtschaftliche Entwicklung weiter
644 ankurbeln.

645 Auch im Bereich der Logistik, die über den reinen Warentransport hinaus viele Aktivitäten mit
646 hoher Wertschöpfung umschließt, haben die Sozialisten wichtige Akzente gesetzt. Mit dem Areal
647 in Contern und dem ehemaligen WSA-Gelände in Bettemburg/Düdelingen wurden zwei
648 Aktivitätszonen als nationale Logistikzentren von internationaler Bedeutung ausgewiesen. Neben
649 der Luftfracht sollen künftig auch die Schienenverbindungen zu den großen Hafeninfrastrukturen
650 und Umschlagplätzen an der Nordsee verstärkt genutzt werden. Der schienengebundene

651 Warentransport muss zu einer echten Alternative werden. Unter dem Impuls der Sozialisten
652 wurde bereits wichtige Vorarbeit geleistet. Die LSAP setzt dabei auf eine Strategie, die auf drei
653 Pfeilern beruht. Zum einen soll das Tätigkeitsfeld der Frachtgesellschaft CFL-Cargo ausgebaut
654 werden; zum anderen wollen die Sozialisten den Multimodal-Bereich der CFL (Lorry-Rail: der
655 kombinierte Frachtransport auf Schienen und Straßen) weiterentwickeln. Last but not least soll
656 das Güterverkehrszentrum Bettendorf zu einem leistungsfähigen Warenhandelszentrum
657 ausgebaut werden.

658 Auch die gesetzlichen, steuerlichen und administrativen Rahmenbedingungen für
659 Logistikaktivitäten konnten in den vergangenen Jahren verbessert werden. Die LSAP will diese
660 Anstrengungen auch in den nächsten Jahren fortsetzen und die Verzollung optimieren. Das
661 Projekt einer papierlosen Zollabwicklung soll zügig und nutzerfreundlich umgesetzt werden und
662 die Wettbewerbsfähigkeit des Logistik-Standorts steigern helfen. Indem der Staat für optimale
663 Rahmenbedingungen sorgt, bleibt Luxemburg nicht nur ein interessantes Pflaster für
664 ausländische Investoren, sondern auch ein Motor für Beschäftigung in der Großregion.

665 Daneben wird Luxemburg weiterhin auf die Informations- und Kommunikationstechnologien
666 setzen und die Materialforschung und -entwicklung fördern. Auch die Realwirtschaft muss sich
667 neu aufstellen. Luxemburg braucht ein klares Bekenntnis zugunsten des produzierenden
668 Gewerbes. Der produktive Sektor schafft Mehrwert und Arbeitsplätze und ist von seiner Tradition
669 her fest in der Luxemburger Gesellschaft verankert. Industrie, Handwerk und Handel will die
670 LSAP durch gezielte Maßnahmen fördern. Imagepflege gehört unweigerlich dazu. Von der
671 Promotionsagentur „Luxembourg for Business“ gesteuerte Werbekampagnen sollten auch
672 kleinen und mittleren Unternehmen verstärkt zugute kommen. Die Sozialisten gehen ferner
673 davon aus, dass Wirtschafts- und Mittelstandspolitik zusammengehören.

674 Für mehr Entwicklungspotenzial und Planungssicherheit bei der wirtschaftspolitischen
675 Ausrichtung wird auch der sektorielle Leitplan für Aktivitätszonen sorgen, der alle Nutzflächen
676 aufführt, die bis 2020 für die Niederlassung neuer Unternehmen oder den Ausbau bzw. Umzug
677 existierender Betriebe zur Verfügung stehen werden. Von diesem Planungsinstrument werden in
678 erster Linie kleine und mittlere Unternehmen profitieren, die im Handwerk oder Industriebereich
679 tätig sind. Die Spezialisierung der ausgewiesenen Aktivitätszonen wird letztlich zu deren
680 Attraktivität beitragen. Vor diesem Hintergrund spricht sich die LSAP für eine langfristige und
681 kohärente Planung, bessere Niederlassungsbedingungen und eine nachhaltige Diversifizierung
682 aus.

683 Daneben wollen die Sozialisten den Außenhandel weiter fördern, da der nationale Markt nur
684 begrenzte Absatzmöglichkeiten für hiesige Unternehmen bietet. Gleichzeitig müssen die
685 Bestrebungen fortgesetzt werden, neue ausländische Investoren anzulocken. Gezielte
686 Wirtschaftsprospektion, konsequente Imagepflege und gute Rahmenbedingungen sind aus
687 LSAP-Sicht unabdingbar. Der Luxemburger Export konzentriert sich in der Hauptsache auf die
688 Nachbarländer Belgien, Deutschland und Frankreich – 58 Prozent des Exports werden mit den
689 Anrainer-Staaten abgewickelt. Die starke Abhängigkeit von traditionellen Handelspartnern wollen
690 die Sozialisten mindern und neue Geschäftsperspektiven innerhalb der EU und darüber hinaus

691 aufzeigen. Die LSAP nimmt dabei insbesondere die neuen EU-Mitgliedsstaaten und die großen
692 Wachstumsmärkte Brasilien, Russland, Indien, China, Südostasien und die Länder am
693 Persischen Golf ins Visier. Wirtschaftsmissionen sollen Luxemburger Unternehmen den Zugang
694 zu diesen Märkten erleichtern. Wichtig in diesem Zusammenhang bleibt auch die Teilnahme an
695 großen internationalen Fachmessen und die konsequente Darstellung Luxemburgs als
696 attraktiven, weltoffenen Wirtschaftsstandort. Die beiden Werbeagenturen „Luxembourg for
697 Business“ und „Luxembourg for Finance“ sind in den Augen der Sozialisten geeignete
698 Instrumente, um das hiesige Wirtschaftsmodell auf eine breitere Grundlage zu stellen.

700 Neue Impulse für den Mittelstand

701 In Luxemburg zählen Klein- und Mittelbetriebe nach wie vor zu den wichtigsten
702 Wirtschaftsakteuren. 17.000 Unternehmen mit 150.000 Beschäftigten sprechen vor diesem
703 Hintergrund eine eindeutige Sprache. Wer auf wirtschaftliche Diversifizierung setzt, darf den
704 Mittelstand nicht aus dem Blickfeld verlieren. Die Sozialisten wollen den kleinen und mittleren
705 Unternehmen deshalb besondere Aufmerksamkeit schenken. Das Handwerk und die
706 Baubranche sollen dabei insbesondere von der Förderung und Entwicklung neuer
707 Umwelttechnologien profitieren. In den Bereichen Altbausanierung, Energieeffizienz und
708 erneuerbare Energien liegt erhebliches Wachstumspotenzial, das die Sozialisten zugunsten des
709 Mittelstands nutzen werden. Deshalb ist es aus LSAP-Sicht absolut notwendig, den Aktionsplan
710 zur Förderung von Umwelttechnologien schnell umzusetzen. Das schafft neue Arbeitsplätze und
711 bereitet den Weg für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Sinne der Lissabon-Strategie
712 vor.

713 Es muss endlich Ernst mit dem Abbau bürokratischer Hürden und der Vereinfachung der
714 administrativen Prozeduren gemacht werden. Handlungsbedarf sieht die LSAP auch bei der
715 Förderung des Unternehmertums. Hier muss bereits in der Schule mit entsprechenden Initiativen
716 angesetzt werden. Insbesondere jene Sekundarschulen, die kaufmännische Lehren oder
717 Einführungskurse in die Betriebswirtschaft anbieten, sollten Jugendlichen anhand von
718 Schulprojekten Unternehmenspraktiken näherbringen. In diesem Sinne wollen die Sozialisten
719 sich verstärkt für die Einrichtung von Miniunternehmen auf Schulebene einsetzen und die
720 gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend anpassen. In diesem Kontext soll auch die
721 soziale Verantwortung von Nachwuchsunternehmen entwickelt werden. Miniunternehmen mit
722 gemeinnütziger Orientierung sind für die LSAP ein Ansatz, der über das reine Profitdenken
723 hinausweist und Solidarität fördert.

724 Auch Reformbemühungen im Bereich der Schulorientierung sollen den Einstieg in die
725 Selbständigkeit als berufliche Perspektive für junge Menschen im Blick haben. Das Image der
726 technischen Sekundarschulen muss unbedingt verbessert werden. Die Berufsausbildung darf
727 nicht länger bei Eltern und Schülern als zweite Wahl gelten. Im Bereich der Handwerksberufe
728 muss die Orientierung möglichst früh ansetzen und positive Züge annehmen. Die negative
729 Auslese und die daraus folgende Orientierung der Schüler in vermeintlich „zweitklassige“ Berufe

730 müssen endlich der Vergangenheit angehören. Die Berufsausbildung braucht dringend ein
731 positives Image. Die Erlangung des Meisterbriefs eröffnet neue Perspektiven, die den Weg in die
732 Selbständigkeit weisen und dem Unternehmertum den dringend benötigten Nachwuchs
733 bescheren könnten. Das Unternehmertum soll als echte berufliche Alternative zu so genannten
734 „sicheren“ Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst dargestellt werden. Um diesen Anspruch zu
735 untermauern, müssen sich kleine und mittlere Unternehmen verstärkt in die Berufslehre
736 einbringen und systematisch Lehr- bzw. Praktikumsstellen für den „Nachwuchs“ anbieten.

737 Die Initiative „Trau dich“ zur Förderung der beruflichen Eigenständigkeit ist an und für sich
738 positiv, muss im Hinblick auf ihre Wirksamkeit aber überdacht und durch zusätzliche Anreize
739 und Sensibilisierungsmaßnahmen optimiert werden. Luxemburg braucht einen starken
740 Mittelstand, deshalb wollen die Sozialisten ein neues Förderprogramm für angehende
741 Mittelständler auflegen und die Niederlassungsbedingungen in Luxemburg mittelfristig
742 verbessern. Die LSAP will dieses Anreizsystem auch an Sozial- und Umweltstandards koppeln.
743 Daneben möchten die Sozialisten die soziale Absicherung von Freiberuflern verbessern.

744 Die LSAP will auch den innerstädtischen Handel und das Gaststättengewerbe stärken. Gute
745 Transportbedingungen, faire Preise, ein zuvorkommender Kundendienst, attraktive Kultur- und
746 Tourismusangebote sowie gezielte Werbemaßnahmen tragen sicherlich zur Imagepflege in den
747 Stadtzentren bei. Wer den Kunden nicht als König behandelt, könnte angesichts der großen
748 Konkurrenz durch die Nachbarregionen schnell das Nachsehen haben. Die Stadtzentren und der
749 innerstädtische Handel werden es zudem immer schwerer haben, sich im Wettbewerb mit den
750 Großeinkaufsflächen auf der grünen Wiese zu behaupten. Die konsequente Aufwertung der
751 Stadtkerne bleibt für die LSAP somit eine politische Priorität.

752 Die Sozialisten wollen außerdem sicherstellen, dass die Kreditvergabe zugunsten
753 mittelständischer Unternehmen nicht restriktiv ausgelegt wird und dadurch ins Stocken gerät.
754 Das hat fatale Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und den hiesigen Arbeitsmarkt. Ohne
755 Investitionen wird Innovation nicht möglich sein; ohne Innovation können Arbeitsplätze
756 langfristig nicht abgesichert werden. Deshalb wollen die Sozialisten die öffentlichen Investitionen
757 auch künftig auf einem hohen, wachstumsfördernden Niveau halten.

758

759 **Wissen schafft Wachstum**

760 Laut Lissabon-Strategie soll EU-Europa bis 2010 zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt
761 werden. Hinter dieser Vision steckt das Wissen als treibende Kraft. Die Zielsetzung der Europäer
762 ist ehrgeizig und sinnvoll zugleich. Denn Wissen fördert Wachstum. Als kleines europäisches
763 Kernland sollte Luxemburg sein Knowhow und seine Ressourcen konsequent nutzen, um
764 Wachstum zu fördern – oder anders ausgedrückt: Luxemburg sollte sein Wachstum und seine
765 Ressourcen gezielt einsetzen, um Wissen zu fördern.

766 Mit der 2003 geschaffenen Universität und den nationalen Forschungszentren verfügt
767 Luxemburg über öffentliche Einrichtungen, die dem Land erlauben, sich international im Bereich

768 der Wissenschaften und Technologien zu positionieren und ein neues Image als Hort des
769 Wissens aufzubauen. Denn Forschung und Lehre schaffen Wissen, Arbeitsplätze und Mehrwert.
770 Auf diese Trumpfkarte wollen die Sozialisten in den kommenden Jahren verstärkt setzen. Die auf
771 Belval geplante „Cité des sciences“ verkörpert den eingeleiteten Strukturwandel und wird zum
772 Sinnbild für die Lissabon-Strategie „made in Luxembourg“. Die ehemalige Industriehochburg
773 Belval mutiert so zum Inbegriff der Wissensgesellschaft und leitet einen Paradigmenwechsel
774 ein, der nicht allein die Südregion nachhaltig verändern wird.

775 Parallel zum Universitätsstandort Belval soll die Hauptstadt Luxemburg als Kompetenzzentrum
776 für Finanzwirtschaft und europäisches Recht ausgebaut werden. Ein zweites, fest in der
777 Wissensgesellschaft verankertes Standbein würde die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs
778 zusätzlich untermauern.

779 Insbesondere in wachstumsträchtigen Forschungsbereichen gilt es in Zukunft Brücken zur
780 Wirtschaft und Industrie zu schlagen. Die Materialentwicklung wurde als Schlüsselbereich
781 bereits ausgewiesen. Hier benötigt die Universität geeignete Labors und Experten auf Top-
782 Niveau. An den notwendigen öffentlichen Geldern hierfür darf es nicht fehlen. Das gleiche gilt für
783 die Biomedizin und Umwelttechnologien. In diesen strategisch wichtigen Forschungsgebieten
784 muss es verstärkt Synergien mit Unternehmen geben. Deshalb schlagen die Sozialisten die
785 Schaffung eines Innovationspakts vor, der seine Denkanstöße von den nationalen
786 Forschungsträgern, innovationsfreudigen Unternehmen und dem Wirtschaftsministerium
787 beziehen sollte. Eine wettbewerbsorientierte Expertengruppe sollte ein entsprechendes Konzept
788 vorlegen. Die LSAP will wissensbasierte Investitionen in innovativen Schlüsselbereichen
789 konsequent fördern. Hier entsteht ein Mehrwert, der nicht nur der Wirtschaft und Beschäftigung
790 zugute kommt. Die Gesellschaft als Ganzes wird dauerhaft von Investitionen profitieren, die sich
791 positiv sprich nachhaltig auf die medizinische Versorgung und Energieeffizienz auswirken.
792 Luxemburg muss europaweit eine Vorreiterrolle in Schlüsselbereichen mit hohem
793 Wachstumspotenzial und gesellschaftlichem Mehrwert anstreben. Das geht aber nur, wenn alle
794 öffentlichen Wissensträger – Universität und nationale Forschungszentren – ihre Kräfte bündeln
795 und verstärkt Hand in Hand arbeiten. Das gilt in einem besonderen Maße auch im Hinblick auf
796 die Kooperation mit internationalen Partnern. Nur zusammen können sie jene Dynamik und
797 Stärke entwickeln, die notwendig sein werden, um im Wettbewerb mit international
798 renommierten Wissenszentren bestehen zu können. Als mittelfristiges Ziel peilen die Sozialisten
799 eine öffentliche und private Forschungsquote von 3 Prozent des BIP an.

800 Die unmittelbare Nähe der „Cité des sciences“ zum Stahl- (ArcelorMittal-Werk) bzw.
801 Finanzstandort (Dexia), die Entstehung des neuen Stadtviertels Belval mit guter Anbindung an
802 die Großregion sowie ein leistungsfähiger öffentlicher Transport werden wesentlich zur
803 wirtschaftlichen Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes beitragen. Die
804 LSAP steht als treibende Kraft voll hinter diesem Zukunftsprojekt. Die Universität Luxemburg und
805 ihr unmittelbares Umfeld werden entschieden zur Diversifizierung und Weiterentwicklung des
806 Wirtschaftsstandorts beitragen und im Sinne der angestrebten Dezentralisierung für ein besseres
807 regionales Gleichgewicht sorgen.

809 Neben diesen eher prinzipiellen Überlegungen über das Entwicklungspotenzial von *uni.lu* muss
810 konkret an den Rahmenbedingungen gearbeitet werden. All dies geht nicht von heute auf
811 morgen und bedarf großer finanzieller Anstrengungen. Die Sozialisten wollen alles daransetzen,
812 damit das Unternehmen Universität langfristig gelingt.

813 Mit dem Umzug der Universität Luxemburg nach Belval wird sich das Bevölkerungsbild im
814 Süden des Landes erheblich verändern. Der Dienstleistungsbereich wird sich auf das neue
815 Zielpublikum einstellen. Gaststättengewerbe und Handel werden neue Geschäftsfelder
816 erschließen. Es werden neue Arbeitsplätze entstehen. Auch die Bevölkerung in den
817 Südgemeinden wird sich auf die Studenten und Forscher einstellen und verfügbare Wohnungen
818 zu angemessenen Preisen bereit stellen müssen. Die LSAP will finanzielle Anreize schaffen, um
819 mehr bezahlbaren Wohnraum für Studenten zu erschließen, und für eine optimale Anbindung
820 an den öffentlichen Nahverkehr sorgen. Darüber hinaus werden sich die Sozialisten dafür
821 einsetzen, dass das Portemonnaie der Hochschüler nicht zu stark belastet wird. Günstige
822 Studententarife für Kultur- und Freizeitangebote gehören ebenso zu einem attraktiven
823 Universitätsstandort dazu wie eine gut aufgestellte Universitätsbibliothek.

824 Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Universität und Wissensgesellschaft sind auch
825 Synergien, die auf Technologietransfer abzielen. In diesem Zusammenhang schlägt die LSAP
826 den Umbau von Luxinnovation in eine echte Technologietransferagentur vor. Auf deren Beratung
827 sollen insbesondere High-Tech-Start-up-Unternehmen zurückgreifen können. Die Betreuung
828 sollte vom Technologietransfer über die Patentierung bis hin zum Geschäftsmodell und zur
829 operativen Gründung der jeweiligen Unternehmen reichen. Parallel dazu sollten die Universität
830 und die nationalen Forschungszentren in spezifischen Forschungsbereichen (z.B. im
831 biomedizinischen Bereich) auf eine angemessene Anlaufstelle zurückgreifen können. Diese
832 Dienststelle sollte systematisch die Forschungstätigkeit an der Universität auf ihre wirtschaftliche
833 Verwertbarkeit überprüfen und gegebenenfalls die notwendigen Kontakte zur Wirtschaft
834 herstellen.

835 Luxemburg braucht eine bessere Verzahnung von Wissenschaft, angewandter Forschung und
836 wirtschaftlichem Nutzen. Darüber hinaus wollen die Sozialisten zusätzliche Anreize und Relais-
837 Häuser für innovationsfreudige Jungunternehmer schaffen. Start-up-Unternehmen sollen
838 während ihrer Entwicklungsphase durch direkte Beihilfen und vergünstigte, staatlich garantierte
839 Darlehen unterstützt werden. Auch strategische Überlegungen sollten in diesem Kontext
840 berücksichtigt werden. Die LSAP schlägt deshalb vor, Gesundheits- und Umwelttechnologien
841 vorzugsweise zu fördern. Mit diesem breit aufgestellten Maßnahmenpaket für Innovation und
842 Technologietransfer will die LSAP nicht zuletzt den Einstieg in die Selbstständigkeit fördern und
843 logistisch unterstützen.

844 Auch große öffentliche Unternehmen wie die P&T und Cegedel sollten verstärkt als Motor für
845 Innovation und Entwicklung in wirtschaftlichen Schlüsselbereichen herangezogen werden. Das
846 gleiche gilt für die Finanzwirtschaft, die sich infolge der weltweiten Krise auch in Luxemburg neu

847 aufstellen muss. Die LSAP will auch weiterhin jene Technologien und Dienstleistungsbereiche
848 fördern, die dem Banken- und Finanzplatz unmittelbar zuarbeiten. Besonders wichtig in diesem
849 Zusammenhang scheint die sichere Datenübertragung, ein weiteres Forschungsgebiet, auf dem
850 die Universität Luxemburg nach Exzellenz strebt.

851 Die Unternehmen müssen ihrerseits mit fairen Beschäftigungs- und Praktikumperspektiven für
852 Studenten auf das veränderte Umfeld reagieren. Aus diesem Austausch entstehen wichtige
853 Erfahrungen, von denen beide Seiten – Studierende und Arbeitgeber - profitieren können. Die
854 LSAP schlägt deshalb die Schaffung einer zentralen Jobbörse für Studierende vor. Dieser
855 Service-Bereich sollte an der Universität Luxemburg angesiedelt werden und eng mit der neuen
856 Arbeitsmarktverwaltung auf Belval zusammenarbeiten.

857 Ein aktiver Kulturbetrieb wird zunehmend als wirtschaftlich relevanter Standortfaktor
858 wahrgenommen. Unternehmen, die auf der Suche nach den besten Köpfen mit neuen
859 Produktideen sind, lassen sich bevorzugt an Standorten nieder, wo durch Forschung,
860 Wissenschaft und Kultur ein Umfeld entstanden ist, in dem sich Innovationsgeist und Kreativität
861 frei entfalten können. Insofern schafft der Kulturbetrieb nicht nur direkt, sondern auch indirekt
862 Arbeitsplätze und trägt so wesentlich zur Dynamik des Wirtschaftsstandorts bei. Die LSAP will
863 deshalb konsequent den Austausch zwischen Kulturszene und Universität intensivieren. Auf
864 diese Weise können Ideen und Techniken, die im Kulturbetrieb entwickelt und erprobt werden,
865 von der Universität aufgegriffen und formalisiert werden. Neue Qualifikationen und
866 Kompetenzen, die so erworben werden, können neue Berufsbilder und Tätigkeiten in der
867 Wirtschaft begründen.

868 Die Sozialisten wollen auch die Filmbranche für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts
869 Luxemburg verstärkt nutzen. Internationale Filmproduktionen, an denen Luxemburger Firmen
870 beteiligt sind, sollen durch gezielte Anreize gefördert werden.

871

872 Energieversorgung langfristig absichern

873 Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern
874 wollen die Sozialisten Luxemburg zu einem Energieforschungsstandort entwickeln. Forschung
875 und Entwicklung sind für Energie- und Umwelttechnologien unabdingbar. Die LSAP wird die
876 strukturellen Voraussetzungen für eine CO₂-arme Energieversorgung weiter verbessern und alle
877 regenerativen Energieformen dabei einbeziehen. Die Sozialisten werden das Potenzial, das in
878 Form von Wind- und Wasserkraft, Solarenergie, Erdwärme und Biomasse zur Verfügung steht,
879 ausschöpfen und Kooperationsprojekte mit anderen Partnern umsetzen. Besonderen Wert
880 werden die Sozialisten auch auf das Energiesparen legen, denn Energie, die nicht verbraucht
881 wird, schont die Umwelt und verursacht keine Folgekosten.

882 Die LSAP wird in diesem Kontext verstärkt auf die lokale Forstwirtschaft und Holzindustrie
883 setzen. Priorität bei der Förderung von Bioenergien müssen jene Energiequellen haben, die sich
884 in der Klimabilanz am effizientesten und gleichzeitig am wirtschaftlichsten erweisen. Bei der

885 Nutzung von Biomasse wollen die Sozialisten vor allem Anlagen mit Kraftwärmekopplung,
886 Wärmenutzung und die Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz fördern.

887 Um weiteren Gemeinden den Zugang zur Erdgasversorgung zu ermöglichen, muss der Ausbau
888 des Gasnetzes konsequent fortgesetzt werden. Parallel dazu werden die Sozialisten dafür
889 sorgen, dass das Gastankstellenangebot weiter ausgebaut wird.

890 In der vergangenen Legislaturperiode hat sich das Wirtschaftsministerium mit Nachdruck darum
891 bemüht, die Versorgungssicherheit im Energiebereich zu verbessern. Die Sozialisten wollen
892 diese Anstrengungen fortsetzen, da die Wirtschaft in einem hohen Maße von einer sicheren
893 Energieversorgung abhängt. Um die Energieversorgung Luxemburgs in einem liberalisierten
894 Umfeld mittelfristig nicht aus den Händen zu geben, hat das Wirtschaftsministerium die Fusion
895 der wichtigsten Luxemburger Versorger im Strom- und Gasbereich erfolgreich in die Wege
896 geleitet. Als Hauptaktionär im neuen Energiekonzern kontrolliert der Staat die meisten Netze und
897 kann so verhindern, dass die nationalen Energieversorger in falsche Hände geraten und die
898 Bürger der ungebremsten Gier großer multinationaler Konzerne ausgesetzt werden. Die neue
899 Gesellschaft dient ebenfalls Luxemburger Gemeinden mit eigenen Netzen als Plattform, um
900 ihren Bürgern auch künftig eine möglichst große Versorgungssicherheit gewährleisten zu
901 können.

902 Darüber hinaus hat der Wirtschaftsminister den Einfluss des Staates innerhalb der „Société
903 électrique de l'Our“ (SEO) genutzt, um das Pumpspeicherkraftwerk für einen 150-Millionen-
904 Euro-Ausbau zu gewinnen und die Versorgungssicherheit damit zu verbessern. Diese Investition
905 ist besonders wichtig, um in Europa über die nötige Regelleistung zu verfügen, die für den
906 Ausbau erneuerbarer Energien vorausgesetzt wird.

907 Die LSAP wird auch die Versorgungssicherheit im Erdölbereich verbessern. Gemeinsam mit den
908 Erdölimporteuren werden die Sozialisten einen nationalen Erdölbevorratungsverbund gründen,
909 der die nationalen und internationalen Reserven optimiert und für deren Verfügbarkeit sorgt. Alte
910 Tanklagerstandorte werden überprüft und gegebenenfalls durch neue und moderne Standorte
911 ersetzt bzw. ergänzt.

912

913 **Landwirtschaft: Vorrang für Lebensmittelproduktion**

914 Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Volkswirtschaft. Sie ist Garant für
915 die Herstellung von gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln in Luxemburg und in der
916 Großregion. Die Lebensmittelkrise hat deutlich vor Augen geführt, dass es für jedes einzelne
917 Land strategisch wichtig ist, eine gewisse Souveränität in der landwirtschaftlichen Produktion
918 aufrecht zu erhalten, auch wenn der Lebensmittelimport marktwirtschaftlich gesehen über
919 längere Perioden weitaus rentabler ist. Die Lebensmittelproduktion muss aus Sicht der
920 Sozialisten im Mittelpunkt stehen. Die Landwirtschaft in Luxemburg und in der Europäischen
921 Union muss auch weiterhin unterstützt werden. Ohne diese Hilfestellung kann die europäische
922 Landwirtschaft im globalen Wettbewerb nicht bestehen.

923 Auf EU-Ebene muss sich Luxemburg für den Erhalt der gemeinsamen Agrarpolitik stark machen.
 924 Die Tendenz, weniger Gelder zur Verfügung zu stellen und den Agrarsektor der freien Konkurrenz
 925 auszusetzen, führt unweigerlich zu einer Konzentration bestimmter Produktionen auf wenige,
 926 besonders günstige Standorte. Die Landwirtschaft hat aber nicht nur die Aufgabe, ausreichend
 927 Lebensmittel zu produzieren, sie ist ein prägendes Element des ländlichen Raums, schafft
 928 Arbeitsplätze und ist Teil unserer Kultur. Kleine und mittlere Betriebe müssen deshalb auch an
 929 weniger günstigen Standorten überleben können. Unter rein marktwirtschaftlichen Kriterien ist
 930 das nicht möglich.

931 Die LSAP macht sich deshalb für eine soziale, nachhaltige und umweltfreundliche
 932 Landwirtschaft stark. Nur sie kann letztlich sicherstellen, dass Landwirte in einem globalisierten
 933 Wirtschaftsumfeld eine faire Überlebenschance haben.

934 Die Ansprüche der Gesellschaft an die Landwirtschaft sind hoch. Der einzelne Verbraucher ist
 935 aber nicht immer bereit oder in der Lage, die Kosten dafür über einen realen Preis zu bezahlen.
 936 Die Differenz zahlen die Steuerzahler der Europäischen Union, die in den Agrarfonds einzahlen.
 937 Dies ermöglicht qualitativ hochwertige Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen, bei einem
 938 verhältnismäßig hohen Maß an Schutz für Tiere, Umwelt und charakteristische Landschaften.
 939 Wer diese Standards nicht nur halten, sondern verbessern will, muss bereit sein, dafür zu
 940 zahlen. Die LSAP setzt sich deshalb auf europäischem Niveau für eine starke gemeinsame
 941 Agrarpolitik ein. Gleichzeitig wird sie der unseligen Tendenz, alle Entscheidungen dem freien
 942 Markt zu überlassen, entschieden entgegentreten.

943 In diesem Kontext warnt die LSAP davor, die Milchquoten nach einem festen Kalender
 944 abzuschaffen. Eine vorsichtige Anhebung der Quoten macht Sinn, wenn sie der gestiegenen
 945 Nachfrage Rechnung trägt. Diese Art der Intervention darf nicht aus ideologischen Gründen
 946 beendet werden. Ein Rückgang der Nachfrage ist jederzeit möglich, so dass dieses Instrument,
 947 das wesentlich dazu beigetragen hat, Milchseen und Butterberge abzubauen, erhalten bleibt.
 948 Ein Überangebot sollte nicht bewusst produziert werden, um zusätzlichen Druck auf den
 949 Milchpreis auszuüben. Landwirte müssen einen angemessenen Preis für ihre hochwertigen
 950 Produkte erhalten. Milchquoten stützen den Preis und ermöglichen eine dezentrale Produktion
 951 ohne unfaire Wettbewerbsverzerrungen.

952 Die Landwirtschaft braucht Planungssicherheit. Deshalb darf die Ausrichtung der Agrarpolitik
 953 nicht ständig geändert werden. Regelmäßige Anpassungen, die sicherstellen, dass die
 954 gewünschten Ziele erreicht werden, sind jedoch notwendig.

955 Lebensmittel sind keine x-beliebige Ware. Deshalb sind besondere Schutzmaßnahmen absolut
 956 berechtigt, sofern sie auf fairen Prinzipien beruhen. Zu diesen Schutzmaßnahmen sollte unter
 957 anderem das Recht gehören, gentechnisch veränderte Organismen abzulehnen, solange ihre
 958 Unschädlichkeit nicht einwandfrei nachgewiesen ist. Dabei dürfen nicht nur gesundheitliche
 959 Aspekte in Betracht gezogen werden. Bei den GVO, die zur Zeit auf den Markt drängen, sind vor
 960 allem die Umweltrisiken besorgniserregend. Auch das Nebeneinander von biologischen,
 961 konventionellen und gentechnisch veränderten Kulturen ist alles andere als unproblematisch.
 962 Die LSAP setzt sich mit allen Mitteln dafür ein, dass die Luxemburger Landwirtschaft

963 gentechnikfrei bleibt, so lange die damit verbundenen Risiken nicht eindeutig abzuschätzen
964 sind. Besondere Sensibilisierungskampagnen werden in Zukunft von Bedeutung sein, wenn es
965 um den Anbau gentechnisch veränderter Energiepflanzen geht, da der Druck, der von den
966 Konsumenten ausgeht, in diesem Fall nicht greift.

967 Die staatliche Förderung der Erzeugung erneuerbarer Energien sollte gentechnisch veränderte
968 Pflanzen ausschließen. Ziel dieser Förderpolitik ist es nicht nur, Zugang zu neuen
969 Energiequellen zu gewinnen, sondern mittelfristig einen nachhaltigen Umgang mit den zur
970 Verfügung stehenden Ressourcen zu gewährleisten. Die LSAP setzt sich deshalb für die
971 konsequente Nutzung erneuerbarer Energiequellen ein, sofern sie eine positive Ökobilanz
972 aufweisen, sozialverträglich sind und nicht zu Lasten der Lebensmittelproduktion gehen. Mit
973 klaren Vorgaben wollen die Sozialisten dafür sorgen, dass der Energiepflanzenanbau nicht zu
974 Lasten von Naturschutz, Artenvielfalt und anderen ökologischen oder entwicklungspolitischen
975 Zielen geht. Auf EU-Ebene setzt sich die LSAP für strenge Nachhaltigkeitskriterien und
976 Zertifizierungsverfahren für Agro-Treibstoffe ein.

977 Erneuerbare Energien sind für Luxemburger Landwirte eine weitere Diversifizierungsmöglichkeit
978 und neue Einnahmequelle. Die Politik muss diesen Produktionszweig, der noch wenig
979 ausgereift ist, in den kommenden Jahren verstärkt unterstützen. Die Aufgaben der Luxemburger
980 Landwirtschaft sind vielseitig. Ihre Rolle für die nationale Volkswirtschaft ist entsprechend groß.
981 Sie reicht von der überlebenswichtigen Nahrungsmittelproduktion über die nachhaltige
982 Energiegewinnung bis hin zum Natur- und Artenschutz. Vor diesem Hintergrund tritt die LSAP für
983 den Ausbau des Biolandbaus ein. Mindestens 10 Prozent aller landwirtschaftlichen Flächen
984 sollten künftig nach den Kriterien der biologischen Landwirtschaft genutzt werden. Das kommt
985 den Menschen und der Umwelt zugute.

986 Die LSAP will die Luxemburger Landwirtschaft nachhaltig stärken. Die Sozialisten fordern
987 deshalb faire Preise für Produzenten; sie sollten weitgehend von den Früchten ihrer Arbeit leben
988 können. Die LSAP wird einen angepassten Wasserpreis für Betriebe mit großen Viehherden
989 fordern, den Bio-Landbau konsequent fördern, die landwirtschaftliche Erschließung erneuerbarer
990 Energien begünstigen, die Herstellung von einheimischen, hochwertigen und innovativen
991 Produkten unterstützen. Darüber hinaus sollen Betriebsübernahmen und -fusionen erleichtert,
992 die soziale Absicherung der Bauern und Winzer verbessert und das Genossenschaftsgesetz den
993 heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

994 Die Zukunft der Luxemburger Landwirtschaft gehört den Jungbauern. Ohne Nachwuchs wird es
995 keine Zukunft für die hiesige Agrarwirtschaft geben. Deshalb muss das Image dieses für
996 Luxemburg wichtigen Berufsbildes mit Nachdruck gepflegt werden. Deshalb müssen auch
997 Jungbauern durch konsequente Aus- und Weiterbildung auf künftige Herausforderungen
998 vorbereitet werden. Bevor Luxemburg zum wettbewerbsfähigen Stahl- und
999 Dienstleistungsstandort avancierte, waren Landwirte die tragende Säule des produktiven
1000 Sektors. Diese Tradition verpflichtet. Sie ist für die Zukunft des Landes notwendig und soll auch
1001 weiterhin zukunftsfähig bleiben. Dafür tritt die LSAP ein.

1002

Weinbau an das internationale Umfeld anpassen

Der Weinbau an unserer Mosel ist nicht nur eine wichtige wirtschaftliche Tätigkeit, sondern auch Teil unseres Kulturerbes. In den letzten Jahren hat sich der Luxemburger Weinbau positiv entwickelt. Die Qualität der Produkte konnte weiter verbessert werden, wie die internationalen Anerkennungen belegen. Diese Entwicklung muss in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die Sozialisten werden entsprechende Initiativen gezielt unterstützen, nicht zuletzt weil das europäische und internationale Umfeld sich auch für den Luxemburger Weinbau stark verändert. Deshalb wird die LSAP die Aus- und Weiterbildung der Winzer und anderer im Weinbau Beschäftigten aktiv fördern. Die Bestandteile der neuen europäischen Weinordnung sollen im Anschluss an eine Konsultation mit allen Interessengruppen umgesetzt werden.

Auch die Arbeitsbedingungen im Luxemburger Weinbau müssen den internationalen Konkurrenzbedingungen angepasst sein. Dazu gehört auch eine zügige Ausführung der verschiedenen „Remembrement“-Projekte, die gleichzeitig den Nachhaltigkeitskriterien und Auflagen für den Landschaftsschutz so weit wie möglich Rechnung tragen müssen. Auch im Weinbau sollen nachhaltige und umweltverträgliche Projekte (z.B. die Nutzung von Biomasse) gefördert werden. Darüber hinaus werden die Sozialisten die administrativen Prozeduren vereinfachen, damit die Auszahlung fälliger Beihilfen, die für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe von Bedeutung sind, ohne Verzögerung erfolgen kann. Die Sozialisten wollen darüber hinaus prüfen, inwiefern ein transparentes, nationales Qualitätslabel den Export Luxemburger Weine positiv beeinflussen kann.

Die Steigerung der Qualität, eine bessere Vermarktung und die Erschließung neuer Exportmöglichkeiten sind die vorrangigen Ziele im Bereich der öffentlichen Weinbauförderung. Aufgrund der großen Nachfrage biologisch erzeugter Weine werden sich die Sozialisten auch für eine Erweiterung der Biowein-Produktion einsetzen. Dabei muss sichergestellt werden, dass zusammenhängende Nutzflächen erschlossen werden, die eine den Normen entsprechende Bewirtschaftung ermöglichen. Parallel dazu wollen die Sozialisten im Rahmen einer Studie prüfen, ob der integrierte Weinbau als Zwischenstufe zwischen Bio- und klassischem Anbau ein überzeugendes Verkaufsargument für den Luxemburger Weinbau darstellt.

Tourismus braucht neue Dynamik

Mit knapp 10 Prozent des BIP trägt der Tourismus in einem erheblichen Maße zur Beschäftigung und Wirtschaftsleistung in Luxemburg bei. Ca. 24.000 Arbeitsplätze werden der Tourismusbranche zugeschrieben. Im Gegensatz zum stärker werdenden Städtetourismus scheinen die ländlichen Regionen an Anziehungskraft zu verlieren. Damit sind hier Arbeitsplätze gefährdet. Die LSAP hält es daher für notwendig, die Professionalisierung der Tourismusbranche nachhaltig zu verbessern. Der Aufbau von regionalen Tourismusagenturen muss fortgesetzt und das regionale Marketing verbessert werden. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit in und zwischen den Regionen durch gemeinsame Initiativen verstärkt werden. In diesem

1043 Zusammenhang wollen die Sozialisten auf die bestehenden regionalen Tourismusagenturen
1044 zurückgreifen. Sie können eine wichtige Koordinationsfunktion übernehmen. Da die Reiselust
1045 zum Teil stark von klimatischen Bedingungen abhängt, will die LSAP regionale Indoor-
1046 Freizeitinfrastrukturen schaffen, um den Tourismus besser an die wechselhafte Wetterlage
1047 anzupassen. Daneben drängen die Sozialisten weiter auf die konsequente Modernisierung
1048 bestehender Infrastrukturen. Kultur, Umweltschutz, Mobilität und Tourismus müssen Hand in
1049 Hand gehen und besser vernetzt werden.

1050 Die Sozialisten wollen den sanften, naturverbundenen Tourismus konsequent fördern und
1051 ausbauen. Die „Centres d'accueil“ des Umweltministeriums und der Forstverwaltung (Buerfelt,
1052 Haff Réimech, Manternach, Ellergronn und Schönfels) sind in diesem Sinne wichtige
1053 Anlaufstellen. Die Sozialisten haben mit der Fertigstellung des „Miradors“ in Steinfort, dem
1054 beschlossenen Bau eines Besucherzentrums im „Haff Réimech“ und der Belebung des Zentrums
1055 im „Ellergronn“ wichtige Akzente gesetzt. Jetzt gilt es in erster Hinsicht die geplanten bzw.
1056 fehlenden Infrastrukturen (Haff Réimech, Schönfels, Müllerthal, Gréngewald) aufzubauen und
1057 die bestehenden Naturschutzzentren (Buerfelt, Manternach, Ellergronn) weiter zu beleben. Dies
1058 soll in enger Zusammenarbeit zwischen Umweltministerium, Forstverwaltung, den nationalen
1059 Umweltorganisationen und den regionalen und kommunalen Akteuren geschehen. Die
1060 Umsetzung des „plan sectoriel“ für die Gestaltung der Landschaft wird in Zukunft den geeigneten
1061 Rahmen stellen, um den landschaftsbezogenen und naturnahen Tourismus weiter zu erhalten
1062 und zu fördern.

1063 Sanfte Mobilität sollte in diesem Zusammenhang besonders gefördert werden. Biolandbau,
1064 gesunde Ernährung, Bewegung und die Vermittlung des kulturellen Erbes sind Leitbilder, die in
1065 der Tourismusbranche vor allem in den ländlichen Regionen stärker genutzt werden müssen.
1066 Die Qualität der Dienstleistungen und die Zufriedenheit der Kunden müssen absoluten Vorrang
1067 haben. Deshalb wird die LSAP das Qualitätsmanagement in der Tourismusbranche konsequent
1068 vorantreiben und nach außen hin sichtbar darstellen. Denn zufriedene Touristen sind treue
1069 Kunden und wichtige Multiplikatoren.

1070 Eine wachsende Bedeutung kommt dem Kultur- und Kongresstourismus zu. Hier wollen die
1071 Sozialisten verstärkt Synergien zwischen den zahlreichen Kultureinrichtungen und der 2003 ins
1072 Leben gerufenen Universität Luxemburg anstreben. Bildung und Kultur gehören zusammen und
1073 sollten als Einheit stärker vermarktet werden. Neue Wachstumsperspektiven für die
1074 Tourismusbranche verspricht sich die LSAP auch vom neuen Universitätsstandort Belval. Das
1075 neue Stadtviertel in der Minettmetropole sollte konsequent als wetterunabhängiger
1076 Anziehungspunkt für Touristen genutzt werden. Rockhal, Kinokomplex, Staatsarchive,
1077 Industriemuseum und Großkaufhäuser sind gute Verkaufsargumente für den Belval-Standort.
1078 Hinzu kommen die vielen Studenten vor Ort, die sich im Tourismus- und Kulturbereich neben
1079 dem Studium ein Zubrot verdienen können.

1080 Tourismus in Luxemburg braucht verstärkt Innovation und vernetztes Denken. In allen Regionen
1081 des Landes soll an einem klaren Konzept gearbeitet werden, das sich als tourismustauglich

1082 erweist. Die LSAP wird die nationale Tourismusbranche in diesem Sinne dynamisieren und
1083 gezielt vermarkten.

1084

1085 Für eine soziale Wirtschaftsethik

1086 Wirtschaften bedeutet mehr als bloße Profitmaximierung. Zur Wettbewerbsfähigkeit gehören
1087 neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch die soziale und ökologische Dimension. Die
1088 internationale Finanzkrise hat gezeigt, dass ungezügelter Profitgier den betroffenen Menschen
1089 und Volkswirtschaften unermesslichen Schaden zufügen kann. Zu den Hauptleidtragenden
1090 gehören sicherlich jene, die ohnehin als sozial gefährdet gelten und einem erhöhten
1091 Armutsrisiko ausgesetzt sind. In einem globalisierten Wirtschaftsgefüge wird das ökonomische
1092 Primat der Wettbewerbsfähigkeit zusehends missbraucht, um Kostenersparnisse auf dem
1093 Rücken der Arbeitnehmer durchzusetzen.

1094 Ein erhöhter Wettbewerb, Leistungsdruck und Stress, prekäre Arbeitsverhältnisse, Dumpinglöhne
1095 und Fehlzeiten, die auf das Burn-out-Syndrom zurückzuführen sind, steigern nicht nur allgemein
1096 das Krankheitsrisiko der Erwerbstätigen, sie verursachen auch – genau wie
1097 umweltschädigende Wirtschaftsfaktoren – erhebliche Folgekosten. Diese wiederum müssen vom
1098 Gemeinwesen unter Berufung auf das Solidaritätsprinzip getragen werden – nach dem Motto:
1099 Gewinne werden privatisiert und die Folgekosten eines ungezügelten Wettbewerbs sozialisiert.
1100 Mit diesem parasitären Denken muss endlich Schluss sein; es verstößt gegen das Prinzip der
1101 Nachhaltigkeit. Deshalb will die LSAP ihren politischen Einfluss geltend machen und sich
1102 konsequent für eine soziale Wirtschaftsethik einsetzen. Das gegenwärtige politische Handeln
1103 darf dabei die Zukunft nicht außer Acht lassen. Es muss die Wirtschaft an ihren eigentlichen
1104 Auftrag erinnern. Die Ethik, um die es in Zusammenhang mit Ökonomie geht, ist in erster Linie
1105 eine Sozialethik. In ihrer wertmäßigen Orientierung muss sie eine Wirtschaftsordnung fördern,
1106 die das Wohl aller Menschen im Blick hat und ein gutes Zusammenleben ermöglicht.

1107 Gut *und sozial* kann diese Wirtschaftsordnung nur sein, wenn sie die Beschäftigten nicht auf die
1108 Begriffe „Arbeitskraft“, „Humankapital“ und „Ressource“ reduziert, sondern als Menschen
1109 wahrnimmt, die mit ihrer Arbeit wesentlich zur Wertschöpfung innerhalb der Gesellschaft
1110 beitragen. Gut, sozial *und nachhaltig* ist diese Wirtschaftsordnung nur dann, wenn sie
1111 respektvoll mit Menschen, Naturressourcen und Umwelt umgeht. Gut, sozial, nachhaltig *und fair*
1112 ist diese Wirtschaftsordnung nur dann, wenn sie globale Zusammenhänge ernst nimmt und das
1113 Prinzip der Solidarität und Gerechtigkeit über den Wettbewerb stellt. Für die Sozialisten bedeutet
1114 eine soziale Wirtschaftsethik konkret: das Recht auf Arbeit, sichere Beschäftigungsverhältnisse,
1115 gerechte Löhne, faire Handelsbeziehungen und ein behutsamer Umgang mit Naturressourcen.
1116 Nur eine soziale Wirtschaftsordnung kann eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung dauerhaft
1117 gewährleisten. Der entfesselte Wettbewerb kann dies nicht.

1118 Aus der Perspektive der sozialen Wirtschaftsethik gilt: Ökonomischer Eigennutz ist lediglich auf
1119 den ersten Blick gewinnbringend. Gemeinsinn dagegen festigt den gesellschaftlichen
1120 Zusammenhalt dauerhaft. Davon profitiert letztlich die gesamte Volkswirtschaft. Vor diesem

Hintergrund sollte die makroökonomische Kosten-Nutzenrechnung aus sozialistischer Sicht neu aufgemacht werden. So gesehen müssten neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) als maßgebendem volkswirtschaftlichen Messinstrument auch andere Indikatoren berücksichtigt werden, die soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien aufgreifen. Nur so macht die Bemessungsgrundlage einer sozialen Marktwirtschaft wirklich Sinn.

Um der Idee einer sozialen Wirtschaftsethik zusätzliches Gewicht und einen praktischen Nutzwert zu verleihen, schlägt die LSAP die Schaffung eines Gütesiegels für nachhaltiges Wirtschaften vor. Die Kriterien für die Vergabe des Nachhaltigkeitslabels an Unternehmen sollen vom Nachhaltigkeitsrat formuliert werden. Das Gütesiegel für nachhaltiges Wirtschaften sollte mit einem investitionsabhängigen Steuerfreibetrag gefördert werden.

Auch Konsumenten können durch wohl überlegtes Kaufverhalten Produktionsweise und Handelsbeziehungen nachhaltig beeinflussen, indem sie bewusst auf Waren zurückgreifen, die von Unternehmen stammen, die mit einem solchen staatlich anerkannten Nachhaltigkeitslabel prämiert wurden. Die Bewusstseinsbildung zugunsten einer sozialen Wirtschaftsethik bleibt für die Sozialisten entscheidend. Sie muss bereits in den Schulen durch entsprechende Programminhalte und beispielhafte Schulprojekte initiiert werden. Parallel dazu wollen die Sozialisten allgemein das Verantwortungsbewusstsein der Konsumenten durch gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen fördern. Die öffentliche Hand steht in ihrer doppelten Rolle als Produzent und Konsument von Dienstleistungen in der Pflicht. Deshalb will die LSAP bei öffentlichen Ausschreibungen verstärkt Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen. Mittel- bis langfristig sollten entsprechende Auflagen für alle Anbieter bindend sein. Nur so kann die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion letztlich gerecht werden. Hohe Umweltstandards, faire Handelsbeziehungen und die soziale Verantwortung der Produzenten müssen zum Allgemeingut einer neuen Unternehmerkultur werden.

Der Schutz der Verbraucher versteht sich in der Optik einer sozialen Wirtschaftsethik von alleine. Die Qualität der Produkte, faire Preise und die Zufriedenheit der Konsumenten müssen absoluten Vorrang haben, der Verkauf an sich und das Profitstreben dürfen kein Selbstzweck sein. Deshalb werden die Sozialisten den Konsumentenschutz verbessern und Sammelklagen bei Verstößen gegen die Verbraucherschutzbestimmungen ermöglichen. Über Sammelklagen können anfallende Kosten für langwierige Gerichtsverfahren auf viele Schultern verteilt werden. Die LSAP tritt für faire Umgangsformen zwischen Produzent, Händler und Verbraucher ein und befürwortet die Einrichtung einer nationalen Schlichtungsstelle für strittige Konsumfragen.

Soziale Wirtschaftsethik hat viele Facetten und Ebenen, die es zu entwickeln gilt. Auch die infolge der globalen Finanz- und Vertrauenskrise in die Schlagzeilen geratene Geldwirtschaft sollte entschieden zu deren Förderung beitragen. Kredite zur Finanzierung von nachhaltigen Wirtschaftsprojekten sollten auf den Kapitalmärkten generell günstigen Sonderbedingungen unterliegen. Auf diese gemeinnützige Art und Weise könnte die Bank- und Finanzwelt einen Teil des verspielten Vertrauens zurückgewinnen.

Solidarwirtschaft auf eine solide Grundlage stellen

Soziale Wirtschaftsethik ist für die LSAP kein leerer Begriff, sondern lässt sich beispielhaft auch am Konzept der Solidarwirtschaft festmachen. In Luxemburg ist die Solidarwirtschaft aus einer Notsituation heraus entstanden. Der zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit begegnete das 1999 von der „Action sociale pour Jeunes“ und dem unabhängigen Gewerkschaftsbund OGB-L ins Leben gerufene Netzwerk „Objectif Plein Emploi“ (OPE) offensiv mit dem Anspruch auf Vollbeschäftigung. Inzwischen hat sich OPE weit über seine ursprüngliche Zielsetzung hinaus entwickelt und als drittes, gemeinnütziges Standbein der Ökonomie etabliert. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wurde damit um die nachhaltige Dimension der lokalen Entwicklung und den Dienst am Bürger erweitert.

Während die klassische Markt- und Konkurrenzwirtschaft die Menschen im Wechselspiel von Produktion und Konsum den Bedürfnissen und Regeln der Weltmärkte unterwirft, hat die Solidarwirtschaft die Menschen und ihre Grundbedürfnisse im Blick. Sozialwirtschaft setzt auf Solidarität, Kooperation und geteilte Verantwortung; sie bildet damit ein soziales Gegengewicht zum hegemonialen Wirtschaftsliberalismus. Damit stellt sich auch die Frage der gegenseitigen Akzeptanz, zumal die Verfechter des freien Marktes in ihrem Gegenüber und Kritiker einen unliebsamen Konkurrenten sehen, der aufgrund öffentlicher Unterstützung einen Wettbewerbsvorteil genießt.

Aus Sicht der Sozialisten sollen beide Wirtschaftsebenen – die soziale einerseits und die marktorientierte andererseits – nicht notgedrungen antagonistisch, sondern vielmehr komplementär sein. Solidarwirtschaft sollte dementsprechend von konkurrenzorientierten Unternehmen nicht als unlauterer Wettbewerb, sondern als zusätzliche Wirtschaftsperspektive mit sozialem Anspruch angesehen werden. Denn das Gemeinwohl ist ein sozialstaatliches Ziel, dem sich alle Akteure einer sozialen Marktwirtschaft im Grunde verpflichtet fühlen müssten. Deshalb fordern die Sozialisten mit Nachdruck die rechtliche Anerkennung dieser gemeinnützigen Wirtschaftsform. Sie setzt sich ein für gegenseitigen Respekt, soziale Gerechtigkeit, lokale Entwicklung, Armutsbekämpfung, Vollbeschäftigung, Fortbildung und die Grundversorgung der Bürger. Solidarwirtschaft greift vornehmlich dort ein, wo die Gewinnerwartung marktwirtschaftlicher Unternehmen als gering eingestuft wird. Der gesellschaftliche Mehrwert von OPE und anderen solidarwirtschaftlichen Netzwerken ist substanziell. Innerhalb von zehn Jahren konnten allein im OPE-Verbund 750 dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden; daneben haben in der gleichen Zeit rund 3.000 Personen dort eine zeitlich befristete Anstellung gefunden; und last but not least haben 400 ehrenamtliche Mitglieder die gemeinnützige Initiative tatkräftig unterstützt.

Bislang wird die Sozialwirtschaft von Vereinigungen ohne Gewinnzweck und Akteuren aus der Zivilgesellschaft getragen. Finanziell unterstützt wird sie von Staat, Kommunen und EU. Das ist im Grunde zwar positiv, reicht aus Sicht der Sozialisten aber nicht aus. Die gesellschaftliche Anerkennung der Solidarwirtschaft sollte vielmehr mit einer dem Sachverhalt und den Bedürfnissen der Trägervereinigungen angepassten Rechtsform einhergehen. Deshalb fordert die LSAP ein eigenes Statut für die Träger der Sozialwirtschaft und schlägt als Rechtsform die

1200 „gemeinnützige Vereinigung“ (l'association d'intérêt collectif) vor. So könnten
1201 Interessengruppen, die ein gemeinnütziges, auf soziales Wirtschaften abgerichtetes Ziel
1202 verfolgen, eine angemessene Rechtsform erlangen, die der Komplexität ihres Wirkens
1203 entspricht. Sie bedürfen darüber hinaus einer klaren Definition ihrer sozialen Zielsetzung und
1204 Ausrichtung sowie einer Genehmigung durch den Wirtschaftsminister. Die „association d'intérêt
1205 collectif“ wäre demnach eine Vereinigung, die Produkte und Dienstleistungen von kollektivem
1206 Interesse und Nutzen anbietet und nicht auf die Bereicherung ihrer Mitglieder abzielt. Zugang zu
1207 gemeinnützigen Vereinigungen sollen neben Privatpersonen auch Gesellschaften haben, sofern
1208 sie der sozialen Zielsetzung der Zweckgemeinschaft dienen und genügen. Unternehmen, die
1209 sich an sozialwirtschaftlichen Vereinigungen beteiligen, sollten aus Sicht der Sozialisten
1210 steuerlich begünstigt werden. Daneben will die LSAP über Konventionen versuchen,
1211 Handwerksbetriebe an solidarwirtschaftlichen Initiativen zu beteiligen.

1212 Neben einer angemessenen Rechtsform für solidarwirtschaftliche Vereinigungen schlägt die
1213 LSAP die Schaffung eines Solidarwirtschaftsfonds vor. Er soll von Staat, Kommunen, EU-Geldern
1214 und über eine Solidaritätsabgabe gespeist werden. Beihilfen für gemeinnützige Vereinigungen
1215 sollen über Konventionen mit dem Wirtschaftsministerium geregelt und über den Fonds
1216 ausbezahlt werden.

1217 Auch die Forschung sollte sich verstärkt mit dem Thema Solidarwirtschaft auseinandersetzen.
1218 Die Universität Luxemburg könnte ihr gesellschaftliches Profil schärfen, indem sie einer sozialen
1219 Wirtschaftsethik durch einen entsprechenden Lehrstuhl zusätzliches Gewicht verleihen würde.
1220 Die LSAP befürwortet auch die vom OPE-Netzwerk vorgeschlagene Idee, in Belval ein Haus der
1221 Solidarwirtschaft einzurichten. Die Sozialisten halten diesen Denkanstoß für konstruktiv und
1222 nachhaltig. Davon könnte eine wichtige Signalwirkung für den gesamten Universitäts- und
1223 Wirtschaftsstandort ausgehen. Neben der Forschung, Lehre und Entwicklung könnte das Haus
1224 der Solidarwirtschaft wichtige Hilfestellung bei der Förderung und Umsetzung von sozialen
1225 Wirtschaftsprojekten leisten. Themen wie Armutsbekämpfung, Wohlstandsindikatoren,
1226 Wohlbefinden am Arbeitsplatz, soziale Kohäsion, lokale Entwicklung, Kooperationspolitik, fairer
1227 Handel, Netzworkebildung etc. könnten die „Maison de l'économie solidaire“ mit konkreten
1228 Inhalten füllen.

1229

1230 Standortfaktoren pflegen

1231 Luxemburg muss auch in einem veränderten wirtschaftlichen Kontext wettbewerbsfähig bleiben,
1232 um Arbeitsplätze schaffen, Wohlstand erhalten und soziale Umverteilung ermöglichen zu
1233 können. Wettbewerbsfähig ist nur, wer seine Standortfaktoren dauerhaft pflegt und konsequent
1234 nutzt. Luxemburg hat es bislang sehr geschickt verstanden, seine Souveränitätsnischen für den
1235 wirtschaftlichen Aufschwung zu nutzen (CLT, SES, Finanzen). Doch die Konkurrenz auf dem
1236 Weltmarkt schläft nicht, der Harmonisierungsdruck auf EU-Ebene wird immer stärker, die
1237 internationale Finanzkrise lastet schwer auf der tragenden Säule des Luxemburger Wohlstands.

1238 Neben den Diversifizierungsbemühungen zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung müssen
 1239 auch die Standortvorteile stärker hervorgehoben und die festgestellten Defizite abgestellt werden.

1240 Solide Staatsfinanzen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Nur sie ermöglichen politischen
 1241 Handlungsspielraum, nur sie ermöglichen hohe öffentliche Investitionsquoten, nur sie
 1242 ermöglichen soziale Umverteilung. Dieser Befund gilt umso mehr, je schwieriger die
 1243 gesamtwirtschaftliche Lage erscheint. Die Europäische Kommission hat die
 1244 Wachstumsprognosen infolge der internationalen Finanzkrise auch für Luxemburg nach unten
 1245 angepasst. Es wird mit steigender Arbeitslosigkeit gerechnet. Gerade in schwierigen Zeiten
 1246 brauchen Wirtschaft und Gesellschaft einen starken Sozialstaat, der auf einer soliden politischen
 1247 und finanziellen Grundlage steht. Die LSAP steht mit ihrer Sozial- und Wirtschaftskompetenz für
 1248 beides.

1249 Solide öffentliche Finanzen bedürfen eines effizienten Staatsapparates, der ergebnisorientiert und
 1250 bürgernah ausgerichtet ist. Die Aufstellung des Staatshaushalts muss diesem Sachverhalt
 1251 Rechnung tragen. Die LSAP tritt für klar chiffrierte budgetäre Zielsetzungen und deren
 1252 anschließende Bewertung ein. Die Budgetpolitik braucht mehr Transparenz. Neben einer klaren
 1253 Orientierung will die LSAP Leistungsindikatoren einführen, die eine systematische Bewertung der
 1254 öffentlichen Ausgabenpolitik ermöglichen. Die Sozialisten wollen darüber hinaus die Rolle des
 1255 Parlaments bei der Aufstellung des Staatshaushalts stärken und die Abgeordneten enger in
 1256 dessen Abwicklung einbinden. Eine zielorientierte Budgetpolitik bietet weitere Vorzüge; sie kann
 1257 und soll u.a. das Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsprinzip stärker berücksichtigen und
 1258 verankern. Die öffentliche Finanzpolitik muss verstärkt den Voraussetzungen einer nachhaltigen
 1259 Entwicklung genügen. Vorrang hat, was auch künftig Ressourcen schafft: Wissen und
 1260 Kompetenz sind jenes Kapital, von dem Luxemburg auch in Zukunft gut leben können soll - und
 1261 wird. Bildung ist unsere langfristige Garantie für Beschäftigung, Chancengerechtigkeit,
 1262 Innovation und nachhaltige Entwicklung.

1263 Auch die Finanzierung der Kommunen und kommunalen Syndikate muss auf eine solide,
 1264 zielorientierte Grundlage gestellt werden. Nur starke Kommunen können einen guten Dienst am
 1265 Bürger gewährleisten. Die LSAP tritt für starke Gemeinden und bürgernahe Dienstleistungen ein.
 1266 Deshalb müssen die Aufgaben der Kommunen genau festgelegt und die öffentlichen Mittel
 1267 entsprechend verteilt werden. Eine Reform der Gemeindefinanzierung drängt sich auf. Dabei will
 1268 die LSAP die vorhandenen Mittel gerechter verteilen und den Vorgaben der Landesplanung
 1269 Rechnung tragen. Die ausgewiesenen Entwicklungspole müssen bei der Ressourcenaufteilung
 1270 entsprechend berücksichtigt werden.

1271 Was für den Staatshaushalt gilt, muss auch auf kommunaler Ebene Geltung haben. Deshalb
 1272 fordern die Sozialisten ebenfalls eine ergebnisorientierte Budgetaufstellung für Kommunen. Auch
 1273 die Finanzen der Gemeinden und Gemeindesyndikate sollen künftig vom Rechnungshof
 1274 kontrolliert werden. Personal und Mittel der „Cour des Comptes“ müssen entsprechend
 1275 aufgestockt werden.

1276 Handlungsbedarf sieht die LSAP auch im Hinblick auf die Budgetprognosen. Die Sozialisten
1277 wollen die Messinstrumente und Indikatoren verfeinern, damit die öffentlichen
1278 Haushaltsprognosen insgesamt zuverlässiger und damit aussagekräftiger werden.

1279 Die Einrichtung eines Staatsfonds zur Rücklagenbildung und Überbrückung von schwierigen
1280 Zeiten hält die LSAP für eine sinnvolle Maßnahme. Das gleiche gilt für antizyklische
1281 Konjunkturprogramme zur Stabilisierung der Wirtschaft und Absicherung von Arbeitsplätzen.

1282 Die LSAP tritt für eine hohe öffentliche Investitionsquote ein, will gleichzeitig aber sicherstellen,
1283 dass öffentliche Gelder sachgemäß und wirksam eingesetzt werden. Diese Vorgabe gilt
1284 insbesondere für die Modernisierung der Verwaltungsebenen und große Investitionsprojekte, die
1285 möglichst effizient und kostengünstig umzusetzen sind. Die Sozialisten wollen außerdem
1286 Investitionsprojekte bilanzieren, die bislang in öffentlich-privater Partnerschaft verwirklicht
1287 wurden und entsprechende Schlussfolgerungen für künftige Investitionsprojekte ziehen.

1288 Parallel dazu will die LSAP auch die Steuerlandschaft optimieren. Die Zusammenarbeit
1289 zwischen den einzelnen Steuerverwaltungen muss verbessert werden. Das geht nicht ohne
1290 Aufstockung der Ressourcen. Wer aktiv gegen Steuerbetrug und Steuerrückstände vorgehen will,
1291 muss die notwendigen Mittel hierfür bereitstellen.

1292 Aus Wettbewerbsgründen wollen die Sozialisten ferner dafür sorgen, dass die Steuersätze auf
1293 EU-Ebene attraktiv bleiben, ohne gleichzeitig Steuerdumping zu fördern. Dennoch dürften sich
1294 die nationalen Steuernischen aufgrund des zunehmenden Harmonisierungsdrucks allmählich
1295 schließen. Luxemburgs übermäßige Abhängigkeit vom Treibstoffexport (Tanktourismus) ist auf
1296 Dauer nicht zu halten. Die LSAP will den schrittweisen Ausstieg aus dem Treibstoffexport und
1297 den sich daraus ergebenden Steuerausfall durch eine zusätzliche Speisung des Umwelt- und
1298 anderer Staatsfonds vorbereiten.

1299 Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort benötigt neben einem vorteilhaften steuerlichen
1300 Umfeld auch erleichterte Niederlassungsbestimmungen, vereinfachte Verwaltungsprozeduren,
1301 eine sichere Energieversorgung, ein stabiles politisches und soziales Umfeld, eine gute
1302 Lebensqualität sowie eine hohe Ausbildungsquote. Die LSAP setzt deshalb nicht auf „weniger
1303 Staat“, sondern einen besser organisierten Staatsapparat. Ein erheblicher Bürokratieaufwand ist
1304 nicht nur teuer, sondern gleichzeitig ein Hemmschuh für investitionsfreudige Wirtschaftsakteure.
1305 Die administrativen Auflagen müssen konsequent zurückgeschraubt, die Prozeduren vereinfacht
1306 und die Zusammenarbeit der einzelnen Behörden verbessert werden. Die LSAP schlägt deshalb
1307 eine Expertengruppe bzw. Kommission vor, die sich gezielt mit Bürokratieabbau befassen und
1308 dem Staatsminister unterstellt sein sollte. Geplante Neuregelungen im Verwaltungsbereich
1309 sollten grundsätzlich einer wirtschaftlichen Impaktstudie unterzogen werden, bevor sie in Kraft
1310 treten können.

1311 Darüber hinaus ist eine bessere „Kundenbetreuung“ absolut notwendig. Investoren wollen sich
1312 nicht im Spießrutenlauf üben; sie agieren zielorientiert und möchten ihr Unternehmen zügig
1313 aufstellen. Zeitverlust kostet Geld und schreckt potenzielle Investoren ab. Deshalb fordert die
1314 LSAP kurze und besser aufeinander abgestimmte Entscheidungswege. Die Einrichtung einer

1315 zentralen Anlaufstelle für alle verwaltungstechnischen Abläufe ist für die LSAP ein echter
1316 Fortschritt, der durch eine verstärkte Online-Nutzung und -Betreuung und „Genehmigungslotsen“
1317 sinnvoll ergänzt werden soll. Als Vermittler können diese Verwaltungslotsen bei auftretenden
1318 Schwierigkeiten und Hindernissen gezielte Hilfestellung leisten. Das hat auch psychologische
1319 Wirkung. Wer auf sich allein gestellt den Kampf durch den Bürokratiedschungel antreten muss,
1320 verliert schnell die Lust und sucht nach möglichen Alternativen. Luxemburg sollte sich den
1321 Luxus nicht erlauben, investitionsfreudige Unternehmer mit bürokratischen Auflagen
1322 abzuschrecken. Luxemburg muss ein Land der einfachen und kurzen Weg sein. Auf dieses Ziel
1323 wird die LSAP hinarbeiten.

1324 Der Wettbewerbsdruck wird in Zukunft mit Sicherheit nicht abnehmen. Deshalb ist es wichtig,
1325 alle Standortvorteile konsequent zu nutzen. Als solchen können auch die weit über
1326 hunderttausend Pendler angesehen werden, die tagein, tagaus ihr Brot auf dem Luxemburger
1327 Arbeitsmarkt verdienen und die Wirtschaft ankurbeln, indem sie Mehrwert schaffen und Güter
1328 vor Ort konsumieren. Diesen Wachstumsfaktor will die LSAP künftig verstärkt nutzen.
1329 Grenzgänger sollen durch Imagepflege und gezielte Werbekampagnen stärker an Luxemburg
1330 gebunden werden. Luxemburg muss für Pendler mehr sein als bloß „ein Arbeitgeber“.

1331 Als Wettbewerbsnachteil für Luxemburg könnte sich dagegen die unzureichende Bildungsquote
1332 erweisen. Unqualifizierte Schulabgänger tun sich generell auf dem Arbeitsmarkt schwer. Nicht
1333 umsonst greifen Unternehmen verstärkt auf qualifizierte Arbeitnehmer aus der Grenzregion
1334 zurück. In den vergangenen Jahren wurde der Großteil neu geschaffener Stellen nicht mit
1335 Arbeitsuchenden aus Luxemburg belegt. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen. Deshalb
1336 wollen die Sozialisten den Hebel genau an dieser Stelle ansetzen und die Quote der Sekundar-
1337 und Hochschulabsolventen konsequent erhöhen. Das kann langfristig aber nur gelingen, wenn
1338 Bildung möglichst früh ansetzt und all jene erfasst, die aufgrund ihres sozio-ökonomischen
1339 Hintergrundes über ungleiche Bildungschancen verfügen.

1340

1341 **Pluspunkt:** Der Standort Luxemburg braucht Wirtschaftskompetenz und soziale
1342 Verantwortung. Deshalb braucht Luxemburg eine gestärkte LSAP.

C. Vorrang für Bildung und Kinderbetreuung

„Staat und Gemeinden haben für eine hochwertige pädagogische Betreuung innerhalb der Schule und anderer Betreuungsstätten zu sorgen. (...) Der lebenslange Zugang aller zu Bildung und Wissen ist die Vorbedingung für eine kulturell hochstehende Gesellschaft. (...) Eine freie demokratische Gesellschaft braucht gleichberechtigte und mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich ihrer Pflichten und Verantwortungen bewusst sind und aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens und an den demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen. Freiheit gibt es nicht ohne gesellschaftliche Verantwortung.“

(LSAP-Grundsatzprogramm 2002)

Der Grundstein für lebenslanges Lernen wird bereits in der frühen Kindheit gelegt. Bildung ist das eigentliche Fundament für eine nachhaltige Entwicklung und Zukunftsgestaltung. Die Politik muss mit einem klaren Konzept dort ansetzen, wo der individuelle Bildungsweg seinen Ausgang nimmt. Die ersten Schritte auf diesem Weg sind außerordentlich wichtig, da Kinder in der Frühphase ihrer Entwicklung besonders aufnahmefähig sind. Mit der Einführung des „enseignement précoce“ (Früherziehung) wurden erste Schritte in diese Richtung unternommen, um diese Lücke im öffentlichen Bildungsauftrag zu schließen. Auf der Grundlage des neuen Grundschulgesetzes wurde das ursprünglich freiwillige, äußerst heterogene Früherziehungsangebot zur öffentlichen Pflicht erklärt. Das ist ein wesentlicher Fortschritt, den es nicht nur mit Blick auf die individuelle Förderung, sondern auch im Sinne einer besseren Chancengerechtigkeit zu nutzen gilt.

Bildung muss den sozialen Aufstieg ermöglichen. Das kann sie aber nur, wenn sie gezielt dort fördert, wo sich Lücken auftun. Internationale Schülervergleichsstudien haben immer wieder gezeigt, dass die Bildungschancen in Luxemburg sozio-ökonomisch sehr ungleich verteilt sind. Das darf so nicht sein, weil es die soziale Kohäsion langfristig gefährdet und die Gesellschaft spaltet. Eine derartige Entwicklung kann sich Luxemburg auf Dauer nicht leisten. Ein Einwanderungsland mit einer überdurchschnittlich hohen Ausländerquote (über 40 Prozent, Tendenz steigend) hat einen enormen Integrationsbedarf. Nur eine starke, anpassungsfähige öffentliche Schule kann diese gesellschaftspolitische Aufgabe bewältigen. Hier setzt sozialistische Bildungspolitik an. Das neue Grundschulgesetz versucht gerade dort Brücken zu schlagen, wo sich vorher Gräben auftaten, die Gerechtigkeitsdefizite offenlegten. Durch die strukturelle Anbindung der Früherziehung an den Grundschulunterricht eröffnen sich neue Entwicklungs- und Integrationsperspektiven. Wer wie die LSAP diesen Weg konsequent beschreitet, leitet jenen Paradigmenwechsel ein, den das Luxemburger Schulwesen so dringend benötigt. Kinderbetreuung und Bildung müssen als kohärente, aufeinander abgestimmte Einheit gesehen und gedacht werden. Ganztagsschulen sind eine mögliche Variante, die eine sinnvolle Vernetzung beider Ebenen ermöglichen. Daneben gibt es Strukturen, so genannte Relais-Häuser, die Ganztagsbetreuung anbieten, ohne selbst Teil einer schulischen Einrichtung zu

sein. Beide Varianten sind entwicklungsfähig und notwendig. Ganztagschulen und Relais-Häuser werden von den Sozialisten gefördert und sind dort entschieden gefordert, wo Eltern ihren Part in der Kinderbetreuung nicht rund um die Uhr wahrnehmen können. Auf dieser Ebene geht es letztlich darum, die Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Erziehern zu stärken und ihnen einen Bildungsauftrag zu geben, den sie gemeinsam mit ihren spezifischen Kompetenzen im Interesse der Kinder erfüllen. Eltern müssen in diesem Zusammenhang als echte Schulpartner wahr- und ernstgenommen werden.

Auf unsere Kinder kommt es an: Sie sind unsere Zukunft. Das war gestern so, das wird auch morgen so sein. Darum müssen wir heute handeln und die Weichen richtig stellen. Die LSAP hat das in den vergangenen fünf Jahren konsequent getan und wird es auch weiterhin tun. Die Umsetzung der Grundschulreform bleibt für die Sozialisten eine absolute Priorität. Neue politische Akzente will die LSAP insbesondere in den Bereichen Frühkindförderung, Schülerbetreuung, Lehrerfortbildung, Schulentwicklung und Qualitätsförderung setzen.

Der öffentliche Bildungsauftrag: Eigenverantwortung und Solidarität

Der Bildungsauftrag von Schule und Gesellschaft ist ein doppelter: Als Spiegelbild und Motor der gesellschaftlichen Entwicklung muss die öffentliche Schule dafür sorgen, dass soziale Kohäsion langfristig abgesichert und auf eine solidere Grundlage gestellt wird. Um dieses übergeordnete Gesellschaftsziel zu erreichen, will sich die LSAP dafür einsetzen, Eigenverantwortung und Solidarität innerhalb der Schulgemeinschaft durch gezielte Maßnahmen zu fördern. Genauso wie die schulische Leistung des Einzelnen zählen Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich. Vor diesem Hintergrund kommt der Förderung von Sozialkompetenzen und eigenständigem Lernen große Bedeutung zu. Denn proaktives Lernen heißt Verantwortung für den eigenen Bildungsweg und die gesellschaftliche Entwicklung zu übernehmen.

Neben dem Leistungs- und Konkurrenzmodell, das sich im Bildungs- und Wirtschaftsbereich längst als vorherrschendes etabliert hat, ist als bildungspolitisches Korrektiv ein partnerschaftlicher Ansatz zu entwickeln, der den Schüler von der Früherziehung bis zum Eintritt ins Berufsleben nicht bloß als potenzielle Wirtschaftsressource, sondern als entwicklungsfähiges Individuum auf seinem Weg zum selbst- und verantwortungsbewussten Bürger wahrnimmt und fördert. Die nicht weniger wichtige persönliche Dimension zielt auf das Erreichen von selbst gesteckten Lernzielen ab, wobei dieser langwierige Prozess die Perspektive des lebenslangen Lernens in einer wissensbasierten Gesellschaft nie aus den Augen verlieren darf. Ohne andauernde Motivation und Eigenverantwortung für den individuellen Bildungsweg ist diese bildungspolitische Zielsetzung nicht zu erreichen. Deshalb wollen die Sozialisten mit Nachdruck auf eine neue Lernkultur hinwirken. Schule darf kein Selbstzweck sein; sie muss den Schüler in den Mittelpunkt rücken, dessen Motivation und Neugier nutzen, um den Grundstein für lebenslanges Lernen legen zu können.

Dort wo das Interesse an der eigenen Entwicklung verloren geht, entsteht ein Vakuum mit schwerwiegenden Folgen für Individuum und Gesellschaft. Unqualifizierte Schulabbrecher, die sich allzu oft in der Jugendarbeitslosenstatistik wiederfinden, sind eine klare Warnung an Politik und Gesellschaft. Deshalb gilt aus sozialistischer Sicht der Leitsatz: Motivation fördert Verantwortungsbewusstsein und Solidarität. Das gilt für Schüler und Lehrer gleichermaßen. Wo Motivation fehlt, droht das Abgleiten in die Gleichgültigkeit und Lethargie. Für den Schulbetrieb wäre diese Entwicklung fatal. Luxemburg braucht dynamische Schulen, begeisterungsfähige Lehrer und lernbegierige Schüler. Lehrer und Schüler müssen verstärkt aufeinander zugehen, sich als echte Partner verstehen und zusammen mit den Eltern eine starke Schulgemeinschaft, ein Bündnis für Bildung schmieden. Das neue Grundschulgesetz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung: Es rückt den Schüler klar in den Mittelpunkt, setzt auf Partnerschaft und fördert Schulentwicklung. Auf dieser Grundlage wollen die Sozialisten in den kommenden Jahren weiterarbeiten und das neue Schulgesetz mit Leben füllen.

Kompetenzorientiertes Lernen

Die LSAP macht sich für die Einführung des kompetenzorientierten Lernens auf allen Schulstufen stark. Schüler brauchen nachvollziehbare Entwicklungsperspektiven, die ihre Lernfortschritte berücksichtigen und ihren Aufstieg auf der Kompetenz- und Wissensleiter dokumentieren. Anhand von festgelegten Bildungsstandards, die der einzelne Schüler am Ende jeder Schulstufe erreichen muss, wird der eigene Bildungsweg für sie nachvollziehbarer. Kompetenzorientiertes Lernen setzt aber auch eine andere Bewertung voraus, die sich nicht vorrangig an Fehlern, Defiziten und dem Leistungsvergleich mit Klassenkameraden festmacht, sondern individuelle Lernfortschritte entsprechend würdigt. Die traditionelle Benotung greift hier zu kurz. Deshalb schlagen die Sozialisten eine stufenweise Abschaffung des Notensystems zugunsten einer individuellen Bilanzierung der Kompetenzen und Lernfortschritte vor. Während Noten den Konkurrenzkampf zwischen Schülern anheizen und eine klare Trennlinie zwischen Erfolg und Misserfolg ziehen, trägt die Bilanzierung des Erlernten wohl eher zur Steigerung der Motivation bei. Denn Motivation entsteht durch Erfolg. Erfolg schafft Dynamik und steigert die Wissbegier. Sie sind Voraussetzung und Triebfeder einer wissensbasierten Gesellschaft.

Kompetenzorientiertes Lernen baut auf Methoden- und Materialvielfalt, Flexibilität in der Unterrichtsgestaltung und eine zielgerichtete, auf den einzelnen Schüler zugeschnittene Betreuung auf. Damit stehen Lehrer vor neuen Aufgaben und großen Herausforderungen. Sie müssen den Schüler verstärkt beim Lernen begleiten, ihm außer Inhalten auch Lernstrategien vermitteln. Dieser Praxisbezug darf in der Lehreraus- und Fortbildung nicht fehlen. Deshalb will die LSAP die Fortbildung intensivieren. Die berufliche Weiterbildung sollte vorrangig den Bedürfnissen der jeweiligen Schulgemeinschaft entsprechen, den Austausch innerhalb des Lehrkörpers fördern und allgemein zur Schulentwicklung beitragen. Gleichzeitig darf Fortbildung nicht zu Lasten des Schulunterrichts gehen und sollte deshalb außerhalb der Schulzeit stattfinden.

1461 Lehrer sollen konsequent auf den kompetenzorientierten Unterricht vorbereitet werden. Dabei
1462 muss das Aus- und Fortbildungsangebot genau auf das neue Grundschulgesetz abgestimmt
1463 werden. Team- und Elternarbeit und die Leitung von Schulkomitees sind in diesem
1464 Zusammenhang besonders zu berücksichtigen. Schulentwicklung lässt sich nicht von oben
1465 herab verordnen. Sie muss von einer breiten Lehrerbasis ausgehen und getragen werden.

Schulentwicklung und Qualitätsförderung

1468 In den vergangenen fünf Jahren wurde im Bereich Schulentwicklung bereits einiges geleistet.
1469 Die Pilotschule „Neie Lycée“, das deutsch-luxemburgische Schengen-Lyzeum, die Jean-Jaurès-
1470 Ganztagschule und die staatliche Labor- und Forschungsschule „Eis Schoul“ zeugen von
1471 dieser Dynamik, die mit sozialistischer Unterstützung weitgehend von engagierten Lehrer- und
1472 Betreuerteams ausgegangen ist. Hinzu kommen innovative Schulen, die von sich aus
1473 traditionelle Unterrichtsformen durchbrechen und neue Wege versuchen. Die LSAP will diese
1474 Aufbruchstimmung konsequent nutzen und durch innovative Rahmenbedingungen fördern. Die
1475 LSAP schlägt deshalb die Einrichtung eines Lehrstuhls für Schulentwicklung und
1476 Qualitätsmanagement an der Universität Luxemburg vor.

1477 Schulentwicklung und Qualitätssicherung sollten auch auf kommunaler und regionaler Ebene
1478 gefördert werden. Die LSAP will ein entsprechendes Förderprogramm auflegen und innovative
1479 Schulansätze in bestehenden Schuleinrichtungen bilanzieren. Im Anschluss daran sollte ein
1480 Katalog mit guten Schul- und Unterrichtspraktiken zwecks Austausch erstellt werden. Die LSAP
1481 regt darüber hinaus ein Netzwerk innovativer Partnerschulen in Luxemburg und in den
1482 Nachbarländern an. Das LSAP-Förderprogramm für Schulentwicklung und Qualitätssicherung
1483 sieht die Einführung eines Gütesiegels für innovationsfreudige und qualitätsbewusste Schulen
1484 vor. Die „Agence pour le développement de la qualité“ sollte entsprechende Kriterien -
1485 Indikatoren für Schul- und Qualitätsentwicklung - formulieren. Bei der Bewertung der Schulen
1486 sollten neben den Schülerleistungen insbesondere folgende Qualitätsmerkmale berücksichtigt
1487 werden: Schülerbetreuung, Einbindung der Eltern, Innovationsfreude, Integrationsgrad,
1488 Partizipation, Selbstevaluation, Schulklima und Lehrerfortbildung. Schulen brauchen
1489 Qualitätskontrollen und sollten gezielt dort unterstützt werden, wo sie Schwächen aufweisen.

Bedarfsorientierte Schülerbetreuung

1492 Handlungsbedarf sieht die LSAP auch bei der Schülerbetreuung. Sie variiert sehr stark je nach
1493 Kommune und Trägergesellschaft. Erklärtes Ziel der Sozialisten ist ein flächendeckendes,
1494 hochwertiges und kostenloses Betreuungsangebot für alle Grundschüler. Dieses Ziel ist nicht
1495 von heute auf morgen zu erreichen. Deshalb fordert die LSAP einen stufenweisen Ausbau der
1496 Früherziehung und kommunalen Ganztagsbetreuung. In einer ersten Phase wollen die
1497 Sozialisten den genauen Bedarf an Betreuungsstrukturen ermitteln und einen Vierjahresplan für
1498 deren Finanzierung erstellen. Angesichts der Vielzahl neuer Aufgaben müssen die kommunalen

1499 Mittel in den kommenden Jahren konsequent aufgestockt werden. Die LSAP will für klare und
1500 transparente Kriterien bei der Subsidienvergabe für die Kinderbetreuung sorgen.

1501 Der Aufbau regionaler Ganztagschulen ist eine notwendige Ergänzung zum bestehenden
1502 Bildungsangebots. Darüber hinaus wären staatlich unterstützte regionale Ganztagschulen eine
1503 mögliche Alternative für Pendler-Kinder. Ganztagsmodelle könnten gegebenenfalls auch in
1504 grenzüberschreitender Zusammenarbeit realisiert werden (siehe Schengen-Lyzeum). Parallel
1505 dazu sollten auch kleine regionale Schulinternate für schwer erziehbare Kinder und Jugendliche
1506 eingerichtet werden. In jeder Region wollen die Sozialisten mindestens eine Ganztagschule und
1507 ein Internat einrichten; in besonders bevölkerungsreichen Regionen sollte das Angebot den
1508 Bedürfnissen entsprechend angepasst werden.

1509 Das neue Grundschulgesetz sieht darüber hinaus die Einrichtung von regionalen
1510 Kompetenzzentren vor. Hier soll der nötige Sachverstand gebündelt werden, um Kinder mit
1511 spezifischen Bedürfnissen fachgerecht und frühzeitig betreuen zu können. Die bestehenden
1512 Behörden und Dienste (Education différenciée, Service de guidance, Service rééducatif
1513 ambulatoire) sollten in diesem Sinne neu aufgestellt und umstrukturiert werden. Eine enge
1514 Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Sozialministerium drängt sich auf. Sonder- und
1515 heilpädagogische Betreuung sollte grundsätzlich über den Leistungskatalog der
1516 Sozialversicherung abgedeckt werden. Die Früherkennung von Sonderbegabungen,
1517 Aufmerksamkeitsstörungen, Lese-, Schreib- und Rechenschwächen etc. muss verbessert und in
1518 der Ausbildung der Pädagogen entsprechend verankert werden. Auch Schulinspektoren spielen
1519 in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die Sozialisten wollen das Inspektorenkollegium
1520 neu strukturieren. Die zwei Hauptaufgaben – die administrative Arbeit einerseits und die
1521 Qualitätsverbesserung andererseits – könnten voneinander getrennt und von verschiedenen
1522 Inspektoren geleistet werden. Alle Schulinspektoren könnten alternativ mit der einen oder
1523 anderen Aufgabe betraut werden.

1524 Neben den regionalen, multidisziplinären Kompetenzteams wollen die Sozialisten eine zentrale
1525 Anlaufstelle einrichten, die als Austausch- und Fortbildungszentrum genutzt werden kann. Diese
1526 „Centres de ressources“ können nicht ohne qualifiziertes Personal funktionieren. Deshalb wird
1527 die LSAP einen Mehrjahresplan für die Einstellung von Fachpersonal erstellen. Wer die
1528 Betreuung von Schülern mit Lernschwierigkeiten und Sonderbegabungen verbessern will, darf
1529 die hierfür erforderlichen Kosten nicht scheuen. Die LSAP will weiterhin die Integration aller
1530 Kinder mit Behinderung in der Regelschule ermöglichen. Die Eltern haben das Recht, sich
1531 entweder für die Integration in die Regelschule oder das Angebot einer Sonderschule zu
1532 entscheiden.

1533

1534 Ein nationales Konzept für die Kinderbetreuung

1535 Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Qualität der Kinderbetreuung. Sie
1536 muss über die Aufsicht der Kinder hinaus mit einem Bildungsauftrag versehen und enger an die
1537 Schule herangeführt werden. Eine Voraussetzung hierfür ist die Zusammenlegung der

1538 Kompetenzen für Bildung und Kinderbetreuung. Die Sozialisten setzen sich für eine landesweite
1539 Harmonisierung der Kinderbetreuung ein und fordern Staat und Kommunen auf, einen Pakt zu
1540 schließen, der diesen Anspruch sicherstellt und konsequent in die Praxis umsetzt. Luxemburg
1541 braucht transparente, kohärente und hochwertige Betreuungsstrukturen. Deshalb fordert die
1542 LSAP ein nationales Konzept mit allgemeingültigen Leitlinien für die außerschulische Betreuung.
1543 Diese verbindlichen Vorgaben müssen sowohl für die inhaltliche Ausrichtung als auch für die
1544 materielle und personelle Ausstattung der Betreuungseinrichtungen gelten. Darüber hinaus
1545 werden sich die Sozialisten für Mindestnormen in Zusammenhang mit den Arbeitsverträgen der
1546 Beschäftigten in den Relais-Häusern einsetzen.

1547 Was das Konzept für außerschulische Kinderbetreuung angeht, muss das Rad nicht unbedingt
1548 neu erfunden werden. Auf diesem Gebiet wurde in einigen Kommunen bereits wichtige Vorarbeit
1549 geleistet, an die angeknüpft werden kann. Kinder haben ein Recht auf professionelle Betreuung,
1550 Erziehung, Förderung und Bildung. Schule und Kinderbetreuung müssen daher aufeinander
1551 abgestimmt werden und stärker ineinandergreifen. Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen
1552 müssen sich im Interesse der ihnen anvertrauten Kinder aufeinander zu bewegen.

1553

1554 Übergang von Grundschule zum Sekundarunterricht optimieren

1555 Nach wie vor bereitet der Übergang zwischen „enseignement primaire“ und „enseignement
1556 secondaire“ Schwierigkeiten. Die LSAP will beide Unterrichtsebenen sowohl strukturell als auch
1557 personell aneinander heranzuführen. Die Zusammenarbeit zwischen Grundschul- und
1558 Sekundarschullehrern muss strukturiert und intensiviert werden. Bereits auf der
1559 Ausbildungsebene muss es zu einer konstruktiven Annäherung kommen, zumal beide
1560 Lehrergruppen im Bereich der Unterrichtsdidaktik auf das Studienangebot der Universität
1561 Luxemburg zurückgreifen können. Die LSAP regt in diesem Zusammenhang einen Master-
1562 Studiengang für Schulentwicklung und Qualitätsmanagement an. Der neue Studiengang sollte
1563 Schwerpunkte in folgenden Fachbereichen setzen: Sonderpädagogik, Schulpsychologie,
1564 Teamarbeit, Schulentwicklung, Schulmanagement, Qualitätssicherung und Elternarbeit.

1565 Daneben will die LSAP eine strukturierte Partnerschaft zwischen Grundschulen und Lyzeen
1566 aufbauen. Ab der Grundschuloberstufe sollte es zu einem regelmäßigen und gegenseitigen
1567 Austausch durch Schulbesuche und informelle Kontakte zwischen einzelnen Lehrern bzw.
1568 Lehrerkomitees und Schulleitern kommen. Grundschul- und Sekundarschullehrer haben einen
1569 gemeinsamen Bildungsauftrag, den sie zusammen im Interesse ihrer Schüler wahrnehmen
1570 müssen.

1571 Im Hinblick auf die Annäherung von Grundschulen und Lyzeen könnte sich die nationale Labor-
1572 und Forschungsschule als brauchbares Instrument erweisen. Nach einer ersten Bilanz über die
1573 Zusammenführung von Früherziehung und Grundschule soll über eine Ausweitung von „Eis
1574 Schoul“ in Richtung Gesamtschule nachgedacht werden. Damit wäre die gesamte
1575 Schulpflichtzeit von einem wissenschaftlich begleiteten Modellversuch abgedeckt. Parallel dazu
1576 will die LSAP versuchsweise einen zweijährigen Orientierungszyklus im Anschluss an die

1577 Grundschule einrichten. Ein neu geschaffenes Lyzeum, das sowohl eine klassische als eine
1578 technische Unterstufe anbietet, könnte diese Aufgabe in einem Pilotversuch übernehmen, der
1579 anschließend bilanziert und gegebenenfalls verallgemeinert werden könnte.

1580 Auch im Bereich des Sprachenunterrichts wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen den
1581 einzelnen Schuleinrichtungen sicherlich förderlich. Mit der Verallgemeinerung des
1582 kompetenzorientierten Lernens findet bereits eine Annäherung über die festgelegten
1583 Bildungsstandards auf den verschiedenen Unterrichtsstufen statt. Grundschul- und
1584 Sekundarschullehrer haben damit ein gemeinsames Interesse an einem möglichst
1585 reibungslosen Übergang zwischen beiden Unterrichtsebenen.

1586

1587 Aktionsplan für den Sprachenunterricht konsequent umsetzen

1588 2007 wurde unter dem Impuls der Sozialisten ein umfassender Aktionsplan für eine Reform des
1589 Sprachenunterrichts vorgelegt, der sich auf einen Bericht von Bildungsexperten des Europarats
1590 beruft. Die LSAP will die darin festgehaltenen Maßnahmen in den kommenden Jahren weiter
1591 umsetzen. Entscheidende Reformansätze sind die Neugewichtung des Unterrichts (eine Sprache
1592 erlernen heißt: lesen, schreiben, verstehen und sprechen lernen) und eine differenzierte
1593 Bewertung der Schüler, die dem Lernprozess bzw. den Lernfortschritten Rechnung trägt. Als
1594 Orientierung für das kompetenzorientierte Lernen dient das europäische Sprachenportfolio. Die
1595 Sozialisten werden sich für eine europäische Zertifizierung der Sprachkompetenzen der Schüler
1596 einsetzen, die als sinnvoller Zusatz zum herkömmlichen Abschlusszeugnis gelten soll. Auch
1597 Sprachkompetenzen, die außerhalb der Schule erworben werden, können auf diese Weise
1598 dokumentiert werden.

1599 Erklärtes Ziel der Sozialisten bleibt die Mehrsprachigkeit auf einem sehr hohen Niveau. Alle
1600 Schüler sollen ein möglichst hohes Niveau in allen landesüblichen Unterrichts- bzw.
1601 Fremdsprachen erlangen, ohne dass eine Sprache dabei zum unüberwindbaren Hindernis auf
1602 dem Weg zum Schulabschluss wird. Schüler sollen grundsätzlich die Wahl einer Erst- und
1603 Zweitsprache haben, wobei die zu erreichenden Mindeststandards von der gewählten
1604 Fachrichtung abhängen. Vorhandene Defizite in den beiden Unterrichtssprachen Deutsch und
1605 Französisch sollten gegebenenfalls durch Sprachpraktika an deutschen und französischen
1606 Partnerschulen behoben werden können. Entsprechende Austauschprogramme sollten im
1607 Rahmen von bilateralen Kooperationsabkommen innerhalb der Großregion vereinbart werden
1608 und auch den Lehreraustausch mit einbeziehen.

1609 Zum Konzept der Mehrsprachigkeit gehört auch eine stärkere Verankerung des
1610 Luxemburgischen und die Berücksichtigung der Muttersprachen bei der Unterrichtsgestaltung.
1611 Luxemburgisch sollte als gemeinsame Kommunikationssprache konzipiert und gefördert
1612 werden. Die LSAP spricht sich auch dafür aus, die Bedeutung des Portugiesischen stärker
1613 hervorzuheben, um der bevölkerungsstärksten Ausländergruppe entgegenzukommen.
1614 Portugiesisch-Kurse sollen möglichst an allen Sekundarschulen angeboten werden. Durch diese

1615 Maßnahme will die LSAP sicherstellen, dass portugiesische Schüler auch späterhin in ihrem
1616 Heimatland ein Studium unter möglichst guten Voraussetzungen absolvieren können.

1617 Im Bereich der Wirtschaft spielt Englisch eine herausragende Rolle. Die Sozialisten wollen
1618 diesem Sachverhalt gebührend Rechnung tragen.

1619

1620 **Allgemeinbildung fördern, Abitur reformieren**

1621 Nach der Reform der Grundschule und der Berufsausbildung müssen auch die Strukturen der
1622 Sekundarschulen überprüft werden. Die zunehmende Zahl von spezialisierten Sektionen in
1623 Gymnasien führt zu organisatorischen Schwierigkeiten und verleitet viele Schulen dazu,
1624 möglichst viele Schüler aufzunehmen, um alle Sektionen in der Oberstufe anbieten zu können.
1625 Verschiedene Sektionen sind darüber hinaus derart spezialisiert, dass betroffenen Schülern
1626 aufgrund ihrer unzureichenden Allgemeinbildung der Zugang zu bestimmten Universitäten
1627 verwehrt bleibt. Aus diesem Grund wollen die Sozialisten die Oberstufe anhand von Pflicht- und
1628 Wahlpflichtfächern neu organisieren.

1629 Die LSAP schlägt die Abschaffung der fachgebundenen Sektionen in den Gymnasien vor. Durch
1630 diese Maßnahme könnten mehr gymnasiale Oberstufen in den verschiedenen Lyzeen angeboten
1631 werden. In einzelnen Schulen endet der klassische Sekundarunterricht bekanntlich mit der
1632 Unterstufe. Das wollen die Sozialisten ändern. Sämtliche Lyzeen sollten die Möglichkeit haben,
1633 ihren Schülern eine vollständige Abiturvorbereitung mit Abschlussprüfung anzubieten.
1634 Grundsätzlich sollten allgemeinbildende Fächer gestärkt und durch Wahlpflichtfächer
1635 (Wissenschaften, Fremdsprachen etc.) sinnvoll ergänzt werden.

1636 Die Schüler müssen angeleitet werden, selbstständig über ein spezifisches Thema zu
1637 recherchieren und nachzudenken. So könnte das Curriculum durch das Erstellen einer
1638 persönlichen Arbeit ergänzt werden. Zum einen wäre dies eine gute Vorbereitung auf ein
1639 späteres Studium, zum anderen würde das praxisbezogene Arbeiten dadurch gestärkt. Die
1640 Sozialisten wollen mit dieser Maßnahme das kreative Arbeiten fördern und das
1641 Selbstbewusstsein der Schüler stärken. Darüber hinaus will die LSAP eine Annäherung zwischen
1642 „Enseignement secondaire“ und „Enseignement secondaire technique“ herbeiführen.

1643 Die Schulautonomie sollte verstärkt für innovative und integrative Schulprojekte genutzt werden.
1644 So könnten einzelne Gymnasien versuchsweise eine fachspezifische Hochschulreife anbieten,
1645 während technische Lyzeen im Gegenzug eine allgemeinbildende Sektion aufbauen sollten. Die
1646 LSAP will den bestehenden Graben zwischen beiden Schultypen durch gezielte
1647 Sensibilisierungsmaßnahmen, strukturierte Partnerschaften und ein entsprechendes
1648 Anreizsystem schließen. Die öffentliche Schule ist ein Ganzes und sollte auch nach außen hin
1649 Geschlossenheit demonstrieren. Die Sozialisten legen ferner Wert darauf, die
1650 Chancengerechtigkeit zwischen den einzelnen Schulen künftig zu verbessern. Während die
1651 neuen Sekundarschulen im allgemeinen gut ausgestattet sind, um neuen Anforderungen
1652 Rechnung tragen zu können, müssen nun verstärkt Anstrengungen zugunsten der „alten“

1653 Schulen unternommen werden. Auch sie benötigen mehr Fachpersonal für Schülerbetreuung
1654 und Verwaltungsaufgaben.

1655

1656 Öffentliches Bildungsangebot weiter ausbauen

1657 Einer zusehends heterogeneren Schulpopulation muss mit einem möglichst breitgestreuten
1658 öffentlichen Bildungsangebot begegnet werden. Die LSAP hat in den vergangenen Jahren
1659 konsequent auf Diversifikation und Innovation gesetzt und neue Bildungsangebote im Rahmen
1660 der öffentlichen Schule geschaffen. Neben innovativen Ganztagschulen wurden in zwei Lyzeen
1661 „Bac international“-Vorbereitungsklassen eingerichtet. Im „Lycée Technique du Centre“
1662 funktioniert inzwischen eine französischsprachige und im hauptstädtischen Athenäum eine
1663 englischsprachige BI-Klasse. Die Sozialisten wollen dieses international anerkannte
1664 Schulprogramm auch an anderen Schulen anbieten. Die Minette-Metropole und die Nordstad
1665 wären sinnvolle Standorte für derartige Bildungsangebote, die vor allem Schülern mit
1666 Migrationshintergrund mehr Chancengerechtigkeit bieten.

1667 Die LSAP will auch das Online-Angebot verbessern und den zweiten Bildungsweg auf eine
1668 solidere Grundlage stellen. Neben dem bestehenden eBac (das Abitur per Internet) wollen die
1669 Sozialisten künftig auch eine fachgebundene Hochschulreife im Online-Dienst (eBac-tech)
1670 anbieten. Parallel dazu sollen Kurse angeboten werden, die es eBac-Teilnehmern erlauben,
1671 möglichst schnell ein bestimmtes Fach- und Bildungsniveau zu erreichen.

1672 Die Reform der Berufsausbildung hat einen gesetzlichen Rahmen geschaffen, der den aktuellen
1673 Herausforderungen besser Rechnung trägt und die Schule näher an die Berufs- bzw. Arbeitswelt
1674 heranführt. Ein Unterricht, der kompetenzorientiert und modular aufgebaut ist, und die
1675 Anerkennung von beruflichen Erfahrungen und Kompetenzen sind wesentliche Bausteine einer
1676 neu geordneten Berufsausbildung, die sich konsequent in die Lifelong-Learning-Perspektive
1677 einschreibt. Die LSAP erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass selbst das
1678 Universitätsgesetz die Möglichkeit der „validation des acquis professionnels“ explizit vorsieht.
1679 Im Sinne von mehr Kohärenz schlägt die LSAP deshalb vor, die Anerkennung von
1680 Berufserfahrungen zum allgemeingültigen Prinzip zu erklären und auf den „klassischen“
1681 Sekundarunterricht zu übertragen.

1682

1683 Nationales Institut für Lifelong Learning, Schul- und Berufsorientierung schaffen

1684 Die Schul- und Berufsorientierung läuft bislang auf verschiedenen Ebenen ab. Auf
1685 Sekundarschulniveau zeichnen das „Centre de psychologie et d'orientation scolaires“ (CPOS)
1686 und die schulinternen SPOS-Dienste für die Schülerberatung verantwortlich. Im
1687 Hochschulbereich ist das „Centre de documentation et d'information sur les études supérieures
1688 (CEDIES) zuständig. Und im Arbeitsministerium gibt es mit der Abteilung „Emploi des jeunes“
1689 und der Dienststelle für berufliche Orientierung entsprechende Anlaufstellen. Mit der Schaffung

1690 eines Nationalen Instituts für Schul- und Berufsorientierung wird die LSAP für ein kohärentes,
1691 aufeinander abgestimmtes Informations- und Beratungsangebot sorgen.

1692 Das Nationale Institut für Lifelong Learning, Schul- und Berufsorientierung (NILSB) muss alle
1693 bildungs- und berufsrelevanten Daten und Informationen zusammentragen, bündeln und im
1694 Online-Dienst zur Verfügung stellen. Darüber hinaus soll das NILSB als Ansprechpartner für
1695 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände dienen und wesentlich dazu beitragen, dass
1696 Berufsausbildungen den Ansprüchen der Berufswelt angepasst bleiben. Das NILSB könnte ferner
1697 als zentrale Anlaufstelle für die Vergabe von Lehrstellen und Praktika ausgelegt werden und so
1698 als wichtiges Bindeglied zur schulischen Berufsausbildung dienen. Gleichzeitig sollte das NILSB
1699 durch Zweigstellen in den verschiedenen Regionen des Landes vertreten sein.

1700 Die psychologische Betreuung von Schüler sollte dagegen strikt aus dem Bereich der Schul-
1701 und Berufsorientierung ausgegliedert werden. Durch die räumliche und strukturelle Trennung
1702 würden die einzelnen Dienste für die Bürger transparenter und sicherlich attraktiver.

1703

1704 Luxemburg braucht eine gute Universität

1705 Die Sozialisten wollen die Chancen, die sich aus der Entwicklung der Universität ergeben, auf
1706 allen Ebenen nutzen. Während der Entwicklungsphase will die LSAP den öffentlichen Anteil am
1707 Universitätsetat kontinuierlich steigern. Gleichzeitig sollte die Universität ihre Bestrebungen
1708 fortsetzen, die Eigenfinanzierungsquote zu erhöhen. Von einer starken, autonomen und in sich
1709 gefestigten Universität profitieren Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen. Für ihre weitere
1710 Entwicklung braucht die Universität gute Rahmenbedingungen, die erst durch den
1711 Standortwechsel nachhaltig verbessert werden können. Die Ansiedlung von *uni.lu* in Belval und
1712 der Ausbau der Hauptstadt als Kompetenzzentrum für Finanzwirtschaft und europäisches Recht
1713 zählen damit zu den politischen Prioritäten der kommenden Jahre. Die Sozialisten wollen die
1714 Bauarbeiten für die „Maison du savoir“ zügig umsetzen und auch die restlichen universitären
1715 Einrichtungen ohne Verzug in Angriff nehmen. Dies gilt in einem besonderen Maße für die
1716 Universitätsbibliothek. Studenten und Forscher brauchen einen unmittelbaren Zugang zur
1717 Fachliteratur vor Ort. Vor dem geplanten Umzug nach Belval wollen die Sozialisten das
1718 Universitätsgesetz einer kritischen Bestandsaufnahme unterziehen und gegebenenfalls
1719 nachbessern. Der Neustart von *uni.lu* sollte auch strukturell unter bestmöglichen
1720 Voraussetzungen erfolgen.

1721 Besonderen Wert legen die Sozialisten auch auf die gesellschaftlichen Aufgaben der Universität.
1722 Der Ausbildung von Lehrern und Sozialpädagogen kommt in diesem Zusammenhang eine
1723 zentrale Bedeutung zu. Die entsprechenden Studiengänge sollen regelmäßig evaluiert und auf
1724 die Bedürfnisse der Schüler und Schulen abgestimmt werden. Parallel dazu sollten die
1725 gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungen prioritär erforscht werden. Die
1726 Universität Luxemburg braucht eine starke geistes- und sozialwissenschaftliche Fakultät, die
1727 sich konsequent mit Bildung, Sprachen, Kultur, Politik und Integration auseinandersetzt.

1728 Darüber hinaus muss die Universität verstärkt auf dem Gebiet der Fortbildung aktiv werden und
1729 das im Universitätsgesetz verankerte Prinzip der „Validation des acquis“ konsequent anwenden.
1730 Möglichst viele Bürger sollten vom Bildungsangebot der Universität Luxemburg profitieren
1731 können. Die Sozialisten werden auch das länderübergreifende Projekt einer Universität der
1732 Großregion fördern. Durch enge Beziehungen und Partnerschaften zwischen bestehenden
1733 Universitäts- und Forschungseinrichtungen soll nicht zuletzt die Mobilität und Mehrsprachigkeit
1734 von Forschern, Studenten und Arbeitnehmern gefördert werden.

1735

1736 Bildungsquote verbessern

1737 Die europäische Lissabon-Strategie stellt Luxemburg im Bildungsbereich vor große
1738 Herausforderungen. Die Zielsetzung ist klar: Die Zahl der Schulabbrecher soll eindeutig
1739 verringert und das allgemeine Bildungsniveau deutlich erhöht werden. Luxemburg braucht mehr
1740 Sekundar- und Hochschulabsolventen. Die LSAP will die Qualifikationsquote deutlich verbessern
1741 und das schulische Umfeld entsprechend attraktiv gestalten. Schulen vermitteln nicht nur
1742 Wissen und Kompetenzen, sie sind auch Lebensort für Kinder und Jugendliche, die ein gutes,
1743 motivierendes Schulklima benötigen, um sich frei entfalten und für die Berufswelt qualifizieren
1744 zu können. Deshalb fordert die LSAP eine verbindliche Schulcharta für alle Schulen. Sie sollte
1745 landesweit auf der Grundlage von guten Schulpraktiken erstellt werden.

1746 Das Luxemburger Bildungssystem trägt den wissenschaftlichen Fächern bislang nur
1747 ungenügend Rechnung. Die Einführung eines naturwissenschaftlichen Kurses im
1748 Sekundarunterricht ist sicherlich ein Fortschritt, dem weitere folgen müssen. Grundsätzlich will
1749 die LSAP die Zusammenarbeit zwischen der Universität Luxemburg und den öffentlichen
1750 Schuleinrichtungen verbessern. Erste Ansätze in diese Richtung gibt es bereits. Sie sollen nun
1751 konsequent ausgebaut werden. Stichwort Kinderuni: Ansatzweise gibt es bereits einen
1752 Austausch zwischen einzelnen Grundschulen und der Universität Luxemburg. Er beruht auf den
1753 jeweiligen Initiativen einzelner Professoren und Lehrer. Die LSAP spricht sich für eine
1754 strukturierte Zusammenarbeit zwischen Universität Luxemburg und Bildungsministerium aus.
1755 Diese Kooperation sollte mit dem Umzug von *uni.lu* nach Belval durch ein gemeinsames
1756 Projekt – eine vollwertige Kinderuniversität – konkretisiert werden. Auf dieser Ebene könnten
1757 verstärkt jene Forschungsschwerpunkte entwickelt und pädagogisch aufbereitet werden, die für
1758 Luxemburg als zukunftsweisend gelten und zur nachhaltigen Entwicklung des Landes beitragen.

1759 Die LSAP verspricht sich von dieser Maßnahme langfristig einen zusätzlichen Anreiz für
1760 Jugendliche, ein Hochschulstudium zu absolvieren. Luxemburg braucht qualifizierte
1761 Arbeitnehmer. Die Universität kann wesentlich zur Steigerung der allgemeinen Bildungsquote
1762 beitragen. Diese Chance werden wir als fortschrittsorientierte Partei nutzen.

1763 Auch das Lifelong-Learning-Konzept wollen die Sozialisten weiterentwickeln. Luxemburg
1764 braucht eine nationale Lifelong-Learning-Strategie. Sie muss von der gesamten Regierung unter
1765 Einbeziehung der Sozialpartner erstellt und durch einen nationalen Aktionsplan konkretisiert
1766 werden. Als Ausgangspunkt für eine kohärente Lifelong-Learning-Strategie könnte eine nationale

1767 Bildungskonferenz dienen. Die LSAP begrüßt im Lifelong-Learning-Kontext ausdrücklich den neu
1768 geschaffenen individuellen Bildungsurlaub. Diese soziale Errungenschaft sollte künftig von allen
1769 Bürgern konsequent genutzt werden. Die Sozialisten werden mit gezielten
1770 Sensibilisierungskampagnen ausdrücklich auf die neuen Möglichkeiten aufmerksam machen
1771 und gleichzeitig die Bedeutung des lebenslangen Lernens deutlich hervorheben.

1772 Bildung zählt für die Sozialisten seit jeher zu den großen politischen Prioritäten. Deshalb will die
1773 LSAP mit einem nationalen Bildungsbericht und einem nationalen Bildungspreis weitere
1774 bildungspolitische Akzente setzen. Am Ende jeder Legislaturperiode sollte mit dem nationalen
1775 Bildungsbericht Bilanz gezogen werden. An dessen Ausarbeitung sollten nationale und
1776 internationale Bildungsexperten beteiligt werden. Der nationale Bildungsbericht soll alle
1777 bildungsrelevanten Daten und Entwicklungen aufführen, dokumentieren und kritisch
1778 hinterfragen. Die Bildungsbilanz am Ende der Legislaturperiode soll u.a. folgende Schwerpunkte
1779 berücksichtigen: Unterrichtsqualität, Integrationsgrad, Chancengleichheit, Schulentwicklung,
1780 Qualitätsnormen, Bildungsausgaben, Schulinfrastrukturen, Bildungsquote, Lehrerfortbildung und
1781 Lifelong Learning.

1782 Parallel dazu sollte alle fünf Jahre ein nationaler Bildungspreis für Schulentwicklung und
1783 Qualitätssicherung ausgelobt werden. Dieser zusätzliche Anreiz könnte wesentlich zur
1784 Dynamisierung des Luxemburger Bildungssystems beitragen. Eine unabhängige Jury von in-
1785 und ausländischen Bildungsexperten sollte jene Schulprojekte würdigen, die sich durch
1786 Innovationsgeist und Qualitätsmanagement auszeichnen.

1787

1788 Einheitlicher Werteunterricht für alle

1789 Das LSAP-Grundsatzprogramm von 2002 hält u.a. fest: „Eine laizistische und tolerante
1790 Grundeinstellung des Staates ist Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen.“ Die individuelle
1791 Freiheit gerät dort in Bedrängnis, wo Glaubensgemeinschaften ihren Einfluss durch religiöse
1792 Indoktrination geltend machen wollen. Aus diesem Grund befürworten die Sozialisten die
1793 Einführung eines einheitlichen Werteunterrichts, der alle Kinder der öffentlichen Schule auf der
1794 Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele zusammenbringt. Parallelgesellschaften, die sich auf
1795 religiöse Ansprüche oder nationale Eigenheiten berufen, würden ein Land, dessen Bevölkerung
1796 sich aus vielen verschiedenen Nationalitäten und Religionsgemeinschaften zusammensetzt, vor
1797 eine Zerreißprobe stellen. Deshalb ist die öffentliche Schule als Integrationsfaktor mehr denn je
1798 gefordert. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben in einem
1799 Land mit über 40 Prozent Nicht-Luxemburgern unterschiedlicher Herkunft kommt langfristig
1800 nicht ohne einen einheitlichen Werteunterricht aus. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben
1801 die Sozialisten mit der Pilotschule „Neie Lycée“ bereits getan. Seit 2005 gibt es dort einen
1802 religionsneutralen Unterricht für alle Schüler. Diesen Weg will die LSAP nun weitergehen und
1803 eine Verallgemeinerung des Werteunterrichts anstreben. Ab der Grundschule sollen
1804 Unterrichtseinheiten die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen darstellen und die

1805 Auseinandersetzung mit den grundlegenden Werten einer freien und demokratischen
1806 Gesellschaft fördern.

1807 Luxemburg braucht mündige und verantwortungsvolle Bürger. Deshalb gehört politische
1808 Bildung ebenso zum öffentlichen Bildungsauftrag wie Medien- und Umwelterziehung.
1809 Nachhaltig kann sich eine Gesellschaft nur dann entwickeln, wenn Toleranz, Respekt, Solidarität
1810 und Verantwortungsbewusstsein die Grundlage für die individuelle Freiheit bilden.

1811

1812 **Pluspunkt:** Jeder Mensch hat ein Recht auf ein hochwertiges Bildungsangebot
1813 unabhängig von seinem sozio-kulturellen Hintergrund. Nur eine starke öffentliche
1814 und wertneutrale Schule kann dieses Recht gewährleisten. Dafür tritt die LSAP mit
1815 Nachdruck ein.

1816

D. Vollbeschäftigung, sichere Arbeitsplätze und gerechte Löhne

„Der Kampf für eine gerechte Aufteilung der Arbeit ist weiterhin eine Kernaufgabe der Sozialisten. Vollbeschäftigung bleibt unser oberstes Ziel, ebenso wie der Erhalt stabiler Arbeitsverhältnisse und menschengerechter Arbeitsbedingungen. Eine humane Arbeitswelt setzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voraus.“

(LSAP-Grundsatzprogramm 2002)

Jeder einzelne Arbeitslose ist einer zu viel. Trotz einer guten Wirtschaftsleistung und wachsender Beschäftigung hat die Erwerbslosigkeit die 4-Prozent-Marke in den letzten Jahren dauerhaft überschritten. Infolge der internationalen Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft rechnet die EU-Kommission für Luxemburg mit einem deutlichen Konjunkturrückgang, der auch einen bislang boomenden Arbeitsmarkt zunehmend belasten und die Erwerbslosigkeit weiter in die Höhe treiben dürfte. Eine derartige Entwicklung sorgt für zunehmende Prekarität, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und strapaziert darüber hinaus den Staatshaushalt. Deshalb wird die LSAP dem vorgezeichneten Trend konsequent mit bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen begegnen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt für die Sozialisten eine absolute Priorität. Die LSAP wird selbst in einem erschwerten wirtschaftlichen Kontext an ihrem erklärten Ziel festhalten und die Vollbeschäftigung ganz oben auf ihre politische Agenda setzen. Dabei wird sie den einzelnen Risikogruppen besondere Aufmerksamkeit schenken und für Chancengleichheit kämpfen. Daneben werden die Sozialisten verstärkt für sichere Arbeitsplätze und gerechte Löhne eintreten, gleichzeitig aber auch das allgemeine Arbeitsumfeld verbessern.

Gerade in schwierigen Zeiten muss die Politik Profil zeigen und klare Prioritäten setzen. Die LSAP war, ist und bleibt eine Partei, die sich für die arbeitenden Menschen und ihre Rechte stark macht. Dazu gehört das Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung.

Arbeitslosigkeit: Risikogruppen gezielt stärken

Beschäftigung hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung, dem allgemeinen Bildungsniveau und den sozialpolitischen Rahmenbedingungen ab. Luxemburg zeichnet sich durch einen atypischen Arbeitsmarkt aus, der trotz hohem Beschäftigungszuwachs Erwerbslosigkeit generiert. In den vergangenen fünf Jahren sind in einer äußerst dynamischen Volkswirtschaft weit über 56.000 neue Stellen geschaffen worden. In der gleichen Zeit ist die Arbeitslosigkeit um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. Vor allem Pendler aus der Großregion konnten verstärkt vom Beschäftigungsboom in Luxemburg profitieren. Zwischen 2004 und 2008 ist ihr Anteil an der nationalen Beschäftigung um 37.200 Einheiten gestiegen; das bedeutet ein saftes Plus von 33 Prozent.

Demgegenüber bleiben hiesige Schulabbrecher ohne berufliche Qualifikation einem erhöhten Arbeitslosenrisiko ausgesetzt. 2007 haben 14,4 der Jugendlichen die Schule in Luxemburg vorzeitig verlassen. Dabei gilt: je niedriger das Bildungsniveau, desto größer die Gefahr, auf der Strecke zu bleiben und auf eine der zahlreichen Beschäftigungsinitiativen zurückgreifen zu müssen. Ende September 2008 profitierten 2.950 Arbeitnehmer von einer „mesure pour l’emploi“. Gleichzeitig waren knapp 9.900 Menschen bei der Adem als arbeitslos gemeldet. Über 85 Prozent dieser Erwerbslosen haben keinen Sekundarschulabschluss; 51,5 Prozent der Betroffenen haben lediglich ihre Schulpflichtzeit absolviert. Mit der Reform der Berufsausbildung haben die Sozialisten den Wiedereinstieg in den Ausbildungsprozess für diese Risikogruppe wesentlich erleichtert und ihre Qualifikationsperspektiven damit deutlich verbessert.

Die LSAP will den zweiten Bildungsweg und die Erwachsenenbildung mit Nachdruck fördern, die Beschäftigungsmaßnahmen vorrangig so ausrichten, dass gravierende Bildungslücken mit ihrer Hilfe weitgehend geschlossen und Sozialkompetenzen zunehmend entwickelt werden. Die Solidarwirtschaft liefert gute Ansätze für gemeinnützige Initiativen, die den Solidaritätsgedanken stärken und das Selbstwertgefühl der Betroffenen steigern. In diesem Sinne will die LSAP über einen entsprechenden Verteilungsschlüssel jene Maßnahmen finanziell begünstigen, die die soziale Dimension klar in den Vordergrund rücken. Der erhöhte Wettbewerb auf dem ersten Arbeitsmarkt sollte um eine starke solidarische Komponente ergänzt werden. Auch bildungsferne Arbeitnehmer brauchen ein würdevolles Beschäftigungsfeld, das ihnen dort neue Perspektiven erschließt, wo die Wissensgesellschaft sich im Eiltempo davonschiebt, neuen Wachstumsmärkten entgegenstrebt und sie chancenlos zurücklässt.

Eine weitere Risikogruppe bildet die Kategorie der älteren Arbeitnehmer; sie sind überdurchschnittlich stark vom Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Zwei Drittel aller Erwerbslosen, die seit über zwölf Monaten einen Arbeitsplatz suchen, sind älter als 41 Jahre. Dafür gibt es Gründe, nach denen verstärkt geforscht werden sollte. Die LSAP wendet sich entschieden gegen kurzfristiges Profitdenken. Die Sozialisten appellieren an die Verantwortung der Arbeitgeber und ihre Bereitschaft, ältere Arbeitnehmer durch Mitbestimmungs- und Beteiligungsmechanismen stärker an das jeweilige Unternehmen zu binden. Darüber hinaus wollen die Sozialisten zusätzliche Anreize schaffen, damit ältere Arbeitnehmer verstärkt in die Fortbildung einsteigen. In diesem Zusammenhang sollte der individuelle Bildungsurlaub konsequent genutzt und durch Fortbildungsschecks für ältere Arbeitnehmer attraktiver gemacht werden. Staat und Arbeitgeber sollten sich in gleichem Maße an deren Finanzierung beteiligen. Davon profitieren letztlich alle, zumal ältere Arbeitnehmer über eine große Berufserfahrung verfügen, die durch konsequente Weiterbildung und eine starke Bindung an das Unternehmen für zusätzliches Knowhow und gesteigerte Motivation sorgen. Was dem Arbeitnehmer nutzt, kann dem Unternehmer nicht schaden. Kurzfristiges Denken sollte demnach weitsichtigem Handeln weichen. Erfahrene Arbeitnehmer können einen wesentlichen Beitrag zur Wertsteigerung leisten. Darauf sollten Arbeitgeber nicht mutwillig verzichten.

Darüber hinaus will die LSAP jene Unternehmen steuerlich begünstigen, die ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und verstärkt auf unqualifizierte Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose zurückgreifen. Daneben wollen die Sozialisten besonders kooperative

1895 Unternehmen mit einem kofinanzierten Fortbildungs- und Betreuungsprogramm unterstützen.
1896 Soziales Engagement auf Betriebsebene soll nicht bestraft, sondern gezielt gefördert werden. So
1897 könnte das Ausmaß der staatlichen Zuwendung am tatsächlichen Betreuungsbedarf für die
1898 angestellten Arbeitnehmer festgemacht werden. Bei Beschäftigten mit geringer
1899 „Wettbewerbstauglichkeit“ könnte der Verteilungsschlüssel beispielsweise eine staatliche
1900 Übernahme von zwei Dritteln der anfallenden Kosten vorsehen.

1901

1902 Beschäftigung fördern, Entlassungen vorbeugen

1903 Von großer Bedeutung für die LSAP sind auch Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Die
1904 gesetzlichen Regelungen zum „maintien dans l’emploi“ sollten möglichst schnell evaluiert und
1905 auf ihre Wirkung hin überprüft werden. Die Sozialisten wollen diese notwendige Bilanz nutzen,
1906 um gegebenenfalls Nachbesserungen am Gesetzestext zügig vornehmen zu können. Deshalb
1907 wollen die Sozialisten ein Frühwarnsystem einrichten, das möglichen Konkursen präventiv
1908 begegnen und betriebliche Restrukturierungen im Interesse der Arbeitnehmer antizipieren kann.
1909 Schließlich geht es vorrangig darum, Menschen im Arbeitsprozess zu halten. Die LSAP wird die
1910 Sozialpartner auf dieses gemeinsame Ziel einschwören.

1911 Arbeitnehmer sollten über verbesserte Mitbestimmungsrechte in die Personalpolitikplanung
1912 einbezogen werden. Die Sozialisten wollen das Informationsrecht der Beschäftigten durch
1913 mögliche Wirtschaftsprüfungen und Sozialaudits verbessern. Die Personalvertretungen sollten
1914 dieses Recht gegebenenfalls beim Konjunkturkomitee einklagen können.

1915 Arbeitslosigkeit sollte im Rahmen von Umstrukturierungen durch Fortbildungsmaßnahmen und
1916 betriebsinterne Stellenvermittlung weitgehend vermieden werden. Deshalb wollen die Sozialisten
1917 erstens die Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit erleichtern, zweitens die Leihgabe von
1918 Arbeitnehmern (prêt de main d’oeuvre) zwischen Betrieben fördern und drittens die Übergänge
1919 von einem Arbeitsplatz zum nächsten sozialverträglicher gestalten und den Betroffenen falls
1920 möglich den Weg in die Arbeitslosigkeit ersparen.

1921 Darüber hinaus will die LSAP die Unternehmen verpflichten, freie Stellen bei der
1922 Arbeitsmarktverwaltung zu melden, und die Anwendung der gesetzlichen Meldepflicht verstärkt
1923 kontrollieren. Nur so kann vermittelt werden, was an offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkt
1924 verfügbar ist. Daneben sollen Arbeitgeber durch gezielte Sensibilisierungskampagnen besser
1925 über die beschäftigungspolitischen Regularien und Möglichkeiten informiert werden.

1926 Das Streben nach Vollbeschäftigung ist für die Sozialisten kein leeres Versprechen. Deshalb will
1927 die LSAP ein staatliches Investitionsprogramm für beschäftigungsfreudige Unternehmen
1928 auflegen. Das System ist denkbar einfach. Jeder neue Job wird mit einem Bonuspunkt
1929 abgegolten. Bei neu geschaffenen Stellen mit langfristiger Beschäftigungsperspektive wird der
1930 Punktwert verdoppelt. Einen zusätzlichen Bonus erhalten beschäftigungsintensive Unternehmen.
1931 Wer ein gewisses Punktesoll erreicht, wird mit einer Investitionsprämie im Rahmen geltender
1932 EU-Wettbewerbsbestimmungen belohnt, die vorrangig für die Schaffung zusätzlicher

1933 Arbeitsplätze und die Schulung von Mitarbeitern genutzt werden soll. Von dieser Maßnahme
1934 erwarten sich die Sozialisten einen gewissen Schneeballeffekt. Für sinnvoll und nützlich in
1935 diesem Zusammenhang hält die LSAP auch die Schaffung eines nationalen
1936 Beschäftigungspreises für jene Unternehmen, die besondere Verdienste in
1937 beschäftigungspolitischer Hinsicht aufweisen können.

1938 Die LSAP begrüßt ausdrücklich jene Beschäftigungsinitiativen, die auf lokaler Ebene
1939 gemeinnützige Dienste anbieten, Fortbildung fördern und so zur nachhaltigen Entwicklung der
1940 Gesellschaft beitragen. Die Sozialisten wollen die Trägervereinigungen derartiger Initiativen
1941 weiterhin finanziell und politisch unterstützen.

1942

1943 Arbeitsmarktverwaltung neu aufstellen

1944 Die Reform der „Administration de l’emploi“ wurde oft angemahnt. Die Sozialisten wollen sie
1945 umsetzen. Mit der Umwandlung der Arbeitsmarktverwaltung in eine öffentlich-rechtliche
1946 Beschäftigungszentrale will die LSAP ein klares Signal setzen, das eine neue Dynamik verheißt.
1947 „Vorfahrt für Beschäftigung“ lautet die Devise. Dieses Motto unterstreicht die aktive Rolle, die
1948 eine Verwaltung, allein von ihrer Bezeichnung her, nicht verkörpert. Die Beschäftigungszentrale
1949 (BZ) soll genau wie ihre Vorgängerin einen klaren *öffentlichen* Auftrag erhalten: Beschäftigung
1950 fördern und Arbeitslosigkeit verhindern. Eine Privatisierung der ADEM kommt für die Sozialisten
1951 daher nicht in Frage. Nur eine öffentlich-rechtliche Einrichtung kann die sozialstaatliche Aufgabe
1952 im Interesse der betroffenen Menschen wahrnehmen. Im Gegensatz zu einer staatlichen
1953 Verwaltung erlaubt die Rechtsform eines „établissement public“ mehr Handlungsspielraum,
1954 insbesondere was die strategische Ausrichtung der BZ und die Einstellung von Fachpersonal
1955 angeht. An der dezentralen Ausrichtung ihrer Dienstleistungen soll die neue Rechtsform nichts
1956 ändern. Regionale Ableger, so genannte Beschäftigungsagenturen (BA), werden von der LSAP
1957 ausdrücklich befürwortet.

1958 Luxemburg braucht eine bürgernahe, effiziente und proaktive Stellenvermittlung. Das setzt
1959 einerseits genügend gut ausgebildete Fachkräfte voraus, andererseits muss deren Rolle neu
1960 definiert, genauer auf die Bedürfnisse der Arbeitsuchenden zugeschnitten und erfolgsorientiert
1961 ausgerichtet werden. Grundsätzlich gilt: Um eine bessere Arbeitslosenbetreuung gewährleisten
1962 zu können, muss die Arbeitslast der Stellenvermittler durch massive Neueinstellungen deutlich
1963 gesenkt werden. Neben der Ausbildung sollte bei der Stellenvermittlung auch die
1964 Berufserfahrung der Bewerber verstärkt in den Vordergrund gerückt werden. Eine gute
1965 Vorbereitung auf anstehende Vorstellungsgespräche zählt für die LSAP zum Pflichtangebot einer
1966 effizienten BZ. Daneben regen die Sozialisten die Ausstellung eines Jobsucher-Passes an, der
1967 den Arbeitsuchenden stärker in die Verantwortung nimmt. Im Gegenzug will die LSAP die
1968 Mobilität der Stellensuchenden durch ein Gratis-Transport-Angebot und die Vorfinanzierung des
1969 Führerscheins verbessern.

1970 Schließlich muss sich die Beschäftigungszentrale mit ihren regionalen Agenturen auch präventiv
1971 um den Erhalt von Arbeitsplätzen kümmern und ein eigenes Leiharbeitszentrum aufbauen, das

1972 aktiv für gerechte Löhne und hohe arbeitsrechtliche Standards eintritt und damit eine
1973 Vorreiterrolle übernimmt. Daneben will die LSAP die Kontrolle der meldepflichtigen offenen
1974 Stellen verstärken und entsprechende Jobprofile erstellen.

1975 Sorgen bereitet den Sozialisten auch der negative Ruf der Arbeitsmarktverwaltung. Das
1976 angekratzte Image soll durch konsequente Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden. Eine positive
1977 Außen- und Innendarstellung wirkt vertrauensbildend und sollte nachdrücklich gefördert werden.
1978 Dabei muss der enge Zusammenhang von Bildung, Beschäftigung und Wirtschaftspolitik klar
1979 herausgearbeitet werden. Luxemburg braucht hohe Wachstumsraten, eine erhöhte
1980 Bildungsquote und einen dynamischen Arbeitsmarkt. Luxemburg braucht eine starke und
1981 kreative BZ.

1982

1983 Keine Flexibilität zu Lasten der Arbeitnehmer

1984 Während Arbeitgeber zunehmend Flexibilität von ihren Beschäftigten erwarten und auf die
1985 Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit drängen, pochen Arbeitnehmervertreter auf sichere
1986 Arbeitsplätze. Die von der EU-Kommission befürwortete „Flexicurity“ versucht, beiden
1987 Ansprüchen gerecht zu werden. Die LSAP hält diesen Ansatz für legitim, betont aber gleichzeitig,
1988 dass es mit ihr keine Flexibilität zu Lasten der Arbeitnehmer geben wird. Die Sozialisten treten
1989 traditionsgemäß für hohe arbeitsrechtliche Standards ein und werden nicht am geltenden
1990 Kündigungsschutz rütteln. Unbefristete Arbeitsverträge müssen in Luxemburg auch weiter die
1991 Regel sein. Leiharbeitsverträge und befristete Arbeitsverhältnisse werden mit den Sozialisten die
1992 Ausnahme bleiben.

1993 Die LSAP tritt dagegen dort für Flexibilität ein, wo sie aus Sicht der Beschäftigten Sinn macht.
1994 Deshalb befürworten die Sozialisten die Einführung von Arbeitszeitkonten. In einer Zeit, wo
1995 Flexibilität zum wichtigen Bestandteil von Wirtschaft und Gesellschaft avanciert ist, sind
1996 Zeitsparkonten ein deutliches Plus für Arbeitnehmer. Hier können geleistete Überstunden
1997 angespart, entsprechend verzinst und späterhin für persönliche Zwecke genutzt werden. Die
1998 LSAP warnt aber ausdrücklich davor, das Arbeitszeitkonto über Gebühr zu strapazieren. Als
1999 beschäftigungspolitische Richtschnur gilt nach wie vor die 40-Stunden-Woche. Ein
2000 entsprechendes Rahmengesetz soll die allgemeinen Bedingungen für Zeitsparkonten festlegen.
2001 Jeder Arbeitnehmer sollte ausnahmslos von diesen Regelungen profitieren können. Darüber
2002 hinaus fordern die Sozialisten flexiblere Modelle, die im Rahmen von Kollektivverträgen
2003 vereinbart werden können. Kollektivvertragliche Sonderregelungen dürfen aber keineswegs den
2004 Bedingungen eines nationalen Rahmengesetzes zuwider laufen.

2005

2006 Beschäftigungsquote durch Bildung und gute Rahmenbedingungen erhöhen

2007 Die Beschäftigungsquote hat in den vergangenen Jahren zwar zugenommen; mit 64 Prozent
2008 liegt sie in Luxemburg nach wie vor unter dem EU-Schnitt von 65,4 Prozent. Von den in der

2009 Lissabon-Strategie festgehaltenen nationalen Zielen bleibt Luxemburg allerdings weit entfernt.
2010 Für 2010 wird ein Beschäftigungsziel von 70 Prozent angepeilt. 2007 hat Luxemburg mit 64
2011 Prozent gerade mal die Zielquote von 2005 erreicht. Auch bei der Frauenerwerbsquote liegt
2012 Luxemburg mit 56,1 Prozent trotz steigender Tendenz weit hinter den Erwartungen (60%)
2013 zurück. Noch ernüchternder ist der Befund bei älteren Arbeitnehmern. Bis 2010 soll die
2014 Beschäftigungsquote in dieser Arbeitnehmerkategorie auf 50 Prozent ansteigen. Mit derzeit 32
2015 Prozent liegt Luxemburg auf EU-Ebene weit im Hintertreffen. Lediglich Polen und Malta erreichen
2016 noch geringere Werte.

2017 Wer die Beschäftigungsquote erhöhen will, muss das allgemeine Bildungsniveau anheben,
2018 Fortbildung fördern und optimale Rahmenbedingungen für Familie und Beruf schaffen. Darüber
2019 hinaus muss der Arbeitsmarkt auch verstärkt auf ältere Arbeitnehmer zurückgreifen. Die
2020 Herausforderungen sind enorm.

2021 Laut Statec gelangen lediglich 55 Prozent der Schul- und Studienabbrecher auf den
2022 Arbeitsmarkt; 33 Prozent landen in der Arbeitslosigkeit, 11 Prozent bleiben dem Erwerbsleben
2023 fern und 1 Prozent der Betroffenen wird selbstständig. Parallel dazu streben immer mehr junge
2024 Frauen ein Studium an, was deren Eintritt ins Berufsleben hinauszögert und die Progression der
2025 Beschäftigungsquote bremst. Hinzu kommen familienbedingte Unterbrechungen von
2026 Berufslaufbahnen. Beschäftigung muss sich für die Betroffenen lohnen, sonst werden sie nach
2027 anderen Wegen und Lösungen suchen. Deshalb tritt die LSAP konsequent für angemessene
2028 Löhne, flexible Arbeitsbedingungen - darunter ein allgemeines Recht auf Teilzeitarbeit - und
2029 eine auf die wahren Bedürfnisse der Beschäftigten zugeschnittene Kinderbetreuung ein. Neben
2030 der öffentlichen Hand sind in diesem Kontext auch Unternehmen gefordert. Die Sozialisten
2031 wollen deshalb die Schaffung von betriebsinternen Kinderkrippen fördern, die sich eng an die
2032 pädagogischen Vorgaben für öffentlich-rechtliche Betreuungseinrichtungen anlehnen sollen. Ein
2033 Investitionszuschuss bleibt aus sozialistischer Sicht ein geeigneter Anreiz zur Förderung von
2034 Kindertagesstätten in Unternehmen.

2035 Grundsätzlich sollte bei der öffentlichen und privaten Kinderbetreuung auf möglichst flexible
2036 Öffnungszeiten geachtet werden. Das käme all jenen Arbeitnehmern zugute, die außerhalb von
2037 üblichen Bürostunden arbeiten und sich dennoch um die Versorgung ihrer Kinder kümmern
2038 müssen. In diesem Zusammenhang schlagen die Sozialisten die Einführung von Kinderkrippen
2039 vor, die rund um die Uhr geöffnet sind. Gleichzeitig sollte die Tele- und Teilzeitarbeit verstärkt
2040 gefördert und arbeitsrechtlich abgesichert werden. Daneben will die LSAP Frauen den
2041 Wiedereinstieg ins Berufsleben durch individualisierte Fortbildungsmaßnahmen, Coaching und
2042 finanzielle Anreizsysteme für kooperative Arbeitgeber fördern.

2043

2044 Für gerechte Löhne und Gehälter sorgen

2045 Der gesetzlich garantierte Mindestlohn ist eine sozialstaatliche Errungenschaft, an der die LSAP
2046 ohne Wenn und Aber festhält. Luxemburg ist in Sachen Mindestlohn führend in Europa. Die
2047 Sozialisten werden durch regelmäßige Lohn- und Gehaltsanpassungen sicherstellen, dass dies

2048 auch weiterhin so bleibt und die Erwerbstätigkeit nicht mit Kaufkraftverlust einhergeht. Die
 2049 Sozialisten werden künftig verstärkt gegen das „Working Poor“-Phänomen vorgehen. Gerechte
 2050 Löhne, notwendige Indexanpassungen und Sozialtransfers müssen zusammen dafür sorgen,
 2051 dass Arbeitnehmer ihren Lebensunterhalt würdevoll bestreiten können, ohne dabei Sozialhilfe in
 2052 Anspruch nehmen zu müssen.

2053 In diesem Zusammenhang erinnert die LSAP daran, dass 11 Prozent aller Arbeitnehmer auf
 2054 Mindestlohniveau beschäftigt sind. Dieser Anteil ist in den vergangenen zehn Jahren relativ
 2055 konstant geblieben. Auffällig dagegen ist, dass die entsprechende Quote bei Frauen leicht
 2056 zunimmt. 13,6 Prozent der Frauen verdienen weniger als 1,1-mal den gesetzlich garantierten
 2057 Mindestlohn. Bei den Niedriglohnemfängern sind Frauen mit 21,3 Prozent gegenüber Männern
 2058 (7,4%) überdurchschnittlich stark repräsentiert. Berufsunterbrechungen und Teilzeitarbeit, die
 2059 bei Frauen wesentlich häufiger vorkommen, verstärken diese Tendenz.

2060 Die LSAP will mit Nachdruck für Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern eintreten. Dass
 2061 Frauen für die gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation weniger Lohn beziehen, ist für die
 2062 Sozialisten nicht hinnehmbar. Die LSAP befürwortet u.a. die Einführung von Kollektivverträgen in
 2063 jenen Wirtschaftszweigen, die vorrangig Frauen beschäftigen und niedrige Löhne zahlen.

2064 Gleichzeitig setzt sich die LSAP für eine Aufwertung jener Berufslaufbahnen ein, die mehrheitlich
 2065 von Frauen gewählt werden. Die Gesundheits- und Sozialberufler haben mit ihren Verbänden
 2066 des öfteren fehlende Gerechtigkeit bei den Löhnen angemahnt. Dabei sind gerade diese
 2067 „typischen“ Frauenberufe für die Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

2068 Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch im Hinblick auf die Umsetzung des Bologna-
 2069 Prozesses – sprich die Harmonisierung der europäischen Hochschullandschaft – und die damit
 2070 verbundene Neuordnung der Berufslaufbahnen im öffentlichen Dienst. In diesem Kontext
 2071 müssen neue Jobprofile erstellt und die jeweiligen Hochschuldiplome entsprechend zugeordnet
 2072 werden. Auch auf dieser Ebene werden sich die Sozialisten für Kohärenz und das Prinzip der
 2073 Lohngerechtigkeit einsetzen. Eine Neuordnung der öffentlichen Laufbahnen hat Signalwirkung
 2074 für den Privatsektor. Daher gilt für die LSAP als politische Richtschnur folgender Grundsatz:
 2075 Gleiche Qualifikation, gleiche Leistung, gleicher Lohn.

2076 Auch die gerechte Verteilung des geschaffenen Mehrwerts bleibt für die Sozialisten ein
 2077 ernstzunehmendes Thema. In den letzten fünfzehn Jahren ist die Lohnquote im Verhältnis zum
 2078 geschaffenen Mehrwert zurückgegangen, wenn man dessen Gesamtvolumen in Betracht zieht.
 2079 Die Sozialisten werden darauf achten, dass dieser Schereneffekt nicht weiter zu Lasten der
 2080 Arbeitnehmer geht. Die Beschäftigten sollen für ihre Arbeit angemessen an der Wertschöpfung
 2081 beteiligt werden. Gleichzeitig warnen die Sozialisten vor überzogenen Gewinnerwartungen,
 2082 überhöhten Managerbezügen und ungerechtfertigten Abfindungen. Es geht nicht an, von
 2083 Beschäftigten Lohnmäßigung zu erwarten und sich gleichzeitig fürstlich aus der
 2084 Unternehmenskasse zu bedienen. Die Früchte des Wirtschaftswachstums sollten fair zwischen
 2085 Kapital und Arbeit verteilt werden. Niedriglohnpolitik ist für Sozialisten daher keine Option.
 2086 Lohngerechtigkeit setzt eine vernünftige und nachhaltige Betriebsführung voraus. Nur so erlangt
 2087 man Glaubwürdigkeit, die sich bei den Beschäftigten in Motivation ummünzen lässt.

Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsrechte verbessern

Sichere Arbeitsplätze und gerechte Löhne müssen in den Augen der Sozialisten durch gute Arbeitsbedingungen sinnvoll ergänzt werden. Dabei sieht die Realität oft anders aus. In einer wettbewerbsorientierten, auf die globalen Märkte zugeschnittenen Ökonomie spielt der Stressfaktor am Arbeitsplatz aufgrund des Konkurrenzdrucks eine zunehmende Rolle. Die Gewinnerwartungen in den Unternehmen werden oftmals künstlich hochgeschraubt und durch Betriebszusammenlegungen und Umstrukturierungen untermauert, was die Beschäftigten einer zunehmenden Belastung aussetzt und sich negativ auf ihr Arbeitsumfeld auswirkt.

Laut Statec, der sich auf die „Enquête sur les forces de travail de 2007“ beruft, fühlen sich knapp 60 Prozent der Befragten mittel bis stark gestresst. Die höchsten Stresswerte wurden für den Banken- und Finanzbereich (70%) ermittelt. Dahinter folgen der Transport- und Kommunikationssektor mit 66 Prozent, gefolgt von der produzierenden Industrie (64%), den Gesundheits- und Sozialberufen, der Landwirtschaft und dem Handel mit einer Stressquote von jeweils 61 Prozent. In der Hauptsache wird das Arbeitsvolumen als Stressfaktor genannt. Immerhin 5 Prozent der Befragten mussten sich infolge ihrer Belastung durch Stress am Arbeitsplatz in den Krankenstand begeben.

Auf europäischer Ebene haben die Sozialpartner 2004 vereinbart, den stressbedingten Problemen am Arbeitsplatz vorzubeugen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die LSAP hält diesen Ansatz für richtig und wichtig. Sie will gemeinsam mit den Sozialpartnern zur Bewusstseinsbildung beitragen und ein Sofortprogramm zur Stress- und Mobbingbekämpfung am Arbeitsmarkt auflegen. Einerseits schlagen die Sozialisten die Einrichtung von unabhängigen Stress- und Mobbing-Beratungstellen in großen und mittleren Unternehmen vor. Zum anderen will die LSAP, dass die Leiter von Personalabteilungen generell durch gezielte Schulung auf die Problematik aufmerksam gemacht werden. Die LSAP fordert außerdem, Wirtschaftszweige mit erhöhten Stressquoten einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Dabei sollte insbesondere nach den Stressursachen und –auswirkungen geforscht werden. Daneben werden die Sozialisten über eine zentrale Anlaufstelle für stressgeplagte und gemobbte Arbeitnehmer nachdenken. Zum LSAP-Sofortprogramm zur Verbesserung des Arbeitsklimas zählt außerdem die unumgängliche Reform der Mitbestimmungsgesetzgebung. Die Auflagen für die Einrichtung von Personaldelegationen und Betriebsräten müssen gesenkt und die Rechte der Personalvertreter gestärkt werden. Nur starke Personaldelegationen und Betriebsräte sind ernstzunehmende Gesprächspartner für Arbeitgeber; nur in ihren Rechten gestärkte Personaldelegierte können die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten und verteidigen.

Pluspunkt: Die LSAP strebt grundsätzlich die Humanisierung der Arbeitswelt an und verliert dabei ihr eigentliches Ziel nicht aus den Augen: Vollbeschäftigung als Grundlage für mehr Verteilungsgerechtigkeit.

2126

Teil II: „Op d'Leit kënn et un“

2127

2128

E. Gesundheitsversorgung beginnt mit Prävention

2129

2130

2131

2132

2133

2134

2135

„Wir streben eine Gesundheitssicherung an, bei der die Interessen der Patienten Vorrang erhalten. Vorbeugende und heilende Medizin müssen gleichrangig sein. Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung werden zu zentralen Aufgaben. Unabhängig von Einkommen und Alter muss jedem Kranken eine Behandlung zukommen, die dem letzten Stand medizinischer Wissenschaft entspricht.“

2136

(LSAP-Grundsatzprogramm 2002)

2137

2138

2139

2140

2141

2142

2143

2144

Gesundheit ist das kostbarste Gut jedes einzelnen Menschen. Oftmals wird es sträflich vernachlässigt und erst dann wirklich vermisst, wenn sich erste Krankheitsymptome bemerkbar machen, die mit dem Verlust von Lebensqualität einhergehen. Deshalb beginnt Gesundheit für die Sozialisten mit Vorsorge und Krankheitsprävention. Die Fusion und Umwandlung der privaten Krankenkassen in eine nationale Gesundheitskasse ist paradigmatisch für sozialistische Gesundheitspolitik und zeugt von einer grundlegenden Akzentverschiebung von der Krankheit weg hin zur Gesundheit.

2145

2146

Grundpfeiler des Gesundheitssystems bleiben unangetastet

2147

2148

2149

2150

2151

2152

2153

2154

2155

2156

2157

Eine gute medizinische Grundversorgung für alle Menschen gehört zu den Voraussetzungen sozialistischer Politik. Die LSAP wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Grundpfeiler der Kranken- und Pflegeversicherung unangetastet bleiben bzw. gestärkt werden. Deren gerechte und solide Finanzierung und der gleichberechtigte Zugang zu notwendigen und hochwertigen Leistungen werden auch künftig abgesichert. Dafür treten Sozialisten mit Nachdruck ein. Das Luxemburger Gesundheitssystem beruht auf Solidarität und geteilter Verantwortung. Es muss auch weiterhin jedem Patienten, unabhängig von Krankheitszustand und finanzieller Lage, die gleiche medizinische Versorgung garantieren. Die LSAP wendet sich entschieden gegen jede Form von Risikoselektion, z.B. risikobezogene Prämien. Auch auf europäischer Ebene werden sich die Sozialisten für ein bürgernahes, patientenorientiertes und sozialgerechtes Gesundheitssystem mit hohen Leistungsstandards einsetzen.

2158

2159

2160

2161

2162

Die langfristige Absicherung einer optimalen Gesundheitsversorgung hat für die LSAP absoluten Vorrang. Deshalb werden die Sozialisten einen Gesundheitsfonds schaffen, der über eine Sonderabgabe auf Produkten gespeist wird, die erhebliche Gesundheitsrisiken aufweisen. Alkoholmissbrauch und Tabakkonsum sollen durch diese Maßnahme gezielt eingeschränkt werden. In diesem Zusammenhang soll letztlich auch das Verursacherprinzip in die solidarische

2163 Finanzierung des Gesundheitssystems einfließen. Ziel des Gesundheitsfonds ist das Anlegen
2164 von zusätzlichen Reserven, die zur langfristigen Absicherung und Bewältigung von
2165 unvorhersehbaren Belastungen dienen soll.

2166

2167 Gesundheitskultur durch Bewusstseinsbildung

2168 Neben der präventiven und kurativen Medizin setzen sich die Sozialisten verstärkt für
2169 Gesundheitsfürsorge ein. Sie beruht auf aktiver Gesundheitsförderung, Prävention und Pflege.
2170 Ziel muss sein, das Verantwortungsbewusstsein der Menschen für die eigene Gesundheit zu
2171 fördern. Sehr oft hängt der jeweilige Gesundheitszustand von Verhaltensweisen, Gewohnheiten
2172 und Lebensbedingungen ab. Falsche Ernährung, mangelhafte Bewegung, Rauchen, Alkohol-
2173 und Drogenmissbrauch, Umweltgifte ... können die Gesundheit dauerhaft schädigen. Deshalb
2174 pocht die LSAP auf Prävention. Eine besondere Bedeutung muss der Förderung einer gesunden
2175 Ernährung zukommen. Dies geschieht verstärkt durch Bildung und Information. Ernährung,
2176 Bewegung, Gesundheit und Suchtprävention müssen in einem engen Zusammenhang gesehen
2177 werden. Wie in vielen anderen Ländern sind Fehlernährung und mangelnde Bewegung auch in
2178 Luxemburg zu einem echten Problem herangewachsen. Besonders bei Kindern wird ein
2179 erhöhtes Auftreten von Übergewicht und Fettleibigkeit aufgrund falscher Ernährung und
2180 Bewegungsmangels festgestellt.

2181 Deshalb wollen die Sozialisten die Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen - in Kantinen,
2182 Schulen, Kinderkrippen – verbessern, hohe Ernährungsstandards anwenden und gesunde
2183 Essgewohnheiten vermitteln. Von dieser Maßnahme soll nicht zuletzt eine Signalwirkung für das
2184 gesamte Restaurant- und Gaststättengewerbe ausgehen. Gesunde Ernährung lohnt sich, muss
2185 die Botschaft lauten. Deshalb wollen die Sozialisten verstärkt auch den Sport fördern. Bewegung
2186 ist notwendig, weil sie den Körper in Form hält und den Organismus stärkt. Eine wirksame
2187 Gesundheitsförderung muss all diese Aspekte berücksichtigen und alle Politikbereiche
2188 durchdringen: Bildung, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft, Sport, Familie, Beschäftigung,
2189 Wohnungsbau, Forschung ... Eine transversale Gesundheitspolitik beruht auf einem starken
2190 Gesundheitsbewusstsein, das den Nährboden für eine umfassende Gesundheitskultur bereitet.
2191 Diesem Ziel fühlt sich die LSAP verpflichtet. Wir brauchen eine Gesundheitskultur, die möglichst
2192 viele Menschen erfasst.

2193 Deshalb wollen die Sozialisten auf Schul- und Betriebsebene gesundheitsfördernde Netzwerke
2194 schaffen und ausbauen, die Sportförderung gezielt nutzen und auch im Grundschulbereich
2195 ansatzweise auf diplomierte Sportlehrer zurückgreifen. Deshalb sieht die LSAP in den
2196 Kommunen und ihren Vereinen wichtige Partner. Deshalb will die LSAP den Austausch von
2197 Ideen und Erfahrungen intensivieren und mögliche Synergien fördern. Eine nachhaltig wirkende
2198 Gesundheitskultur können wir nur gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren entwickeln.

2199 Auch für die Sozialisten gilt: Vorbeugen ist besser als heilen. Deshalb wird die LSAP die
2200 risikoorientierte Präventivmedizin weiter ausbauen. Zusammen mit der nationalen
2201 Gesundheitskasse werden die wesentlichen Präventionsprogramme ausgearbeitet. Darüber

2202 hinaus wollen die Sozialisten ein Rahmengesetz für Gesundheitsprävention schaffen, das ein
2203 zielgerichtetes auf die einzelnen Risikogruppen zugeschnittenes Gesamtkonzept für alle
2204 Präventionsbereiche vorgibt. Auch das Geschlecht kann wesentlichen Einfluss auf den
2205 Gesundheits- bzw. Krankheitsverlauf haben. Deshalb fordert die LSAP eine
2206 geschlechterspezifische Gesundheits- und Präventionspolitik, die die gesundheitlichen
2207 Bedürfnisse, Ressourcen und Risiken von Frauen und Männern systematisch erfasst und
2208 berücksichtigt.

2209 Die Chancen, sich von einer schlimmen Krankheit zu erholen oder möglichst geringe
2210 Folgeschäden zu erleiden, sind umso größer, je früher die jeweilige Erkrankung diagnostiziert
2211 wird. Deshalb werden die Sozialisten verstärkt Früherkennungsprogramme einführen, um Krebs-
2212 und Herz-Kreislauf-erkrankungen möglichst früh behandeln zu können. Wer frühzeitig vorsorgt,
2213 kann womöglich Schlimmeres vermeiden.

2214 Das neue Rahmengesetz für Gesundheitsprävention soll auf den Grundwerten sozialistischer
2215 Gesundheitspolitik aufbauen und alle Bereiche der Gesundheitsversorgung (Prävention,
2216 Vorsorge, Therapie, Pflege ...) miteinander verzahnen. Für die Sozialisten bleibt die klassische
2217 Medizin die Grundlage unseres Gesundheitssystems. Um die Interessen der Patienten stärker in
2218 den Vordergrund zu rücken, werden auch alternative Heilverfahren und Medikamente, die ihre
2219 therapeutische Wirkung bewiesen haben, anerkannt und deren Kosten von der nationalen
2220 Gesundheitskasse zurückerstattet.

2221 Ärzte, Krankenpfleger und Pharmakologen sollen verstärkt mithelfen, Bürger für einen
2222 verantwortungsbewussten Umgang mit Arzneimitteln zu gewinnen. Dabei muss insbesondere
2223 die Beratung durch zugelassene Apotheken Pflicht werden. Sind Medikamente mit therapeutisch
2224 identischer Wirkung vorhanden, sollen Apotheker das Substitutionsprinzip anwenden und das
2225 kostengünstigere Präparat anbieten. Vor dem Hintergrund der europäischen Gegebenheiten
2226 sollte auch das restriktive Vergabesystem für Apothekenkonzessionen überdacht werden.

2227

2228 Bündnis gegen Depression und Drogenmissbrauch

2229 Was die Gesundheit am Arbeitsplatz anbelangt, werden die Sozialisten nicht nur zielbewusste
2230 Maßnahmen ergreifen, um Arbeitsunfälle künftig zu verhindern und psychosoziale
2231 Gesundheitsrisiken wie Mobbing und Stress zu bekämpfen. Die LSAP will verstärkt auch gegen
2232 gesundheitsgefährdende Faktoren wie Lärm oder Schadstoffe am Arbeitsplatz vorgehen. Die
2233 Sozialisten wollen diesbezüglich eine Meldestelle einrichten, die entsprechende Daten
2234 zusammentragen und klare Empfehlungen an die Politik aussprechen sollte. Menschen, die
2235 infolge von Arbeitslosigkeit und Armut psychische und physische Gesundheitsschäden erleiden,
2236 soll darüber hinaus konkrete therapeutische Hilfe angeboten werden.

2237 Das Burn-out-Syndrom und Depressionen sind Erkrankungen, die in besonders schlimmen
2238 Fällen zum Suizid führen können. Die Sozialisten wollen jenen Menschen helfen, die sich mit
2239 ihren Sorgen und Ängsten allein gelassen fühlen, und schlagen ein Bündnis gegen Depression

2240 vor. Aufklärung tut not. Oftmals werden diese psychischen Erkrankungen viel zu spät erkannt
 2241 und mit einem Tabu belegt. Zusammen mit den Verantwortlichen im Gesundheitswesen werden
 2242 die Sozialisten ein entsprechendes Präventionsprogramm ausarbeiten.

2243 Nachdem sich das Rauchverbot im öffentlichen Raum positiv auf die Lebensqualität vieler
 2244 Mitmenschen ausgewirkt hat, ziehen die Sozialisten die Ausweitung des Nichtraucher-schutzes
 2245 in Erwägung. Tabakwaren sollen darüber hinaus höher besteuert werden. Die zusätzlichen
 2246 Einnahmen sollen einer stärkeren Vernetzung aller Initiativen gegen den Tabakkonsum, u.a.
 2247 dem Projekt „Ecoles sans tabac“ und Tabakentwöhnungsprogrammen, zugute kommen. Die
 2248 Initiative „Schulen ohne Tabak“ zielt darauf ab, Jugendliche frühzeitig über die Gefahren des
 2249 Rauchens aufzuklären.

2250 Bedauerlicherweise hat der Alkoholmissbrauch in den letzten Jahren stark zugenommen.
 2251 Betroffen sind immer häufiger Jugendliche und Kinder; aber auch Erwachsene erliegen immer
 2252 öfter dieser Versuchung. Um Minderjährige mit Nachdruck vor Alkoholkonsum zu schützen,
 2253 werden die Sozialisten die Werbung für Alkoholika einschränken und verstärkt
 2254 Aufklärungskampagnen initiieren. Gleichzeitig will die LSAP dafür sorgen, dass das Preisniveau
 2255 für alkoholhaltige Getränke über dem von Softdrinks liegt. Neben allen möglichen präventiven
 2256 und therapeutischen Maßnahmen werden die Sozialisten alle vorhandenen Rechtsmittel nutzen,
 2257 insbesondere die vom Jugendschutz vorgesehenen. Das gilt in einem besonderen Maße in
 2258 Zusammenhang mit dem berüchtigten „Komasaufen“, das eine große Gefahr für die Gesundheit
 2259 der Jugendlichen darstellt. „Komasaufen“ muss mit der notwendigen Entschlossenheit und
 2260 Härte unterbunden werden.

2261 Im Sinne gesundheitspolitischer Kohärenz strebt die LSAP einen Pakt gegen Alkohol- und
 2262 Drogenmissbrauch an. Alkohol-, Tabak-, Drogen- und Arzneimittelkonsum können abhängig
 2263 machen und zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden führen. Deshalb muss die
 2264 verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik der vergangenen Jahre fortgeführt und intensiviert
 2265 werden. Die Sozialisten werden den Anwendungsbereich des nationalen Drogenaktionsplans
 2266 erweitern, indem sie die bestehenden Beratungsstellen, Therapiezentren und ambulanten
 2267 Hilfsdienste ausbauen und neue Wohnstrukturen für suchtabhängige Menschen schaffen.
 2268 Besonderes Augenmerk gilt dabei der Post-Therapie-Betreuung. In diesem Zusammenhang
 2269 werden die Sozialisten auch die entsprechenden Infrastrukturen (Fixerstube) dezentralisieren
 2270 und das Heroin-Substitutionsprogramm – die Heroinabgabe für besonders schwere
 2271 Drogenabhängige – konsequent umsetzen.

2272 Zu den politischen Prioritäten der LSAP zählt auch die Reintegration von ehemaligen
 2273 Suchtkranken in den Arbeitsmarkt. Durch entsprechende Integrationsangebote werden nicht
 2274 zuletzt Verantwortungsbewusstsein und Selbstwertgefühl der betroffenen Menschen gefördert.
 2275 Auf dieser Ebene soll das Gesundheitsministerium verstärkt mit der neuen
 2276 Beschäftigungszentrale (die frühere Arbeitsmarktverwaltung) zusammenarbeiten.

2277

2278 Neue Rahmenbedingungen für Gesundheitsberufler

2279 Auf dem Arzt- und Krankenpflegerberuf lastet eine enorme gesellschaftliche Verantwortung.
2280 Beide Berufsgruppen zählen zu den tragenden Säulen eines gut funktionierenden Sozial- und
2281 Gesundheitssystems. Vor diesem Hintergrund wollen die Sozialisten die medizinische
2282 Versorgung der Bevölkerung langfristig absichern und den Ärzte- und Krankenpflegermangel
2283 konsequent unterbinden. Deshalb will die LSAP die Attraktivität der Gesundheitsberufe
2284 verbessern, die Reform der Krankenpflegerausbildung mit ihren Fachbereichen in Angriff
2285 nehmen und die Aufwertung der entsprechenden Berufslaufbahnen durchsetzen.

2286 Die Sozialisten wollen dem Fachkräftemangel in verschiedenen medizinischen Bereichen mit
2287 gezielten Fördergeldern entgegenwirken. Denn jeder Patient hat Anrecht auf angemessene
2288 Behandlung und Betreuung. Diesem Grundsatz folgend wird sich die LSAP für die pflicht- und
2289 regelmäßige Fortbildung des Arzt- und Pflegepersonals einsetzen. Dabei sollten jeweils die
2290 neuesten Erkenntnisse aus der medizinischen und pharmakologischen Forschung in das
2291 Fortbildungsangebot einfließen. Pflegepersonal und Ärzte sollten zudem elementare Kenntnisse
2292 der Luxemburger Sprache haben, um Kommunikationsproblemen mit Patienten begegnen zu
2293 können.

2294 Was die Ausübung des Arztberufs angeht, so drängt sich in den verschiedenen Fachbereichen
2295 ein kritisches Abwägen der Vor- und Nachteile des jeweiligen Arztstatuts auf. Ärzte sollten
2296 verstärkt zwischen dem freiberuflichen und dem Angestelltenstatut wählen können. Das gilt
2297 insbesondere für jene Bereiche, wo die Zahlung einer medizinischen Dienstleistung (paiement à
2298 l'acte) der fachgerechten Betreuung hinderlich sein kann. Aufgrund der Fortbildungspflicht für
2299 Ärzte muss deren Homologation aus Sicht der Sozialisten periodisch erneuert werden. Das
2300 ärztliche Ausübungsrecht sollte – wie bei Notaren – mit 72 Jahren enden.

2301 Darüber hinaus will die LSAP die Rolle der Kontrollärzte überdenken. Sie sollen verstärkt
2302 Missbräuche im Gesundheitswesen aufdecken und ahnden können. Missbräuchliches
2303 Fehlverhalten, erwiesene Vergehen und Betrugsdelikte im Gesundheitswesen werden nicht mehr
2304 als Kavaliärsdelikt behandelt, sondern straf- bzw. zivilrechtlich verfolgt.

2305

2306 Mehr Patientenschutz durch Qualitätssicherung

2307 Die Sozialisten werden ein modernes Patientengesetz schaffen, das eine Mediations- und
2308 Schlichtungsinstanz vorsieht, die dem Patienten einen korrekten Umgang mit seinen
2309 Beschwerden garantiert. Das Patientenschutzgesetz soll noch einen Schritt weiter gehen und
2310 eine nationale repräsentative Patientenvertretung mit konkreten Rechten und Pflichten
2311 einrichten. Um die Qualität des Luxemburger Gesundheitssystems abzusichern, schlagen die
2312 Sozialisten vor, alle ärztlichen Konsultationen, Eingriffe und Behandlungen konsequent zu
2313 dokumentieren. Regelmäßige und systematische Auswertungen ausgewählter
2314 Gesundheitsbereiche dürften in diesem Zusammenhang für die gewünschte Transparenz
2315 medizinischer Dienstleistungen sorgen.

2316 Das heutige Haftpflichtrecht erschwert es Patienten, eine Entschädigung bei aufgetretenen
2317 Komplikationen zu erhalten. Das liegt in der Hauptsache daran, dass die Beweislast bei
2318 medizinischen Unfällen beim schwächsten Glied der Kette liegt. Patienten müssen den
2319 Zusammenhang zwischen erlittenem Schaden und medizinischer Fehlbehandlung beweisen.
2320 Das ist in der Regel sehr schwierig, in manchen Fällen sogar unmöglich. Die Sozialisten
2321 werden den Rechtsschutz der Patienten verbessern und ein Entschädigungssystem einführen,
2322 das den Nachweis eines ärztlichen Fehlers nicht erfordert. Diese Neuerung ist eine wichtige
2323 Voraussetzung für eine bessere Kultur im Umgang mit medizinischen Fehlleistungen.

2324 Um einen angemessenen Patientenschutz garantieren zu können, muss die Datenlage bei allen
2325 medizinischen Eingriffen vergleichbar sein. Deshalb wollen die Sozialisten Standards einführen,
2326 die den Datenabgleich im Bereich der medizinischen Versorgung ermöglichen. Nur so können
2327 Fehlerquellen ermittelt und Daten über mögliche Risiken bei medizinischen Eingriffen gewonnen
2328 werden. Von einem standardisierten Verfahren profitieren einerseits Patienten, weil
2329 Entschädigungsprozeduren einfacher und transparenter werden; andererseits gewährt es Ärzten
2330 einen besseren Schutz vor zivilrechtlichen Schritten und strafrechtlicher Verfolgung. Durch die
2331 Einführung eines Entschädigungssystems, das auf den Fehlernachweis verzichtet, werden
2332 potenzielle Prozessgegner – Patient versus Arzt bzw. Krankenhaus – zu möglichen
2333 Verbündeten. Damit soll aber nicht die strafrechtliche Verfolgung von Ärzten bei
2334 schwerwiegenden Vergehen außer Kraft gesetzt werden.

2335 Die LSAP setzt auch verstärkt auf Selbsthilfegruppen. Ihre Rolle darf nicht unterschätzt werden.
2336 Selbsthilfegruppen sind ein repräsentatives, sachkundiges Sprachrohr für Patienten mit
2337 unterschiedlichen Pathologien und sollen stärker in Präventionskampagnen und Post-Therapie-
2338 Behandlungen einbezogen werden. Letztlich geht es für die Sozialisten darum, eine hochwertige
2339 medizinische Versorgung zu gewährleisten und den bestmöglichen Patientenschutz durch
2340 vertrauensbildende Maßnahmen sicherzustellen.

2341

2342 Medizinische Versorgung ausbauen und optimieren

2343 Bürger sollten unabhängig von ihrem jeweiligen Einkommen auf eine gerechte und
2344 angemessene Gesundheitsversorgung zurückgreifen können. Vor diesem Hintergrund wäre die
2345 Einführung des „tiers payant social“ für Arzthonorare ein echter Fortschritt für jene Patienten,
2346 die nicht in der Lage sind, das Geld für den Arztbesuch aus eigener Tasche vorzustrecken.

2347 Kranke sollten außerdem zu jeder Tageszeit möglichst wohnungsnah betreut werden. Deshalb
2348 werden die Sozialisten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um auch künftig ein dichtes
2349 Netz allgemeinmedizinischer Grundversorgung zu garantieren. Zur wohnungsnahen
2350 Patientenbetreuung gehören Hausbesuche von Allgemeinmedizinerinnen ebenso dazu wie der
2351 herkömmliche Notfalldienst in Krankenhäusern und die ganztägige, fachgerechte Betreuung in
2352 medizinischen Notversorgungshäusern. Die LSAP wird deshalb das Netz der regionalen
2353 „Maisons médicales“ weiter ausbauen. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit zwischen Kliniken
2354 und regionalen Notversorgungshäusern weiterentwickelt werden. Dabei wollen die Sozialisten

2355 auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Gemeinden drängen und das Netz vorhandener
 2356 Apotheken an die neuen Gegebenheiten anpassen.

2357 Die Sozialisten wollen außerdem die Notfallversorgung in Luxemburg kritisch hinterfragen und
 2358 reorganisieren. Auch das Ambulanzwesen soll in diesen Prozess einbezogen werden. Das
 2359 nationale Gesundheitslabor soll dagegen in ein Referenzlabor umgewandelt werden, das
 2360 vermehrt auf eine Kooperation mit ausländischen Instituten setzt.

2361 Darüber hinaus will die LSAP neue Formen von Mitbestimmung, Mitgestaltung und
 2362 Mitverantwortung erproben und alle Krankenhauspartner – Ärzteschaft und Klinikpersonal –
 2363 stärker einbeziehen. Den Sozialisten geht es dabei um eine bessere Qualität und mehr Effizienz.
 2364 Diese strategische Ausrichtung wurde dem neuen Spitalplan zugrunde gelegt. Durch gezielte
 2365 Anreize sollen Qualität, Effizienz und mögliche Synergien bzw. Fusionen gefördert werden. Dazu
 2366 gehört auch eine bessere Planung der medizinischen Abläufe und eine Standardisierung der
 2367 Pflegeleistungen. Für die LSAP steht aber auch fest: Finanzielle Effizienz darf nicht zu einer
 2368 Belastung für Patienten und Personal führen. Dies würde nicht zuletzt den im Spitalplan
 2369 zugrunde gelegten Qualitätsanspruch untergraben.

2370 Im Spitalbereich setzen die Sozialisten verstärkt auf Spezialisierung und eine bessere
 2371 Aufgabenteilung. Vor diesem Hintergrund will die LSAP die Schaffung von regelrechten
 2372 Pflegeketten ermutigen und künftig mehr Einbettzimmer in Krankenhäusern zur Verfügung
 2373 stellen. Die Sozialisten treten darüber hinaus für die Abschaffung des 60-prozentigen Aufschlags
 2374 für medizinische Leistungen in Ein-Bett-Zimmern ein. Die LSAP will außerdem für mehr
 2375 Transparenz und eine verstärkte Qualitätskontrolle im Krankenhausbereich sorgen. Der neue
 2376 Spitalplan wird wesentlich zur Umsetzung dieser Zielsetzung beitragen. Qualitätssicherung
 2377 beginnt mit einer Kodifizierung aller medizinischen Dienstleistungen.

2378 Die Sozialisten treten außerdem für eine humane Geburtshilfe ein und werden den
 2379 Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und der Charta der Rechte der Gebärenden bei
 2380 der Umsetzung von nationalen Gesundheitsplänen Rechnung tragen. Darüber hinaus werden
 2381 die Sozialisten den nationalen Plan zur Förderung des Stillens umsetzen und die notwendigen
 2382 Mittel hierfür bereitstellen.

2383 Qualität soll auch in der Langzeitkrankenpflege gewährleistet werden. Deshalb wollen die
 2384 Sozialisten den Geriatriebereich ausbauen und durch Spezialisierung optimieren. Das gilt auch
 2385 für die akute Geriatrie. Die geriatrische Grundversorgung in den Spitälern soll weiter gefördert
 2386 werden und die notwendigen Mittel bekommen, um ihren Aufgaben auch vor dem Hintergrund
 2387 der demographischen Entwicklung gerecht werden zu können.

2388 Mit der Einführung des Rechts auf Palliativpflege und aktive Sterbehilfe unter bestimmten
 2389 Voraussetzungen haben die Sozialisten zu einem wesentlichen Durchbruch in der
 2390 Gesundheitspolitik beigetragen. In den kommenden Jahren wird sich die LSAP für eine optimale
 2391 Umsetzung des Palliativ- und des Sterbehilfegesetzes einsetzen und dafür sorgen, dass die
 2392 Palliativpflege landesweit über die notwendigen Mittel verfügt, um schwerstkranke Menschen
 2393 jederzeit angemessen versorgen zu können.

2394 Daneben werden die Sozialisten ihre Bemühungen fortsetzen, die Psychiatrie menschenwürdiger
2395 zu gestalten. In diesem Sinne will die LSAP die kleinen, flächendeckend verteilten, stationären
2396 und ambulanten Therapieangebote ausweiten. Einrichtungen für psychisch Kranke wie das nicht
2397 mehr zeitgemäße Hochhaus des „Centre hospitalier neuro-psychiatrique“ in Ettelbrück gehören
2398 eindeutig der Vergangenheit an und werden durch zeitgemäße Einrichtungen ersetzt.

2399 Vermehrt sollen auch Zentren geschaffen werden, die sich speziell um psychisch kranke Kinder
2400 und Jugendliche kümmern. Luxemburg braucht auch eine Klinik für forensische Psychiatrie.
2401 Hier sollen straffällig gewordene psychisch kranke Menschen, die aufgrund ihrer Krankheit
2402 unzurechnungsfähig sind, ordnungsgemäß behandelt werden.

2403 Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch im Hinblick auf die Lebensmittelsicherheit.
2404 Steigende Preise für Grundnahrungsmittel sind nicht immer gleichbedeutend mit zunehmender
2405 Qualität. Die Sozialisten wollen die Lebensmittelsicherheit durch gezielte Sicherheits- und
2406 Qualitätskontrollen verbessern und eine Agentur für Ernährungssicherheit schaffen.

2407 Die Sozialisten werden auch die umweltmedizinische Betreuung keineswegs vernachlässigen
2408 und sich für die Einrichtung einer Umweltklinik stark machen.

2409

2410 **Gesundheitsförderung vorantreiben**

2411 Die Sozialisten werden die Gesundheitsförderung konsequent vorantreiben und die allgemeine
2412 Datenlage verbessern. Dazu bedarf es einer Reform der „Direction de la Santé“. Die LSAP will
2413 ein Gesundheitsobservatorium schaffen. Mit Hilfe dieses Forschungsinstituts können
2414 weitreichende Daten erfasst und epidemiologische Studien erstellt werden. Auf der Grundlage
2415 der gewonnenen Erkenntnisse kann so genannten Zivilisationskrankheiten (Krebs,
2416 Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes, Fettsucht ...) wirksamer mit gezielten Aktionsplänen
2417 begegnet werden. Um die Entwicklung der Krebserkrankungen besser erfassen zu können,
2418 wollen die Sozialisten ein nationales Krebsregister einführen.

2419 Daneben soll die Rolle der Schulmedizin in Primär- und Sekundarschulen gestärkt werden. Eine
2420 Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen gehört ebenso dazu wie eine stärkere
2421 Zusammenarbeit zwischen Staat und Kommunen. Eine konsequente Gesundheitsförderung ist
2422 auch hier das primäre Ziel. Durch gezielte Sensibilisierung sollen Kinder und Jugendliche auf
2423 Gesundheitsrisiken und Präventionsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Gesunde
2424 Ernährung und Bewegung spielen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Deshalb
2425 wollen die Sozialisten das Ernährungsangebot in Schulkantinen entsprechend ausrichten und
2426 zusätzliche Sportmöglichkeiten anbieten. Im Rahmen von gezielten schulmedizinischen
2427 Untersuchungen sollen vorhandene Gesundheitsmängel und Kindesmisshandlungen
2428 konsequenter aufgespürt und therapiert werden. Das Pflegepersonal muss durch entsprechende
2429 Schulung auf diese Aufgabe vorbereitet werden.

2430 Im Umgang mit Sexualität setzen die Sozialisten auch weiterhin auf ein starkes
2431 Verantwortungsbewusstsein bei Jugendlichen. Sexualerziehung gehört zum Jugendschutz und

2432 soll auf allen Schulebenen mit der notwendigen Konsequenz erfolgen. Entsprechende
2433 Beratungsstellen und ein uneingeschränkter Zugang zu Verhütungsmitteln sind wesentliche
2434 Bestandteile eines wirksamen Jugendschutzes. Das gleiche gilt im Hinblick auf eine effiziente
2435 Aufklärung über mögliche Schwangerschaften und Geschlechtskrankheiten mit ihrem
2436 Risikopotenzial. In diesem Zusammenhang muss der Aids-Problematik besondere
2437 Aufmerksamkeit gewidmet werden.

2438

2439 **Pluspunkt:** Die LSAP steht für fortschrittliche Gesundheitspolitik, die konsequent
2440 auf Prävention setzt. Medizinische Versorgung darf kein Selbstzweck sein; sie
2441 muss einzig und allein dem Wohl der Menschen dienen.

2442

2443

F. Lebensqualität verbessern, Nachhaltigkeit fördern

2444

2445

2446

2447

2448

2449

2450

2451

2452

„Sozialistische Politik zielt auf eine hohe Lebensqualität für jeden Einzelnen hin. Hohe Lebensqualität ist ohne umfassende Umweltpolitik nicht denkbar. Um unsere Umwelt lebenswert zu erhalten, dürfen wir nicht mehr Ressourcen verbrauchen als wir ersetzen oder wieder erneuern können. Natur und Umwelt sind Werte an sich. Ökologische Nachhaltigkeit ist die Leitlinie unseres politischen Handelns. Unser Land muss auch einen angemessenen Beitrag zur Lösung der planetarischen Umweltprobleme leisten und den Schutz der Biodiversität gewährleisten.“

2453

(LSAP-Grundsatzprogramm 2002)

2454

2455

2456

2457

2458

2459

2460

Lebensqualität gründet nicht allein auf Gesundheit, materiellem Wohlstand, sozialer Absicherung und einem guten Arbeitsplatz: Die Grundbedürfnisse der Bürger in unserer heutigen Gesellschaft sind vielschichtiger. Menschen wollen gerechten Lohn für ihre Arbeit, sie streben nach Freiheit, Sicherheit und Schutz; Menschen brauchen erschwinglichen Wohnraum, saubere Luft und Mobilität, sie erwarten Lebensmittelsicherheit und einen bürgernahen öffentlichen Dienst, Menschen wollen ansprechende Kultur- und Freizeitangebote nutzen können ... usw.

2461

2462

2463

2464

2465

2466

2467

2468

2469

Angesichts der Komplexität zum Teil gegensätzlicher Bedürfnisse muss die Politik nach ausgewogenen und nachhaltigen Lösungen suchen. Ihre Pflicht besteht letztlich darin, einen vernünftigen Ausgleich zwischen Wirtschaftswachstum, Verteilungsgerechtigkeit und Umweltschutz zu finden. Diese Aufgabe geht weit über die Landesgrenzen und persönlichen Ansprüche hinaus. Am deutlichsten wird die globale Dimension dieser Herausforderung vielleicht am Klimaschutz und an der Weltarmut ersichtlich. Mit den Kioto-Auflagen und den UN-Millennium-Zielen wurde eine geopolitische Roadmap gezeichnet, zur der sich auch Luxemburg international verpflichtet hat. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bekennt sich die LSAP klar zu diesen politischen Zielen.

2470

2471

2472

2473

2474

2475

2476

2477

2478

2479

2480

Der Anspruch aller Bürger auf eine ausgeprägte Lebensqualität ist legitim; dieses anspruchsvolle „Allgemeingut“ ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Lebensqualität für alle setzt das Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen voraus. Wer Freiheit und Sicherheit für sich beansprucht, muss auch die seiner Mitmenschen achten. Wer eine saubere Umwelt für sich einfordert, sollte den gemeinsamen Lebensraum schonen und sich nicht zum Autor überflüssiger Umweltbelastungen machen. Wer tagtäglich mit sauberem Trinkwasser versorgt werden möchte, sollte an all jene denken, die sich Zugang zu diesem kostbaren Gut nur unter größten Mühen verschaffen können ... Lebensqualität ist ein komplexes Gebilde, an dem alle Bürger verantwortungsbewusst teilhaben sollten. Für dieses Grundprinzip, das auf nachhaltige Entwicklung abzielt und auf einen weitgefassten Solidaritätsbegriff nicht verzichten kann, bürgen die Sozialisten.

2481

2483 Die Absicherung einer guten Lebensqualität für heute lebende und künftige Generationen setzt
2484 eine nachhaltige Entwicklung voraus. Die Sozialisten werden sich auch weiterhin diesem Ziel
2485 verpflichten und diesbezüglich klare Prioritäten setzen.

2486 Weltweit erleben Menschen die Folgen des allgemeinen Temperaturanstiegs: Dürren,
2487 Waldbrände, Überflutungen, Stürme, Eisschmelze, steigende Meeresspiegel – eine unheilsame
2488 Verkettung für Mensch und Umwelt, insbesondere in den armen Regionen der Welt. Der
2489 Klimaschutz muss aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse, humanitärer und
2490 volkswirtschaftlicher Überlegungen sowie internationaler Verpflichtungen absolute Priorität
2491 genießen. Die Politik ist gefordert und bemüht, Treibhausgase in der Erdatmosphäre zu
2492 stabilisieren und den Temperaturanstieg zu begrenzen.

2493 Die Europäische Union hat eine integrierte Strategie in den Bereichen Energie und Klimaschutz
2494 vorgelegt und strebt bis 2020 ehrgeizige Ziele an. Im Vergleich zu 1990 sollen die
2495 Treibhausgasemissionen EU-weit um 20 Prozent gesenkt werden. Gegebenenfalls könnte dieses
2496 Einsparziel sogar auf 30 Prozent erhöht werden, sofern es zu einer internationalen Einigung
2497 kommt. Daneben soll der Energieverbrauch durch mehr Energieeffizienz um 20 Prozent
2498 reduziert werden. Schließlich wird auf EU-Ebene eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer
2499 Energien auf 20 Prozent angestrebt.

2500 Die neuen EU-Richtlinienvorschläge unterscheiden zwischen Emissionshandelssektoren
2501 (Industrie, Stromerzeugung) und Nicht-Emissionshandelssektoren (Transport, Privathaushalte,
2502 kleine und mittlere Betriebe, Landwirtschaft ...). Während der Emissionshandel europaweit
2503 vereinheitlicht wird, wurden die Ziele in den anderen Sektoren weiterhin auf nationaler Ebene
2504 festgelegt. Gegenüber den Treibhausgasemissionen von 2005 schwanken die nationalen
2505 Einsparziele von -20 bis +20 Prozent. Für Luxemburg wurde ein 20-prozentiges Reduktionsziel
2506 zurückbehalten.

2507 Luxemburg muss seine Klimaschutz-Offensive daher konsequent fortsetzen, um dieser globalen
2508 Herausforderung begegnen zu können. Die Minderung des CO₂-Ausstoßes muss zum Maßstab
2509 eines klimabewussten Handelns werden.

2510 Das von den Sozialisten forcierte Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien
2511 hat Luxemburg nach vorne gebracht und wird Arbeitsplätze schaffen. Die LSAP wird diese Politik
2512 mit Nachdruck weiterführen, da Luxemburg sich verpflichtet hat, seinen Anteil an erneuerbarer
2513 Energie bis 2020 auf 11 Prozent zu steigern, gegenüber 1 Prozent im Jahr 2005. Die
2514 Sozialisten wollen das Potenzial, das uns derzeit in Form von Wind- und Wasserkraft,
2515 Solarenergie, Erdwärme und Biomasse zur Verfügung steht, voll ausschöpfen. Darüber hinaus
2516 werden sie die Einspeisevergütung verbessern und alte Windkraftanlagen durch neue,
2517 leistungsfähigere ersetzen. Die besten Standorte sollen optimal genutzt werden.

2518 Einen wesentlichen Beitrag zur Senkung von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen muss der
2519 Transportsektor leisten. Unsere Emissionsinventare unterstreichen, dass der Ausstoß von

2520 Treibhausgasen im Verkehr seit 1990, dem Basisjahr des Kioto-Protokolls zwischenzeitlich
2521 weiter angestiegen war, während er im Industriesektor seither gesunken ist. Der Transportsektor
2522 stellt heute über 55 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen dar, bedingt auch durch
2523 Transitverkehr, Berufspendler und die Treibstoffpreisdifferenzen zu unseren Nachbarländern.
2524 2007 konnte bei den CO₂-Emissionen im Transportsektor dank der ehrgeizigen
2525 Klimaschutzpolitik der Sozialisten erstmals eine Trendwende verbucht werden. Diese positive
2526 Entwicklung ist insbesondere auf die konsequente Förderung des öffentlichen Transports, die
2527 Einführung des „Kioto-Cent“ bei Benzin und Diesel, die 750-Euro-Prämie beim Erwerb eines
2528 energiesparenden neuen Autos, die CO₂-bezogene Autosteuer und die Verschrottungsprämie für
2529 Altwagen zurückzuführen.

2530 Die Sozialisten sind der Meinung, dass weitere Schritte folgen müssen. Ein Teil der Einnahmen
2531 aus den Akzisen sollte schrittweise für Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Zu diesem
2532 Zweck wurde 2005 ein Klimaschutzfonds eingerichtet.

2533 Die enorme Zunahme an Fahrzeugen belastet Luxemburg erheblich. Einerseits tragen die CO₂-
2534 Emissionen zur Klimaveränderung bei, andererseits leiden auch Menschen unter
2535 verkehrsbedingten Gesundheitsgefahren durch Lärm und Luftverschmutzung. Die LSAP setzt
2536 sich deshalb weiterhin für den konsequenten Ausbau des öffentlichen Transports und sanfte
2537 Mobilität ein. Busse und Bahn haben eine bessere Ökobilanz als das Auto. Da viele Bürger auf
2538 ihr Privatauto nicht verzichten können bzw. wollen, werden die Sozialisten an der Förderung
2539 schadstoffarmer Autos festhalten und sie stufenweise ausbauen. Wer ein verbrauchsarmes Auto
2540 fährt, muss bei der Kfz-Steuer spürbar begünstigt werden. Deshalb wird die LSAP auch weiterhin
2541 Käufer solcher Autos finanziell unterstützen. Die nationalen Statistiken zeigen, dass die von
2542 Sozialisten geförderte Politik bereits erste Früchte trägt. 2008 sind im Vergleich zum Vorjahr 50
2543 Prozent mehr verbrauchsarme Neuwagen in Luxemburg immatrikuliert worden als 2006.

2544 Die Sozialisten werden darüber hinaus den Einsatz umweltfreundlicher Busse (Hybrid-, Erdgas-,
2545 und Biogasantrieb) fördern und finanziell unterstützen. Gleichzeitig will die LSAP die Verbreitung
2546 von Erdgastankstellen in Luxemburg vorantreiben.

2547 Auf die globalen Herausforderungen haben die Sozialisten konsequent reagiert und 2006 einen
2548 umfassenden Aktionsplan mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen durchgesetzt. Die LSAP wird
2549 diese mutige Politik in den kommenden Jahren fortsetzen. Politische Entscheidungen sollten auf
2550 ihre Klimaverträglichkeit hin überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Die LSAP versteht
2551 diesen Politikansatz auch als soziale Verpflichtung, Energieeffizienz zu steigern, erneuerbare
2552 Energien zu fördern und Energieversorgung für Bürger bezahlbar zu machen. Nur regenerative
2553 Energien sind für Mensch und Wirtschaft auch künftig dauerhaft verfügbar. Fossile Brennstoffe
2554 dagegen nicht.

2555 Klimaschutzpolitik ist für die LSAP damit Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik zugleich.
2556 Deshalb setzen sich die Sozialisten für eine offensive Forschung und Entwicklung, die schnelle
2557 Markteinführung von neuen energiesparenden Produkten, effiziente und innovative
2558 Produktionsprozesse sowie neue Verkehrskonzepte ein. Gleichzeitig spricht sich die LSAP für
2559 den Ausbau und die personelle Verstärkung der 2008 gegründeten nationalen

2560 Energieberatungsstelle „my energy“ aus. Daneben wollen die Sozialisten die
2561 Klimaschutzproblematik verstärkt auf dem Lehrplan der Schüler verankern. Die Energiesparziele
2562 sind letztlich nur zu erreichen, wenn alle Sektoren, einschließlich der öffentlichen Hand und der
2563 privaten Haushalte, einen wesentlichen Beitrag leisten.

2564

2565 Luxemburg braucht Energieeffizienz

2566 Der Gebäudebereich gehört zu den wichtigen Handlungsfeldern im Klimaschutz. Der größte Teil
2567 des Energieverbrauchs der Privathaushalte (abgesehen vom Individualverkehr) entfällt auf das
2568 Heizen und die Warmwasserzubereitung. In diesem Bereich gibt es enorme Einsparpotenziale.
2569 Die Wärmeschutzverordnung garantiert, dass bei Neubauten zufriedenstellende
2570 Mindeststandards für Energieeffizienz eingehalten werden. Die LSAP will Projekte, die über die
2571 gesetzlich vorgeschriebene Norm hinausgehen, auch weiterhin finanziell unterstützen. Die
2572 Sozialisten wollen das Förderprogramm zur Altbausanierung entsprechend ausbauen. Gefördert
2573 werden alle Maßnahmen, mit denen das Neubau-Niveau der Wärmeschutzverordnung erreicht
2574 wird. Diese zusätzliche Maßnahme wird nach sozialen Kriterien gestaffelt und sieht u.a. ein
2575 zinsgünstiges CO₂-Darlehen vor.

2576 In Sachen Energieeffizienz müssen Staat und Kommunen eine Vorreiterrolle übernehmen und
2577 die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden konsequent vorantreiben. Als Grundlage
2578 hierfür sollten mehrjährige Sanierungspläne dienen. Die politische Zielsetzung der Sozialisten ist
2579 klar. Abgesehen von Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen und Sonderbedingungen
2580 unterliegen, soll das sozialistische Sanierungspaket grundsätzlich alle öffentlichen Bauten
2581 umfassen. Darüber hinaus sollten alle Behörden und Betriebe mit staatlicher Beteiligung
2582 ausschließlich Energie aus erneuerbaren Energiequellen beziehen. Staatseigene Gebäude sollen
2583 ökologisch vorbildhaft und wegweisend sein. Die Sozialisten wollen den Staat darauf
2584 verpflichten, alle Neubauten nach Niedrigenergie- oder Passivhausstandard zu errichten.
2585 Großangelegte Pilot-Projekte sind in diesem Kontext wichtig, weil sie den Einsatz neuer
2586 Technologien anschaulich machen. Vor diesem Hintergrund sollte der Bau der neuen
2587 Universitätsgebäude in Belval Vorbildcharakter haben. Ab 2010 soll die öffentliche Hand
2588 ausschließlich auf Niedrigenergiebauweise zurückgreifen. Von 2015 an sollen öffentliche
2589 Gebäude nur noch gemäß Passivenergiestandard errichtet werden. Ab 2020 müssten
2590 öffentliche Neubauten CO₂-neutral sein, also keine Emissionen mehr verursachen.

2591 Daneben wird sich die LSAP dafür einsetzen, dass Kommunen, die Gebäude nach
2592 Passivbauweise bauen oder bestehende Infrastrukturen energetisch sanieren bzw. erneuerbare
2593 Energie einsetzen, weiterhin über den Umweltfonds unterstützt werden. Deshalb plädieren die
2594 Sozialisten für eine Aufstockung des Umweltfonds.

2595 Viel Energie lässt sich bei Haushaltsgeräten einsparen. Deshalb unterstützen die Sozialisten
2596 eine nachhaltige Konsumpolitik und Initiativen wie „Oeko-Top-Ten Luxemburg“. Die LSAP
2597 befürwortet außerdem die Einführung eines Bonus-Malus-Systems zur Besteuerung von
2598 umweltverträglichen bzw. umweltschädlichen Produkten und Dienstleistungen. Auf dieser

2599 Grundlage will die LSAP dem Verursacherprinzip verstärkt Rechnung tragen. Schließlich werden
2600 die Sozialisten groß angelegte Energiesparkampagnen starten. Energie sparen muss auch ein
2601 Thema an Luxemburger Schulen werden. Nur wer von klein auf über die Problematik eines
2602 hohen Energiekonsums aufgeklärt wird, erlernt frühzeitig die nötigen Sparreflexe.

2603 Neben Staat, Kommunen und Bürgern muss auch die Industrie ihre Bemühungen im Bereich
2604 der Energieeffizienz und Treibhausgasreduzierung fortsetzen. Auf EU-Ebene wurde für den
2605 Industriesektor ein Einsparziel von 21 Prozent festgelegt, das nur durch konsequente Innovation
2606 und optimierte Produktionsverfahren erreicht werden kann.

2607

2608 Luxemburg braucht Landesplanung

2609 In den vergangenen Jahren hat sich Luxemburg rasant entwickelt. Dabei wurden die positiven
2610 Aspekte (hohes Wirtschaftswachstum, steigende Beschäftigung ...) zum Teil von negativen
2611 Folgeerscheinungen (hohes Verkehrsaufkommen, zunehmende Umweltverschmutzung,
2612 steigende Grundstückspreise ...) überlagert, die sich nachteilig auf die Lebensqualität der
2613 Menschen ausgewirkt haben. Damit ist Luxemburg auch Opfer eines erfolgreichen
2614 Wirtschaftsstandorts. Die Sozialisten wollen diese Success-Story fortschreiben und gleichzeitig
2615 den Nebenwirkungen mit einer kohärenten Landesplanung und einer verbesserten Mobilität
2616 begegnen.

2617 Vernetztes Denken ist eine unabdingbare Voraussetzung, um in komplexen Themenbereichen
2618 wie Landes- und Verkehrsplanung, Stadtentwicklung und Territorialreform sowie Natur- und
2619 Umweltschutz weiterzukommen. Es ist im Interesse der Allgemeinheit, dass das
2620 Subsidiaritätsprinzip zum Tragen kommt und keine Konkurrenzsituationen gefördert werden. Die
2621 LSAP tritt daher für eine klare Aufgabenteilung zwischen Staat und Kommunen ein. Das
2622 Landesplanungsgesetz von 1999 bietet einen guten Ansatz und beruht auf einem
2623 Zusammenspiel von staatlich gesteuerten (top-down) und kommunalen (bottom-up)
2624 Maßnahmen. Das Landesplanungsgesetz wurde in der Folgezeit durch das „Programme
2625 directeur d'aménagement du territoire“, das Integrative Verkehrs- und
2626 Landesentwicklungskonzept (IVL) und die sektoriellen Leitpläne sinnvoll ergänzt. Die LSAP
2627 fordert die notwendigen personellen und finanziellen Mittel für deren Umsetzung und schlägt für
2628 diesen Zweck die Schaffung von regionalen Entwicklungsgesellschaften vor.

2629 Es ist bedauerlich, dass bislang nur an den sektoriellen Plänen – hierbei handelt es sich um die
2630 Top-down-Instrumente des Staates – und nicht gleichzeitig an den regionalen
2631 Entwicklungsplänen, die eine direkte Partizipation der Gemeinden ermöglichen, gearbeitet wird.
2632 Die LSAP spricht sich für die Beibehaltung der im Leitprogramm für Landesplanung
2633 vorgesehenen Planungsregionen (Luxemburg; Esch; Südregion und Nordstad) aus. Aus Sicht
2634 der Sozialisten sind sie ein brauchbares Gerüst für die interkommunale Zusammenarbeit.
2635 Darüber hinaus fordert die LSAP die gesetzliche Verankerung des Regionalfonds. Für die
2636 Umsetzung der Regionalpläne ist dieser Fonds unabdingbar.

2637 Angesichts der rasanten Zunahme des Pendlerverkehrs wurden die Arbeitshypothesen des IVL
2638 längst von der Entwicklung eingeholt. Das IVL-Konzept kann aber nur dann eine nützliche
2639 Orientierungshilfe sein, wenn die ihm zugrunde liegenden Daten an die reale Entwicklung
2640 angepasst werden. Gleichzeitig müssen Aspekte wie Umwelt- und Gesundheitsbelastungen, die
2641 ursprünglich nicht in das Konzept einbezogen wurden, in Zukunft berücksichtigt werden. Da
2642 sich das IVL bewusst auf den Wirkungsbereich der nationalen Raumentwicklung konzentriert,
2643 fehlen Aussagen zu den Konsequenzen seiner Umsetzung auf die wirtschaftliche Entwicklung,
2644 die CO₂-Bilanz oder die Entwicklung jenseits der Landesgrenzen. Die LSAP ist der Meinung,
2645 dass ergänzende Analysen von den zuständigen Stellen durchgeführt und in eine Fortschreibung
2646 des IVL integriert werden müssten.

2647 Als Ergänzung zum Landesplanungsgesetz schafft die Reform des Gemeindeplanungsgesetzes
2648 die für eine dynamische Stadt- und Ortsentwicklung notwendigen Instrumente, ohne dabei die
2649 Belange des Natur- und Umweltschutzes zu vernachlässigen. Das Gemeindeplanungsgesetz
2650 bietet einerseits die Möglichkeit, gezielt Entwicklungs- (zones de développement) und
2651 Stadterneuerungsgebiete (zones de rénovation) auszuweisen, andererseits verfügen Kommunen
2652 in ihrer jetzigen Struktur nicht über die notwendigen Mittel zur Umsetzung der Reform. Langfristig
2653 kann hier nur eine kohärente Territorialreform Abhilfe schaffen. Kurzfristig kann die Schaffung
2654 einer Entwicklungsgesellschaft weiterhelfen. Derartige Instrumente sind immer dort nützlich, wo
2655 verschiedene strukturierte Akteure gemeinsam Großprojekte entwickeln und umsetzen müssen.
2656 In diesem Zusammenhang können sich unterschiedliche Interessengruppen bilden: Staat und
2657 Kommunen, wenn sie wie am Beispiel „Nordstad“ eine neue interkommunale Planungs- und
2658 Verwaltungsstruktur schaffen wollen; Staat und supranationale Organisationen wie die EU bei
2659 der Gestaltung des Kirchberg-Viertels ...

2660 Überall dort, wo die Gemeinden nicht die erforderlichen Verwaltungsstrukturen haben oder
2661 mehrere Träger beteiligt sind, ist eine Entwicklungsgesellschaft die einfachere und schnellere
2662 Organisationslösung. Große Landes- und Raumplanungskonzepte können nur dann erfolgreich
2663 umgesetzt werden, wenn alle Akteure eng zusammenarbeiten und ihre Ideen und Interessen mit
2664 einbringen können. Die Neugestaltung der ehemaligen Industriebrache Belval folgt diesem
2665 Planungsmuster. Mit der Ansiedlung der „Université du Luxembourg“ und der Einrichtung einer
2666 „Cité des Sciences“ verfügt das Raumplanungskonzept im Süden des Landes über eine
2667 zukunftssträchtige Leitidee. Als nördliches Pendant zum Innovations-, Forschungs- und
2668 Wissenschaftspol in der Minette-Metropole und zum EU-Standort und Kompetenzzentrum für
2669 Finanzwirtschaft auf dem Hauptstadtgebiet könnte sich die Nordstad und die gesamte
2670 Nordregion beispielsweise als Fortbildungspol positionieren und die Lifelong-Learning-
2671 Dimension als Entwicklungs- und Kompetenznische für sich entdecken. Die neue nationale
2672 Beobachtungsstelle für Fortbildung könnte beispielsweise in der Nordstad eingerichtet werden.
2673 In diesem Zusammenhang wäre auch über den Umzug fortbildungsrelevanter Einrichtungen
2674 nachzudenken und die Erwachsenenbildung in diese Perspektive miteinzubeziehen. Die LSAP
2675 will in diesem Kontext über die Einrichtung einer Volkshochschule in der Nordregion
2676 nachdenken.

2677

2678

Luxemburg braucht starke Kommunen

2679 Eine Neugestaltung der kommunalen Landschaft ist ohne Finanzreform nicht denkbar. Die
2680 Sozialisten setzen sich für starke, handlungsfähige Kommunen ein und fordern eine strukturelle
2681 und professionelle Verstärkung der Gemeindeverwaltungen. Wir brauchen Gemeinden, die von
2682 der Einwohnerzahl und ihrem Territorium her groß genug sind, um ihren immer komplexeren
2683 Aufgaben auch in Zukunft gerecht zu werden. Die LSAP ist nicht der Ansicht, dass der Staat eine
2684 zwingende Mindestgröße festschreiben soll. Die viel diskutierte „masse critique“ von 3.000
2685 Einwohnern sollte lediglich eine Orientierungshilfe darstellen, um kleinere Gemeinden zu einer
2686 Fusion anzuregen. Sie sollte auch größere Gemeinden nicht davon abhalten, über
2687 unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit oder einen möglichen Zusammenschluss
2688 nachzudenken. Fusionen müssen auf freiwilliger Basis entstehen. Das darf aber im Verlauf der
2689 Zeit nicht zu einer völlig inkohärenten Gemeindelandschaft führen. Die vom Innenministerium
2690 vorgelegte neue Landkarte sollte konsensfähig sein. Sie muss sinnvolle Optionen festhalten und
2691 gleichzeitig sicherstellen, dass Kommunen, die zu einem späteren Zeitpunkt oder überhaupt
2692 nicht fusionieren wollen, nicht ausgeschlossen werden. Ein entsprechender Vorschlag sollte,
2693 wie geplant, Anfang 2010 fertiggestellt sein, damit fusionswillige Kommunen dieses Ziel noch
2694 vor den Gemeindewahlen 2017 erreichen können.

2695 Große Kommunen sind nicht nur in der Lage, ihren Bürgern umfangreiche Dienste anzubieten,
2696 sie haben auch bessere Möglichkeiten, Gemeindeinteressen gegenüber dem Staat zu vertreten
2697 und eine aktive Rolle in der Landesplanung zu spielen. Wesentlich in diesem Zusammenhang
2698 ist dabei die finanzielle und personelle Ausstattung der Gemeinden. Die LSAP fordert eine
2699 Finanzreform, die den Aufgaben der einzelnen Gemeinden besser Rechnung trägt. Kommunen,
2700 die im Rahmen des IVL-Konzepts Aufgaben übernehmen, die der gesamten Region zugute
2701 kommen, müssen entsprechend gefördert werden.

2702 Die großen Entwicklungszentren („Stad Lëtzebuerg“, „Nordstad“, Esch/Alzette, gegebenenfalls
2703 auch Differdingen und Düdelingen) sollen sich mit den umliegenden Gemeinden in einer
2704 „communauté urbaine“ zusammenschließen und Regionalplanungsfragen auf dieser Ebene
2705 klären. Sie können auch andere Gemeindekompetenzen an die „communauté urbaine“
2706 abgeben, wenn sich so bestimmte Aufgaben effizienter bewältigen lassen. Ansonsten findet
2707 regionale Zusammenarbeit im Rahmen von Gemeindesyndikaten statt. Da die verschiedenen
2708 Regionen sehr unterschiedliche Charakteristiken aufweisen, bleibt es den Gemeinden
2709 überlassen, selbst zu entscheiden, welche Kompetenzen neben der Regionalplanung an das
2710 Syndikat übergeben und welche Aufgaben weiterhin von den einzelnen Gemeinden erfüllt
2711 werden.

2712 Starke Gemeinden brauchen weniger Kontrolle durch den Staat. Die Rolle der
2713 Distriktskommissare sollte dieser Tatsache Rechnung tragen. Daher sollten sie vor allem eine
2714 beratende Funktion erhalten und die Gemeinden in juristischen Fragen und bei
2715 Planungsaufgaben unterstützen.

2716

2718 Das im IVL verankerte politische Ziel, den Anteil des öffentlichen Verkehrs am gesamten
2719 Verkehrsaufkommen bis 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen, hat für die LSAP absolute Priorität.
2720 Die von den Sozialisten getragene Vorgabe – ein Modal-Split von 25 Prozent für den
2721 öffentlichen Transport und 75 Prozent für den Individualverkehr – folgt gleich mehreren
2722 politischen Zielsetzungen: die Reduzierung des Individualverkehrs zum Erreichen der
2723 Klimaschutzziele, die Verbesserung der Lebensqualität und die Befriedigung der
2724 Mobilitätsbedürfnisse im Personen- und Gütertransport. Das 2007 vorgelegte Gesamtkonzept
2725 „mobil 2020“ trägt dieser strategischen Ausrichtung Rechnung. Die Sozialisten werden dieses
2726 Projekt konsequent umsetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf den
2727 grenzüberschreitenden öffentlichen Transport richten.

2728 Die LSAP will die Grenzregionen durch entsprechende Angebote besser an den
2729 Wirtschaftsstandort Luxemburg anbinden. Dazu gehört die Umsetzung des von Sozialisten
2730 vorangetriebenen Mobilitätskonzepts für Luxemburg und Lothringen, die TGV-Anbindung an
2731 Straßburg, die Modernisierung des Streckenabschnitts Luxemburg-Kleinbettingen im Rahmen
2732 des Eurocap-Rail-Projekts sowie eine bessere Anbindung an Koblenz und Saarbrücken.
2733 Insgesamt soll auch der Informationsfluss über das Gesamtangebot im öffentlichen Transport
2734 verbessert werden. In diesem Kontext schlagen die Sozialisten die Einrichtung einer
2735 Mobilitätszentrale der Großregion vor; erklärtes Ziel ist eine Harmonisierung der Fahrpläne und
2736 Tarifstruktur. Daneben spricht sich die LSAP für den Ausbau von Auffangparkings an den und
2737 jenseits der Landesgrenzen, in unmittelbarer Nähe zu Zug- und Busbahnhöfen aus.

2738 Darüber hinaus wird die LSAP das Mobilitätskonzept „mobil 2020“ bis zum Planungshorizont
2739 2030 auf der Grundlage eines aktualisierten IVL fortschreiben. Auch im Infrastrukturbereich
2740 wollen die Sozialisten klare Prioritäten zugunsten eines schienengebundenen Transportangebots
2741 setzen. Die Peripherie-Bahnhöfe Howald, Cessange und Kirchberg/Luxexpo werden verwirklicht,
2742 der Bahnhof Dommeldange ausgebaut und der Bahnhof Belval/Universität fertiggestellt. Daneben
2743 werden die Sozialisten die Bahnstrecke Belval/Universität-Belval/Mairie-Oberkorn in Angriff
2744 nehmen. Das gleiche gilt für die Neugestaltung des Ettelbrücker Bahnhofs und des
2745 Hauptbahnhofs in Luxemburg-Stadt. Das Areal der jetzigen CFL-Werkstatt muss in die
2746 Neugestaltung einbezogen werden. Weitere sozialistische Prioritäten sind die Fertigstellung der
2747 Pétinger Strecke und Verbesserungen auf der Nordstrecke. Darüber hinaus will die LSAP die
2748 Neubaustrecke Hauptbahnhof-Kirchberg via Findel vorantreiben und die Arbeiten am neuen
2749 Viadukt Pulvermühle fertigstellen.

2750 Die Sozialisten setzen auch weiterhin auf eine gute Partnerschaft zwischen Staat und CFL; die
2751 nationale Eisenbahngesellschaft soll als integrierter Betrieb erhalten bleiben. Die Sozialisten
2752 wollen außerdem das Betriebskonzept der Eisenbahn auf die Peripherie-Bahnhöfe ausrichten
2753 und den mobilitätsbedürftigen Bürgern vermehrt mit Direktverbindungen zwischen dem Norden
2754 und Süden des Landes entgegenkommen. Auch der Eisenbahnfuhrpark soll kontinuierlich an die
2755 Ansprüche der Fahrgäste angepasst werden. Daneben wollen die Sozialisten das landesweite
2756 Zug- und Buskonzept verfeinern und durch verbesserte Fahrgastinformationssysteme

2757 kundenfreundlicher gestalten. Zu einem verbesserten Kundendienst gehört auch ein regionaler
2758 Ausbau der nationalen Mobilitätszentrale mit zwei regionalen Ablegern in Esch/Alzette und
2759 Ettelbrück. Die LSAP wird sich auch für privilegierte Buskorridore stark machen und die
2760 Koordination zwischen den Fahrplanangeboten der einzelnen Verkehrsträger verbessern.

2761 Besondere Aufmerksamkeit genießen die Bauarbeiten am Tram-Projekt in Luxemburg-Stadt; sie
2762 sollen zügig in Angriff genommen werden, damit einem langjährigen Gerangel zwischen den
2763 Befürwortern und Gegnern der Stadtbahn nun Taten folgen. Mit der Verwirklichung der Tram
2764 haben die Sozialisten Weitsicht bewiesen. Damit wird einer langjährigen Forderung der LSAP
2765 endlich Rechnung getragen. Parallel zur Hauptstadt-Tram sollen die Machbarkeits- und
2766 Potenzialstudien für Tramprojekte in der Nordstad und im Süden abgeschlossen werden.

2767 Schließlich wollen die Sozialisten auch die Finanzierungsgesetze für die neuen Strecken von
2768 Luxemburg nach Bettemburg und Esch/Alzette fertigstellen, verabschieden und deren
2769 Umsetzung in Angriff nehmen. Last but not least will die LSAP den Aktionsplan zur Förderung
2770 der sanften Mobilität umsetzen. Bis 2020 wollen die Sozialisten in dieser umweltfreundlichen
2771 Domäne eine Quote von 25 Prozent erreichen.

2772 Der Entwicklungspol Belval und die Ansiedlung der Universität Luxemburg werden das
2773 Verkehrsaufkommen im Süden und Zentrum des Landes und in den Grenzregionen wesentlich
2774 steigern. Die Zielsetzung des Mobilitätskonzepts „Mobil 2020“ trägt diesem Sachverhalt
2775 Rechnung. In Belval peilen die Sozialisten sogar ein Modal Split von 60/40 an. Demnach soll
2776 der motorisierte Individualverkehr am künftigen Universitätsstandort auf 60 Prozent begrenzt
2777 werden. Die LSAP wird dieses Ziel aktiv anstreben, den öffentlichen Transport dank
2778 umfangreicher Investitionen ausbauen und sanfte Mobilität vor Ort fördern. Der öffentliche
2779 Nahverkehr ist und bleibt eine politische Priorität der Sozialisten. Die LSAP wird sich weiterhin
2780 dafür einsetzen, dass sich Investitionsmittel für den „Fonds du rail“ auch künftig auf einem sehr
2781 hohen Niveau einpendeln, damit wichtige Projekte zügig umgesetzt werden können.

2782

2783 Luxemburg braucht Verkehrssicherheit

2784 Aus dem letzten Jahresbericht des Europäischen Verkehrssicherheitsrates geht hervor, dass
2785 Luxemburg das einzige Land ist, das die Zahl der tödlichen Verkehrsoffer um 50 Prozent
2786 senken konnte. Diese positive Entwicklung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass
2787 Luxemburg noch vor weniger als zehn Jahren zu den Negativbeispielen in Europa gezählt hat.
2788 Seither wurden große Anstrengungen im Bereich der Verkehrssicherheit unternommen.

2789 Die Sozialisten wollen ihre Bemühungen um eine kohärente Sicherheitspolitik für den
2790 Straßenverkehr fortsetzen und dabei weiterhin sowohl auf Prävention als auf Repression setzen.
2791 Die Sozialisten werden deshalb die Planer und Verwalter des Luxemburger Straßennetzes dazu
2792 anhalten, die vorbeugenden Maßnahmen zur Unfallvermeidung zu verstärken.

2793 Die feste Einrichtung von Radarkontrollgeräten an besonders gefährlichen Stellen ist eine
2794 wirksame Maßnahme zur Bekämpfung von Geschwindigkeitsexzessen im Straßenverkehr. Das

2795 Beispiel Frankreich zeigt, dass automatische Radarkontrollen wesentlich zum Rückgang von
 2796 Verkehrsunfällen beigetragen und auch generell das Fahrverhalten der Bürger positiv beeinflusst
 2797 haben.

2798 Zur Vermeidung von Verkehrsunfällen trägt auch eine optimale Kennzeichnung von besonders
 2799 gefährlichen Streckenabschnitten bei. Deshalb will die LSAP die eingeleitete Bestandsaufnahme
 2800 der Gefahrenzonen im Luxemburger Straßennetz fortsetzen und diese entsprechend ausweisen.
 2801 Bei Verkehrsunfällen mit Schwerverletzten sollte verstärkt auch nach den genauen Ursachen und
 2802 Umständen des Unfallhergangs geforscht und die notwendigen Schlussfolgerungen daraus
 2803 gezogen werden. So könnten bspw. Gefahrenzonen präventiv entschärft und weitere
 2804 vorbeugende Maßnahmen zur Unfallvermeidung und Schadensbegrenzung ergriffen werden.

2805 Zur Gefahrenprävention zählt auch die kontinuierliche Anpassung der Straßenverkehrsordnung.
 2806 Besonders schwerwiegenden Fällen, die eine akute Gefährdung von Verkehrsteilnehmern
 2807 darstellen, sollte der Gesetzgeber mit einer verstärkten Vorsorgepflicht begegnen. Gefährliches
 2808 Fahrverhalten wie riskante Überholmanöver, provozierendes Drängeln und Lichthupen bedrohen
 2809 die Sicherheit von Verkehrsteilnehmern und müssen entsprechend geahndet werden. Darüber
 2810 hinaus sollte dem Alkoholmissbrauch im Personentransport auch durch vorbeugende
 2811 Maßnahmen begegnet werden.

2812 Die Verkehrssicherheit soll auch durch eine umweltbewusste Fahrweise konsequent gefördert
 2813 werden. Deshalb wollen die Sozialisten die Fahrschulen als wichtige Multiplikatoren eines
 2814 nachhaltigen Fahrstils stärker in die Pflicht nehmen. Denn die vom Transportministerium
 2815 geförderte „éco-conduite“ bricht bewusst mit dem Geschwindigkeitskult, der bislang von der
 2816 Autoindustrie durch PS-starke Fahrzeuge und entsprechende Werbung gezielt kultiviert wurde.
 2817 Weniger ist auch in diesem Fall mehr: Umweltbewusstes Fahren senkt den Spritverbrauch,
 2818 schont die Umwelt und wirkt sich außerdem positiv auf die Verkehrssicherheit aus.

2819 Handlungsbedarf sieht die LSAP auch im Bereich der Wegeunfälle, die nahezu 20 Prozent aller
 2820 Arbeitsunfälle ausmachen. In diesem Zusammenhang sollte die Prävention durch eine
 2821 Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Unternehmen sollten im
 2822 Hinblick auf mögliche Unfallrisiken im Straßenverkehr zu einer verstärkten Vorsorge verpflichtet
 2823 werden.

2824 Auch polizeiliche Verkehrskontrollen sollten bedachtsamer durchgeführt werden; sie dürfen die
 2825 einzelnen Verkehrsteilnehmer keiner zusätzlichen Gefahr aussetzen. Präventionspolitik benötigt
 2826 auch präzise und verlässliche Daten zur Verkehrssicherheit. Ordnungskräfte, Gerichte und
 2827 Staatsanwaltschaft verfügen über wertvolle Datensätze, die wesentliche Erkenntnisse über
 2828 Unfallursachen und -verläufe liefern könnten. Die LSAP schlägt deshalb vor, alle
 2829 unfallrelevanten Daten an einer zentralen Stelle zu sammeln und abzuspeichern. Deren Analyse
 2830 könnte bei der Unfallprävention und Gestaltung der Straßenverkehrsordnung eine wichtige
 2831 Orientierungshilfe bieten.

2832 Die langjährige Privilegierung des Individualverkehrs hat die sanften Mobilitätsformen an den
 2833 Rand gedrängt und Radfahrer, Fußgänger – insbesondere Kinder und Senioren – einem

2834 erhöhten Unfallrisiko ausgesetzt. Die Sozialisten sprechen sich für ein Recht auf Entschädigung
2835 für „schwache“ Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer) aus. Mit neuen Konzepten zur
2836 Raumeinteilung und –nutzung wollen die Sozialisten darüber hinaus das fehlende
2837 Gleichgewicht zwischen motorisierter und sanfter Mobilität wieder herstellen und zu einer
2838 erhöhten Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer beitragen. Auch daran lässt sich Lebensqualität
2839 messen.

2840

2841 Luxemburg braucht aktiven Umweltschutz

2842 Neben einem aktiven Klimaschutz ist die behutsame Pflege der Landschaften ein Garant für den
2843 Erhalt der Lebensqualität in Luxemburg. Landschaften sind geprägt vom Zusammenspiel
2844 menschlicher Aktivitäten und den geologischen und biologischen Gegebenheiten der Natur.
2845 Landschaften sind das Spiegelbild einer Gesellschaft, ihrer Geschichte und ihrer
2846 Zukunftsvisionen, die es zu erhalten und zu entwickeln gilt. Dieses Ziel kann nur durch eine
2847 kohärente und zielorientierte Landschaftspolitik erreicht werden, die sich im sektoriellen
2848 Landschaftsplan widerspiegelt. Dieses wichtige Planungs- und Gestaltungsinstrument muss von
2849 der nächsten Regierung über eine großherzogliche Verordnung verbindlich erklärt werden. Die
2850 Sozialisten bestehen auf eine konsequente Umsetzung der Vorarbeit, die von der jetzigen
2851 Regierung geleistet wurde.

2852 **Naturschutz:** Unter dem Impuls der Sozialisten hat der Naturschutz in den vergangenen Jahren
2853 wieder an Bedeutung und Glaubhaftigkeit gewonnen. Die Sozialisten werden sich weiter mit
2854 Nachdruck für einen konkreten und praxisorientierten Naturschutz einsetzen, die
2855 Zusammenarbeit mit allen Akteuren, insbesondere den Kommunen, suchen und alles
2856 daransetzen, um den Verlust der biologischen Artenvielfalt zu stoppen.

2857 Als Leitfaden für den nationalen Naturschutz gilt nach wie vor der nationale Naturschutzplan
2858 von 2007, der konkrete Naturschutzmaßnahmen vorsieht. Die Hauptschwerpunkte liegen bei
2859 einer Ausdehnung der biologischen Stationen auf der gesamten Landesfläche, der Einführung
2860 eines Oeko-Bonus-Systems, der Reform der Landschaftspflegeprämie nach ökologischen
2861 Kriterien, der Umsetzung von Aktionsplänen für bedrohte Arten und Lebensräume, der
2862 Ausweisung von weiteren Naturschutzgebieten und dem Management des Natura-2000-
2863 Netzwerks.

2864 Des Weiteren sollen die Grundlagen geschaffen werden, um endgültig ein nationales
2865 Monitoring-System für die biologische Artenvielfalt in Luxemburg zu schaffen und den
2866 europäischen Meldepflichten im Rahmen der Habitat-Direktive gerecht zu werden. Der Nationale
2867 Naturschutzplan soll 2012 einer Revision unterzogen werden. In diesen Prozess soll, genau
2868 wie bei der Ausarbeitung, eine möglichst breite Öffentlichkeit eingebunden werden.

2869 **Lärmschutz:** Lärm ist eine der häufigsten und gravierendsten Umweltbelastungen unserer Zeit.
2870 Durch die Umsetzung der Lärmschutzdirektive 2002/49 hat Luxemburg einen passenden
2871 Rechtsrahmen gesteckt, um diesem Problem entgegenzuwirken. Die Sozialisten setzen auf eine

2872 konsequente Umsetzung der vorgelegten Aktionspläne in den Bereichen Flug-, Zug- und
2873 Straßenverkehr. Ziel soll es sein, alle Einwohner des Landes vor gesundheitsschädlichen
2874 Lärmbelastungen zu schützen. Dazu gehört auch die Einhaltung des geltenden
2875 Nachtflugverbots.

2876 **Wasserschutz:** Wasser ist eine lebensnotwendige Ressource, die nur begrenzt verfügbar ist. Die
2877 LSAP setzt sich sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene für einen umfassenden
2878 Gewässerschutz ein. Die zu erreichenden Ziele werden von der europäischen
2879 Wasserrahmenrichtlinie vorgegeben. Politischer Handlungswille ist gefragt, damit diese Ziele
2880 Realität werden können. Die Renaturierung von Bachläufen muss weitergeführt werden. Sie trägt
2881 zum Erhalt der Artenvielfalt bei, leistet aber auch einen wichtigen Beitrag zum
2882 Hochwasserschutz. Die Verschmutzung der Gewässer muss reduziert werden. Die Sozialisten
2883 wollen einerseits die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft verstärken und andererseits
2884 Gemeinden und Privathaushalte sensibilisieren, um die Belastung mit Schadstoffen
2885 (Düngemittel, Pestizide) zu verringern. Daneben müssen Quellenschutzgebiete ausgewiesen
2886 und veraltete Quelfassungen erneuert werden.

2887 Insgesamt wollen die Sozialisten Investitionen in die Infrastruktur zur Trinkwasserversorgung
2888 und zur Abwasserbehandlung fördern. Der Verschwendung von kostbarem Trinkwasser muss
2889 Einhalt geboten werden. Marode Wasserleitungen sind für den Verlust großer Mengen an
2890 Trinkwasser verantwortlich. Die Sozialisten setzen sich dafür ein, dass alle Haushalte in
2891 Luxemburg an ein modernes Versorgungs- und Abwassernetz angeschlossen sind, und dass
2892 flächendeckend Kläranlagen zur Verfügung stehen, die eine Abwasserbehandlung entsprechend
2893 den EU-Normen ermöglichen.

2894 Der kostendeckende Wasserpreis, der ab 2010 eingeführt werden muss, soll einen weiteren
2895 Anreiz zum sorgsamsten Umgang mit dem Trinkwasser bieten. Trotz dieser Maßnahme, die
2896 Bestandteil der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist, muss sichergestellt werden, dass
2897 sozial schwache Haushalte einerseits und die Mittelschicht andererseits nicht übermäßig
2898 belastet werden. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass Gemeinden das Recht behalten,
2899 benachteiligte Haushalte mithilfe sozialer Kompensierungsmaßnahmen zu unterstützen, um den
2900 Preisanstieg beim Wasser abzuschwächen. Angesichts des stetigen Bevölkerungswachstums
2901 müssen alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Trinkwasserversorgung
2902 langfristig sicherzustellen.

2903 **Bodenschutz:** Boden ist für Luxemburg eine äußerst wertvolle, da nicht erneuerbare und stark
2904 begrenzte natürliche Ressource. Die Sozialisten setzen sich für einen schonenden und
2905 effizienten Umgang mit der Ressource Boden ein. Das Wirtschaftswachstum in Luxemburg
2906 muss unbedingt vom Flächenverbrauch entkoppelt werden. Flächensparende Bauweisen sind
2907 daher konsequent zu fördern und Flächenverschwendung zu untersagen. Die Sozialisten setzen
2908 sich weiter dafür ein, die Qualität des Bodens zu sichern, um auch die Erzeugung gesunder
2909 Nahrungsmittel auf sauberen Böden zu garantieren. In der Landwirtschaft soll die
2910 konservierende Bodenbearbeitung gefördert werden. Ein spezifisches Bodenschutzgesetz ist den
2911 europäischen Vorgaben in diesem Bereich anzupassen.

2912 **Abfallvermeidung und Wiederverwertung:** Die Sozialisten setzen sich für eine effiziente und
2913 ökologische Abfallpolitik ein, die auf drei Ebenen ansetzt: Abfallvermeidung, Abfallverwertung
2914 und umweltgerechte Abfallbeseitigung. Die Abfallwirtschaftspläne sind konsequent und gezielt
2915 umzusetzen. Vor allem aber soll der Anschluss der gesamten Bevölkerung an entsprechende
2916 Sammelsysteme für wieder verwertbare Abfälle gewährleistet werden. Die Sozialisten wollen
2917 verstärkt organischen Abfall als Biomasse zur Energiegewinnung nutzen. Mit Blick auf den
2918 Aufbau des Standorts Luxemburg im Bereich der Umwelttechnologien werden die Sozialisten
2919 gezielt Betriebe fördern, die im Bereich der Abfallverwertung und Abfallentsorgung tätig sind.

2920

2921 **Luxemburg braucht bezahlbaren Wohnraum**

2922 In den vergangenen Jahren hat sich die Lage am Luxemburger Wohnungsmarkt stark
2923 zugespitzt. Steigende Grundstücks- und Wohnungspreise haben selbst viele Luxemburger dazu
2924 bewogen, sich in der nahen Grenzregion niederzulassen und dort von günstigeren
2925 Wohnungsangeboten zu profitieren. Die Regierung hat auf die extreme Preisentwicklung mit
2926 dem Wohnungspakt reagiert, der Staat, Gemeinden und dem „Fonds du Logement“ u.a. ein
2927 Vorkaufsrecht zu jenen Bedingungen einräumt, die im ursprünglichen Kaufvertrag zwischen
2928 Käufer und Verkäufer vereinbart wurden. Indem die öffentliche Hand an die Stelle des
2929 ursprünglichen Käufers tritt, wird sie gezwungen, selbst überhöhte Marktpreise zu zahlen. Durch
2930 diese Regelung könnte die Preisspirale weiter angetrieben werden. Das wäre kontraproduktiv.
2931 Deshalb fordert die LSAP eine Nachbesserung des Gesetzes in Form von Mindestauflagen für
2932 kommunale Sozialwohnungen. Die Bestimmungen sollten dahingehend geändert werden, dass
2933 ein angemessener Preis von einem Richter bzw. einem unabhängigen Experten festgelegt wird.
2934 Nur so kommen Staat, Gemeinden und „Fonds du Logement“ letztlich in den Besitz von
2935 günstigem Bauland.

2936 Daneben fordern die Sozialisten die Schaffung einer öffentlichen Immobilienagentur mit
2937 mehreren Aufgabengebieten. Die „Agence immobilière publique“ (AIP) sollte gleichzeitig
2938 Wohnungsbaugesellschaft (Promoteur) sein, die eigene Wohnungen baut bzw. besitzt und die
2939 Rolle einer sozialen Immobilienagentur übernehmen. Damit wäre sie die Vermittlerin zwischen
2940 Mietern und Vermietern. Die AIP würde dem Vermieter die Zahlung der Miete und den guten
2941 Zustand der Wohnung garantieren, während der Vermieter sich als Gegenleistung bereit erklären
2942 müsste, seine Immobilie zu einem niedrigeren Mietzins als dem gesetzlichen Höchstsatz von 5
2943 Prozent zu vermieten. Zu diesem Zweck verwaltet die AIP einen Garantiefonds, der die Zahlung
2944 der Miete übernimmt, wenn ein Mieter zahlungsunfähig ist. Der Fonds wird über die
2945 Mietkautionszahlung gespeist. Mieter müssen ihre Kautionszahlung bei Vertragsabschluss allerdings
2946 nicht sofort und integral im Voraus zahlen. Die Sozialisten schlagen vielmehr vor, die Kautionszahlung
2947 über zwei, drei Jahre zu strecken; sie könnte zusammen mit der Monatsmiete gezahlt werden.

2948 Die AIP sollte als Unternehmen nach privatem Recht funktionieren, aber in öffentlichem Besitz
2949 bleiben. Der Fonds du Logement sollte in dieser neuen Struktur aufgehen. Die AIP müsste über
2950 regionale Zweigstellen verfügen, um näher am Bürger und ihren Projekten zu sein. Die

2951 Sozialisten wollen überdies, dass jene 10 Prozent der Fläche einer großen Bauzone, die für den
2952 sozialen Wohnungsbau reserviert werden müssen, auch tatsächlich vom Promoteur an die
2953 Gemeinde übertragen werden. Die Gemeinde – bzw. in ihrem Auftrag die AIP – baut die
2954 Sozialwohnungen dann in Eigenregie. Das wird billiger.

2955 Die LSAP setzt sich darüber hinaus für die Einführung eines Mietzuschusses ein. Um Mieten
2956 nicht weiter in die Höhe zu treiben, soll der Zuschuss nicht unmittelbar an den Mieter gehen,
2957 sondern dem Vermieter zugute kommen, der den Mietpreis unter dem gesetzlichen
2958 Höchstniveau veranschlagt. Der Mietzuschuss sollte dabei nur jenen Vermietern gewährt
2959 werden, die ihre Immobilie über die AIP vermitteln.

2960 Die Sozialisten wollen verstärkt auf das Mietkaufmodell setzen. In dieser Denkfigur bekommen
2961 Mieter einen Teil ihrer Miete beim Kauf einer Wohnung oder eines Hauses angerechnet, das
2962 über die AIP vermietet wurde. So können potenzielle Käufer mit ihrer Miete einen Teil der
2963 Kaufsumme ansparen. Mieter, die vom Mietkauf-Modell Gebrauch machen möchten, sollten ein
2964 Vorkaufsrecht für Immobilien aus dem Eigenbestand der AIP genießen. Diese Maßnahme
2965 müsste insbesondere auch jungen Familien zugute kommen, die noch nicht über das nötige
2966 Eigenkapital verfügen. Um allen Menschen die Möglichkeit zu geben, über kurz oder lang ein
2967 Eigenheim zu erwerben, fordern die Sozialisten auch weiterhin die Ausweitung der staatlichen
2968 Darlehensgarantie auf 100 Prozent.

2969 Mit den gestiegenen Immobilienpreisen haben auch Notar- und Eintragsgebühren proportional
2970 zugenommen. Sie stellen inzwischen einen erheblichen Kostenfaktor beim Erwerb eines
2971 Eigenheims dar, der in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung mehr steht. Deshalb setzt sich
2972 die LSAP für eine deutliche Senkung dieser Gebühren, insbesondere der Notarkosten, ein.
2973 Parallel dazu wollen die Sozialisten eine Zinssubvention für Erstkäufer einführen und den
2974 superniedrigen Mehrwertsteuersatz von 3 Prozent bei Neubauten und bereits errichteten
2975 Gebäudeteilen auch weiterhin gelten lassen.

2976 Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch in Zusammenhang mit dem Gesetz von 2004 über
2977 die Flächennutzung. Die geltenden Bestimmungen müssen sehr schnell und grundlegend
2978 überarbeitet werden, um die darin vorgesehenen Prozeduren zu vereinfachen und zu verkürzen.
2979 Nur so können Genehmigung und Bau neuer Wohnungen beschleunigt werden.

2980

2981 **Luxemburg braucht einen bürger nahen öffentlichen Dienst**

2982 Staatliche Verwaltungen müssen näher am Bürger sein und einem hohen Qualitätsanspruch
2983 genügen. eGovernment-Dienste können mit Sicherheit dazu beitragen, bürokratische Hürden
2984 abzubauen und langwierige Verwaltungswege zu verkürzen. Doch Statistiken zeigen, dass
2985 staatliche Internet-Seiten bei den Web-Usern oftmals nur wenig Zuspruch finden. Deshalb will
2986 die LSAP die Kommunikationsstrategie überdenken, die Internetplattformen des Öffentlichen
2987 Dienstes attraktiver gestalten und die Online-Angebote konsequent ausbauen.

2988 Das freiwillige, im Aktionsplan für die Verwaltungsreform befürwortete Evaluationsmodell halten
2989 die Sozialisten für schwerfällig und langwierig. Die Regierung sollte vielmehr jene Verwaltungen
2990 bestimmen, die sich einer Selbstevaluation unterziehen müssen. Darüber hinaus befürworten
2991 die Sozialisten systematische Meinungs- und Zufriedenheitsumfragen. Rückmeldungen von
2992 Bürgern können wesentlich zur Qualitätsverbesserung beitragen.

2993 Die LSAP will auch Fristen festlegen, innerhalb derer Anträge von Behörden bearbeitet und
2994 abgeschlossen sein müssen. Überlange Prozeduren können sicherlich durch eine schnelle
2995 Empfangsbestätigung verkürzt werden. Darin sollte Antragstellern gegebenenfalls mitgeteilt
2996 werden, welche Dokumente zur Sachbearbeitung noch fehlen. Darüber hinaus spricht sich die
2997 LSAP verstärkt für zentrale Anlaufstellen (guichets uniques) in den jeweiligen Behörden aus. So
2998 können Bürger schnell im Hinblick auf das weitere Verfahren beraten und betreut werden.

2999 Das Recht auf öffentliche Dienstleistungen ist ein Grundrecht der Bürger, das nicht in Frage
3000 gestellt werden darf. Die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen – dazu gehören Bildung,
3001 Gesundheits- und Altenfürsorge, Energie- und Wasserversorgung, Transport ... dürfen nicht dem
3002 freien Markt überlassen werden.

3003

3004 **Luxemburg braucht gezielte Sportförderung**

3005 Sport gehört zum Gesundheitsbewusstsein wesentlich dazu. Sportliche Betätigung hat über
3006 ihren Stellenwert für den Einzelnen und dessen Gesundheitsfürsorge hinaus große Bedeutung für
3007 die Gesellschaft und ihre Integrationsfähigkeit. Sport sorgt für Berührungspunkte zwischen den
3008 Generationen und Gesellschaftsschichten; Sport fördert Gemeinsamkeiten zwischen den
3009 Geschlechtern und Nationalitäten; Sport hat eine starke Integrationsfunktion und stärkt
3010 insbesondere durch den Mannschaftssport und das Zusammenwirken im Verein die Solidarität
3011 untereinander.

3012 Die Sozialisten werden die sportlichen Dach- und Fachverbände auch weiterhin mit voller Kraft
3013 unterstützen, die ehrenamtliche Tätigkeit durch verbesserte Rahmenbedingungen fördern und
3014 jedem Einzelnen dadurch ein möglichst breites Spektrum an sportlichen Aktivitäten anbieten.
3015 Zusätzlichen Handlungsbedarf sieht die LSAP insbesondere im Schul- und Breitensportbereich.
3016 Mit der Schaffung und dem Ausbau eines Sportlyzeums haben die Sozialisten bereits einen
3017 wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Dem müssen weitere folgen. Das fängt bei
3018 der Ausbildung der Lehrer und Sozialpädagogen an. Der Sportunterricht wird auf dem neuen
3019 Studienplan der Universität Luxemburg nicht ausreichend berücksichtigt. Aus dem Blickwinkel
3020 der Sozialisten ist dies ein falsches Signal. Lehrer und Erzieher sollten ebenfalls im
3021 Schulsportbereich und in der Kinder- und Jugendbetreuung eine Vorbildfunktion übernehmen
3022 und durch Sporterziehung zur Bewusstseinsbildung der Schüler beitragen. Deshalb wollen die
3023 Sozialisten auch weiterhin die Bewegungskultur auf der Schul- und Freizeitebene fördern. Dafür
3024 werden geschulte Betreuer und Trainer benötigt. Deren Ausbildung sollte überdacht und in
3025 Kurseinheiten aufgebaut werden. Der Schulsporttag ist eine sinnvolle Initiative, die ihren Einzug

3026 verstärkt in den Schulalltag finden sollte. Ganztagschulen und Relais-Häuser sollten in diesem
3027 Zusammenhang sicherlich eine Vorbildfunktion übernehmen.

3028 Jugendliche müssen verstärkt auch auf die Gesundheitsrisiken und gesellschaftlichen Folgen
3029 von Dopingpraktiken hingewiesen werden. In diesem Kontext bietet sich eine enge
3030 Zusammenarbeit zwischen Luxemburgs Topleistungssportlern und Schulen an. Schließlich
3031 haben auch Elitesportler aufgrund ihrer langjährigen öffentlichen Förderung eine
3032 gesellschaftliche Verantwortung, die verstärkt in der Konfrontation mit Kindern und Jugendlichen
3033 zum Ausdruck kommen sollte. In diesem Zusammenhang bietet sich das neu geschaffene
3034 Sportlyzeum als ideale Begegnungsplattform an. Die Sozialisten wollen der neuen Schule die
3035 notwendige Autonomie durch ein entsprechendes Rahmengesetz gewähren; gleichzeitig soll der
3036 Bau eines neuen Schulgebäudes die notwendige rechtliche Grundlage bekommen. Die
3037 Begegnung mit Spitzensportlern sollte sich aber nicht nur auf das Sportlyzeum beschränken.
3038 Aus Sicht der Sozialisten gehört ein regelmäßiger, möglichst breit angelegter Austausch
3039 zwischen Schülern und ihren sportlichen Vorbildern auf die Tagesordnung einer ernstgemeinten
3040 Sport- und Gesundheitsförderung.

3041 Die Sozialisten werden auch auf kommunaler Ebene die Schaffung von Sportdiensten anregen
3042 und fördern. Dabei sollten Erfahrungen genutzt werden, die bislang im Rahmen von
3043 Pilotprojekten gesammelt wurden. Letztlich geht es auch darum, lokale Sportvereine näher an
3044 Schulen heranzuführen. Darüber hinaus sollten Sportföderationen ermutigt werden, ihre
3045 Angebote verstärkt auf bewegungsarme Kinder und Jugendliche abzustimmen und der relativ
3046 hohen Drop-out-Quote auf Vereinsebene entgegenzuwirken. Sportverbände sollten grundsätzlich
3047 in Richtung Professionalisierung gehen und dabei unterstützt werden. Handlungsbedarf gibt es
3048 insbesondere bei der technischen Betreuung und auf Verwaltungsebene. Dadurch könnten nicht
3049 zuletzt ehrenamtliche Mitarbeiter entlastet werden.

3050 Die Sozialisten treten ferner dafür ein, den nationalen Aktionsplan „Gesond lessen, méi
3051 Bewegung“ auszubauen und langfristig auszurichten. Die Initiative wird gleich von vier
3052 Ministerien unterstützt: Bildung, Familie, Gesundheit und Sport. Ihren Kampf gegen Fettleibigkeit
3053 und Bewegungsmangel wollen die Sozialisten auch mit der vom Sportministerium initiierten
3054 Kampagne „Meter fir Meter“ fortsetzen, die gleich mehrere Sportarten einbezieht und einen
3055 Beitrag zum Gesundheitsbewusstsein der Bürger leisten will. Die LSAP will außerdem den
3056 Zugang für Kinder und Jugendliche zum Breitensport verbessern und vereinsunabhängige
3057 Freizeit- und Freiluftinfrastrukturen aufbauen. Dazu gehören abgesicherte Mehrzwecksportfelder
3058 und –spielplätze, sichere Laufpfade, Fahrrad- und Fußwege – summa summarum, ein
3059 angemessenes Umfeld zur Förderung sanfter Mobilität. Daneben will die LSAP ein Konzept zur
3060 Vorbeugung von Übergewicht und Fettleibigkeit in Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen
3061 ausarbeiten. Auch private und öffentliche Unternehmen sollen ermutigt werden, Sport und
3062 Bewegung auf Betriebsebene zu fördern. Schließlich will die LSAP mögliche Partner für ein
3063 kohärentes Bewegungs- und Sportkonzept für ältere Mitbürger suchen. Auch hier besteht
3064 Handlungsbedarf.

3065

3066 Luxemburg braucht ein flächendeckendes Sport- und Freizeitangebot

3067 Eine gute Lebensqualität hängt auch von guten Freizeitbedingungen und Sportinfrastrukturen ab.
3068 Auf dieser Ebene wollen die Sozialisten dafür sorgen, dass ein flächendeckendes, möglichst
3069 breit angelegtes Freizeit-, Kultur-, Sport- und Fortbildungsangebot eine optimierte Verteilung auf
3070 regionaler Ebene gewährleistet. In diesem Zusammenhang sollten die Instrumente der
3071 Landesplanung konsequent genutzt werden. Im Bereich der großen Entwicklungszentren (Stad
3072 Lëtzebuerg, Esch/Alzette und Nordstad) sollte eine Bestandsaufnahme vorhandener
3073 Freizeitangebote und -infrastrukturen gemacht, mögliche Kernen ermittelt und gegebenenfalls
3074 behooben werden.

3075 Der ehemalige Industrie- und künftige Universitätsstandort Belval benötigt optimale
3076 Sportinfrastrukturen, um dem enormen Entwicklungspotenzial auch im Freizeitbereich gerecht zu
3077 werden. Auch die Nordstad muss in diesem Zusammenhang mit der Entwicklung Schritt halten
3078 und genügend öffentliche Ressourcen bekommen, um ihr Potenzial voll ausnutzen zu können.
3079 Was für die Entwicklung von Belval gilt, muss ebenfalls Geltung für die Nordstad haben. Auch
3080 im Raum Ettelbrück/Diekirch gibt es mit zahlreichen Schulen einen erhöhten Bedarf an
3081 angemessenen Sportinfrastrukturen.

3082 Der 2008 vorgelegte Fünf-Jahres-Plan für den Sportbereich sieht mit dem seit langem
3083 geforderten Velodrom und einem neuen Fußballstadion wichtige Neuerungen im Bereich der
3084 Sportinfrastrukturen vor. Die LSAP will diese Bauprojekte von nationaler Tragweite in den
3085 kommenden Jahren konsequent umsetzen. Gleichzeitig wollen die Sozialisten die soziale
3086 Kohäsion stärken und den Behindertensport fördern. Das nationale Rehasentrum verfügt in
3087 diesem Zusammenhang über geeignete Infrastrukturen, die von den Betroffenen gezielt genutzt
3088 werden können.

3089

3090 Luxemburg braucht ein modernes Bibliothekswesen

3091 Mit dem europäischen Kulturjahr 1995 ist viel Bewegung in den Luxemburger Kulturbetrieb
3092 gekommen. Die Infrastrukturen wurden konsequent ausgebaut. Heute können Bürger auf eine
3093 Vielzahl attraktiver Kultureinrichtungen zurückgreifen: moderne, gut ausgestattete Museen, eine
3094 Philharmonie, etliche Theater, eine Rockhalle, die nationalen Zentren für audiovisuelle Kunst
3095 (CNA) und Literatur (CNL), das Casino/Forum d'art contemporain, das Kultur- und
3096 Begegnungszentrum Neumünster sowie zahlreiche regionale und kommunale Kulturzentren.
3097 Was derzeit noch fehlt, sind eine moderne Nationalbibliothek und das neue Staatsarchiv. Beide
3098 Kultureinrichtungen brauchen *dringend* neue Perspektiven und Infrastrukturen, die ihnen
3099 erlauben, ihre Aufgaben unter besseren Voraussetzungen erfüllen zu können. Deshalb müssen
3100 der Bau des Staatsarchivs und der neuen Nationalbibliothek in der kommenden
3101 Legislaturperiode in Angriff genommen werden.

3102 Die LSAP setzt sich für die Schaffung einer National- und Universitätsbibliothek (NUB) als
3103 öffentlich-rechtliche Einrichtung ein. Daneben braucht die NUB eine starke Präsenz auf dem

3104 Universitätscampus Belval, wo insbesondere eine gut bestückte Lehrbuchsammlung und die
3105 akademische Fachliteratur untergebracht sein sollten. Die NUB wird zentral die Verwaltung,
3106 Informatik, Katalogisierung und Neubestellungen übernehmen, um einheitliche, international
3107 anerkannte Standards und die Interoperabilität der Datenbanken mit anderen Systemen
3108 garantieren zu können. Auch die Öffnungszeiten der Bibliotheken müssen deutlich ausgeweitet
3109 und den Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzergruppen angepasst werden. Das setzt eine
3110 Aufstockung des Personals voraus. Darüber hinaus will die LSAP die vorhandenen
3111 Regionalbibliotheken finanziell stärker unterstützen und zusätzliche Bibliotheken einrichten, um
3112 eine möglichst große Breitenwirkung zu erzielen. Technisch unterstützt könnten die
3113 verschiedenen Bibliothekseinrichtungen von der BNU werden. Die LSAP kann sich auch
3114 vorstellen, Regionalbibliotheken unter Wahrung ihrer Autonomie als Ableger der BNU
3115 funktionieren zu lassen. So könnten Bücher online über den zentralen Bibliothekskatalog bestellt
3116 und vor Ort in einer nahegelegenen Bibliothek abgeholt bzw. eingesehen werden.

3117 Die LSAP stellt klar: Lesen bleibt für die Kulturentwicklung auch in einer multimedialen
3118 Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Deshalb will die LSAP die Lesekultur vor allem bei
3119 Kindern gezielt fördern und so für einen notwendigen Ausgleich gegenüber anderen
3120 gesellschaftlichen Ausdrucksformen sorgen.

3121

3122 **Luxemburg braucht gute Bedingungen für Kulturschaffende**

3123 Die Sozialisten wollen das Künstlerstatut überarbeiten, wobei Statut und materielle Hilfen
3124 voneinander getrennt werden sollten. Darüber hinaus will die LSAP die Einkommenslage für
3125 Kulturschaffende verbessern und Nachwuchskünstlern den Übergang von der Ausbildung in den
3126 Künstlerberuf erleichtern. Künstler haben ein Anrecht auf eine angemessene Entlohnung ihrer
3127 Arbeit. Die Sozialisten wollen außerdem eine Agentur zur Verwaltung der Autorenrechte im
3128 Bereich der Bildenden Kunst schaffen. In der Kunstförderung sollte die öffentliche Hand eine
3129 Vorbildfunktion übernehmen. Deshalb schlagen die Sozialisten vor, Kunst generell bei
3130 öffentlichen Ausschreibungen zu berücksichtigen. Hier könnte das Prinzip „1% für Kunst“ bei
3131 öffentlichen Bauaufträgen zur Geltung kommen. Daneben will die LSAP die Mobilität der
3132 Künstler durch gezielte Anreize und logistische Unterstützung fördern; einheimische Künstler
3133 sollten verstärkt Erfahrungen im Ausland sammeln und an Kunstaussstellungen und –messen
3134 teilnehmen können. In diesem Zusammenhang könnte die „Agence luxembourgeoise d’action
3135 culturelle“ wichtige Hilfestellung leisten.

3136 Die LSAP tritt ebenfalls für eine Reorganisation und Professionalisierung des Kulturbetriebs ein.
3137 Dabei sollte verstärkt auf das Knowhow von Kulturschaffenden, Künstlern und Kunstfachleuten
3138 zurückgegriffen werden. Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch bei der Vergabe von
3139 öffentlichen Beihilfen. Es fehlt nach wie vor an objektiven Kriterien für die finanzielle Förderung
3140 und Unterstützung. Prozeduren und Vergabekriterien müssen unbedingt transparenter
3141 ausgerichtet werden; daneben sollte das Ministerium Künstlern aktiv dabei helfen, an EU-
3142 Fördergelder zu kommen. Die Sozialisten wollen auch den „Service des sites et monuments“

3143 besser aufstellen, damit er seine Denkmalschutzziele erreichen kann. Daneben drängt die LSAP
3144 auf eine bessere Koordination und Zusammenarbeit zwischen den bestehenden regionalen
3145 Kulturzentren. Sie sollten einen klar formulierten kulturpolitischen Auftrag erhalten. Darüber
3146 hinaus sollte die Arbeit der Kulturanimateure evaluiert und gegebenenfalls neu ausgerichtet
3147 werden. In diesem Zusammenhang schlagen die Sozialisten eine nationale Bestandsaufnahme
3148 im Bereich der Kulturanimation vor.

3149 Kulturpolitik ist Querschnittspolitik, die mit anderen politischen, sozialen und wirtschaftlichen
3150 Handlungsfeldern eng verbunden ist, eine Politik also, die sich auf die Gesellschaft als Ganzes
3151 auswirkt und wesentlich zu ihrer Entwicklung beiträgt. Deshalb wollen die Sozialisten Kinder
3152 und Jugendliche durch entsprechende Angebote möglichst früh an Kunst und Kultur
3153 heranführen.

3154 In den kommenden Jahren muss sich Kulturpolitik verstärkt auf die Inhalte und optimale
3155 Nutzung vorhandener Strukturen konzentrieren. Das Festungsmuseum in Luxemburg und das
3156 Zentrum für Industriekultur in Belval brauchen ein klares, umsetzbares Konzept und müssen
3157 realisiert werden.

3158 Eine interessante und hochwertige Programmierung im Kunstbereich setzt hinreichende
3159 Ressourcen und benutzerfreundliche Angebote voraus. Deshalb wollen die Sozialisten die
3160 Öffnungszeiten von Museen und anderen Kultureinrichtungen wochentags bis 20.00 Uhr
3161 verlängern und über eine Ausdehnung der Dienstleistungsschecks auf den Kulturbereich
3162 nachdenken. Davon könnten vor allem Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende,
3163 Niedriglohnempfänger und Senioren profitieren.

3164

3165 **Pluspunkt:** Die LSAP setzt sich in allen Politikbereichen konsequent für die
3166 Grundversorgung und Lebensqualität der Bürger ein.

3167

G. Solidarität und Partizipation: Verantwortung teilen

„Wer in Not gerät, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Solidarität heißt auch ein Stück Verantwortung für seine Mitmenschen übernehmen. (...) Solidarität kennt keine Grenzen. Sie gebietet, dass alle Menschen die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten und dass die reichen Industrieländer ihre Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Ländern übernehmen. Solidarität umfasst alle Generationen. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf die Solidarität der heutigen Generationen.“

(LSAP-Grundsatzprogramm 2002)

Eine solidarische Gesellschaft beruht auf gemeinsamen Werten und dem Prinzip der geteilten Verantwortung. Der Grundstein für das gesellschaftliche Zusammenleben wird bereits in der öffentlichen Schule gelegt, durch eine Kultur des aktiven Zusammenlebens gefördert und durch den demokratischen Rechtsstaat institutionell abgesichert. Eine Demokratie, die auf das Gemeinwohl und die soziale Kohäsion abzielt, braucht die Solidarität und Partizipation *aller* Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft und Religion. Gerade darin liegt die enorme Herausforderung für Luxemburg, das sich einerseits als Einwanderungsland versteht und andererseits einem starken demografischen Wandel unterliegt. Ein wachsender Ausländeranteil und die steigende Lebenserwartung stellen die Politik in einem prekären wirtschaftlichen Umfeld vor eine schwierige Aufgabe. An der Integrationsleistung der Luxemburger Gesellschaft wird sich künftig ihr Erfolg messen lassen. Wie stark sind der soziale Zusammenhalt und der Solidaritätsgedanke wirklich, wenn der wirtschaftliche Motor nachhaltig ins Stocken gerät? Während die aufgeworfene Frage auf ein fragiles Gleichgewicht in der Luxemburger Gesellschaft hinweist, bleibt die Antwort darauf von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Landes.

Für die LSAP steht fest: Solidarität ist unteilbar, sie muss verstärkt auch in turbulenten Zeiten gelten. Gerade in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation bietet ein auf das Gemeinwohl zugeschnittener Rechtsstaat die richtige politische Orientierung.

Recht auf Sicherheit, Freiheit und politische Partizipation

Nach dem Verständnis der LSAP ist Recht und Rechtspolitik wesentlich dazu bestimmt, Gerechtigkeit durchzusetzen. Die Sozialisten wollen einen Rechtsstaat, der die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit gewährleistet. Es gilt, einen tragfähigen Ausgleich zwischen dem Recht auf Freiheit und dem Recht auf Sicherheit zu finden.

Für eine Reform der Justiz: Der Rechtsweg kann für die Bürger nur über eine gut funktionierende Justiz garantiert werden. Die Einkommenslage der einzelnen Menschen darf nicht über ihren

3207 Zugang zur Justiz entscheiden. Gerichte müssen allen Menschen gleichermaßen zugänglich
3208 sein. Deshalb setzt sich die LSAP entschieden für eine Vereinfachung und Beschleunigung der
3209 Gerichtsverfahren ein. Darüber hinaus soll die Rechtsberatung ausgedehnt und die Rechtshilfe
3210 einem erweiterten Kreis von Nutznießern zugänglich gemacht werden. Daneben tritt die LSAP für
3211 ein System der partiellen Übernahme der Gerichts- und Mediationskosten ein.

3212 Die Sozialisten werden einen Nationalen Justizrat einführen. Dieses mehrheitlich aus Richtern
3213 zusammengesetzte Gremium soll das ordentliche Funktionieren des Gerichtswesens
3214 gewährleisten, die Unabhängigkeit der Justiz garantieren und für die Ernennung und
3215 Beförderung der Richter zuständig sein. Daneben verfügt der „Conseil national de la Justice“
3216 über disziplinarische und budgetäre Befugnisse.

3217 Die LSAP schlägt darüber hinaus eine Fortbildung für Richter vor, damit sie künftig besser auf
3218 schwierige Situationen wie Kindesmissbrauch, Vergewaltigung ... vorbereitet sind. Daneben
3219 wollen die Sozialisten die Justiz in ihren Bemühungen unterstützen, ihre Informations- und
3220 Kommunikationspolitik weiterzuentwickeln. Die LSAP strebt eine Annäherung der Justiz an die
3221 Bürger an und will eine Plattform einrichten, die alle notwendigen Informationen über laufende
3222 Verfahren bündelt und zur Verfügung stellt.

3223 **Für ein zeitgemäßes Familienrecht:** Die LSAP befürwortet außerdem eine systematische
3224 Bewertung und Bilanzierung wichtiger Gesetze. Einen gewissen Nachholbedarf sehen die
3225 Sozialisten auch im Hinblick auf die Anpassung der Rechtslage an bestimmte gesellschaftliche
3226 Entwicklungen. Das gilt in einem besonderen Maße für das Familienrecht. In diesem Sinne tritt
3227 die LSAP für eine grundlegende Reform des Adoptions- und Kinderrechts ein und will damit
3228 verschiedene Diskriminierungen beseitigen. Die Sozialisten wollen die Adoption prinzipiell auch
3229 für nicht verheiratete Paare und Alleinerziehende öffnen. Der Familienstand darf bei Adoptionen
3230 nicht ausschlaggebend sein. Vielmehr muss die Auflage im Vordergrund stehen, Adoptivkindern
3231 ein liebevolles Umfeld und eine angemessene Betreuung bieten zu können. Die Sozialisten sind
3232 darüber hinaus der Auffassung, dass sich der Begriff Familie nicht allein auf heterosexuelle
3233 Paare beschränken lässt. Deshalb werden die Sozialisten homosexuellen Paaren die gleichen
3234 Chancen eröffnen, Ehen abzuschließen und eine Familie zu gründen. Die LSAP spricht sich
3235 außerdem für die Schaffung eines Familiengerichts aus.

3236 Im Scheidungsrecht soll das Zerrüttungsprinzip voll zur Geltung kommen. Folglich wird die
3237 Schuldfrage bei Scheidungen künftig keine Rolle mehr spielen. Damit wollen die Sozialisten eine
3238 Befriedung der Streitparteien erreichen; gleichzeitig sollen Dauer und Anzahl der Prozesse
3239 dadurch reduziert werden. Im Rahmen des neuen Scheidungsrechts wollen die Sozialisten auch
3240 eine vorübergehende Splitting-Regelung bei den Rentenansprüchen finden und das gemeinsame
3241 Sorgerecht verankern.

3242 **Für eine Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch:** Die Sozialisten wollen den
3243 Schwangerschaftsabbruch unter Straffreiheit stellen und Frauen damit vor möglichen Risiken bei
3244 illegal durchgeführten Abtreibungen schützen. Frauen sollten grundsätzlich das Recht haben,
3245 selbst über einen möglichen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden. Bislang erfolgt der
3246 legale Schwangerschaftsabbruch auf der Grundlage einer ärztlichen Indikation. Die LSAP

3247 plädiert in diesem Zusammenhang für eine Fristenregelung und will das Abtreibungsgesetz von
3248 1978 entsprechend reformieren.

3249 **Für eine moderne Verfassung:** Seit den 80er Jahren setzt sich die LSAP konsequent für eine
3250 grundlegende Verfassungsrevision ein, die in ihren wesentlichen Zügen auf das Jahr 1868 bzw.
3251 1848 zurückgeht. Das Parlament hat seit 1999 immer wieder punktuelle Anpassungen
3252 durchgeführt. Die Sozialisten wollen die globale Verfassungsrevision in den kommenden Jahren
3253 abschließen. Dabei gilt es u.a., die Grundrechte und Freiheiten zu festigen und die Institutionen
3254 gemäß der politischen Praxis in der Verfassung zu verankern.

3255 Aufgrund der Weigerung des Großherzogs, einen Gesetzesvorschlag zu sanktionieren, der vom
3256 Parlament mehrheitlich verabschiedet worden ist, drängen die Sozialisten darauf, alle
3257 Verfassungsbestimmungen über den Staatsoberhaupt und dessen Beziehungen zu den anderen
3258 staatlichen Gewalten und Institutionen zu überprüfen.

3259 Vor dem Hintergrund einer grundlegenden Verfassungsreform befürwortet die LSAP eine
3260 Staatsform, die sich an das schwedische Modell der parlamentarischen Monarchie anlehnt. Der
3261 Großherzog sollte künftig lediglich repräsentative und protokollarische Aufgaben wahrnehmen.
3262 Der Handlungsspielraum des Staatsoberhauptes sollte sich auf die Exekutive beschränken. Das
3263 Initiativrecht im Bereich der Gesetzgebung und die Promulgierung von Gesetzen sollten dagegen
3264 ausschließlich der Regierung und den Abgeordneten vorbehalten bleiben. Auch die
3265 Rechtssprechung sollte in diesem Zusammenhang angepasst werden. Gerichtsurteile sollen
3266 künftig nicht mehr im Namen des Großherzogs, sondern im Namen des Gesetzes erfolgen.

3267 Die Sozialisten wollen auch die Vertrauensfrage und den Misstrauensantrag in der Verfassung
3268 verankern und die Bestimmungen über die Auflösung des Parlaments durch die Regierung
3269 genauer definieren. Im Rahmen einer umfassenden Verfassungsreform muss darauf geachtet
3270 werden, dass es nicht zu einer institutionellen Schieflage zwischen Parlament (Legislative) und
3271 Regierung (Exekutive) kommt.

3272 Handlungsbedarf sieht die LSAP auch bei der Regelung der Thronfolge. Die neuen
3273 Bestimmungen müssten im Einklang mit dem Rechtsstaat, der parlamentarischen Demokratie
3274 und dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung sein. Luxemburg braucht ein zeitgemäßes
3275 Grundgesetz und moderne Institutionen. Die LSAP befürwortet eine Umgestaltung der
3276 Organisation von Regierung und Staatsverwaltung im Sinne einer rationellen Strukturierung der
3277 politischen Kompetenzen. Die LSAP strebt deshalb die Verbesserung der Koordination in den
3278 wesentlichen Politikbereichen an.

3279 **Für den Ausbau des Wahlrechts:** Darüber hinaus wollen die Sozialisten die Beteiligung der
3280 Bürger an demokratischen Prozessen ausbauen. Das Referendum soll durch die Möglichkeit
3281 einer Volksinitiative vervollständigt werden und unter bestimmten Voraussetzungen auch Nicht-
3282 Luxemburgern zugänglich gemacht werden. Daneben soll deren Wahlrecht schrittweise erweitert
3283 werden. Der Debatte über die Herabsetzung des Wahlalters und die Öffnung des Wahlrechts für
3284 Nicht-Luxemburger steht die LSAP positiv gegenüber.

3285 **Für eine effiziente Sicherheitskultur:** Das Recht auf Sicherheit ist ein elementares Menschenrecht.
3286 Sicherheit ist darüber hinaus eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
3287 und sozialen Frieden. Die LSAP setzt daher auf Prävention und wird die sozialen und
3288 wirtschaftlichen Ursachen von Kriminalität konsequent bekämpfen. Gewalt und Verbrechen
3289 dürfen sich nicht lohnen. Deshalb werden die Sozialisten der Kriminalität in all ihren
3290 Erscheinungsformen wirksam begegnen. Neben Prävention beruht die innere Sicherheit auch
3291 auf Repression. Daher befürworten die Sozialisten eine effiziente Sicherheitskultur, die über
3292 genügend Mittel verfügt, um einen optimalen Dienst gegenüber dem Bürger gewährleisten und
3293 dessen Sicherheitsgefühl stärken zu können.

3294 Die unter LSAP-Verantwortung vorbereitete Fusion von Gendarmerie und Polizei hat die
3295 Polizeiarbeit in den letzten Jahren maßgeblich verbessert und deren Dienst ganztagig
3296 ausgebaut. Nun müssen auch Staatsanwaltschaft und Strafjustiz materiell und personell
3297 aufgestockt werden, damit sie einem modernen, bürgernahen Justizapparat Rechnung tragen
3298 können. Zusätzliche Polizisten sind nicht die alleinige Antwort auf steigende Straftaten. Vielmehr
3299 bedarf es einer abgestimmten Aktion auf kommunaler und regionaler Ebene. Gezielte
3300 Aktionspläne sollen bei den Einsätzen vor Ort für mehr Sicherheit sorgen. Deshalb gilt das
3301 Hauptaugenmerk der Sozialisten dem Aufbau einer Nachbarschaftspolizei (police de proximité).

3302 **Für den Ausbau des Opferschutzes:** Auf jeden Verstoß gegen das Strafgesetz muss eine
3303 angepasste Antwort erfolgen. Die LSAP will das Opfer in den Mittelpunkt der Strafverfolgung und
3304 Prozessordnung rücken. Die Informationen und Rechtsmittel für Opfer müssen endlich
3305 verbessert werden. Die LSAP wird den Opferschutz ausbauen und die Entschädigung der Opfer
3306 von Verbrechen verbessern. Vor diesem Hintergrund soll der Zugang zum staatlichen
3307 Rechtsschutz maßgeblich erweitert werden. Die Sozialisten wollen auch die Betreuung der Opfer
3308 insbesondere bei Gewaltverbrechen systematisch ausbauen und Zeugenschutzprogramme
3309 ausarbeiten. Im Sinne eines Täter-Opfer-Ausgleichs wird die LSAP darüber hinaus für einen
3310 konsequenten Ausbau der Mediation eintreten, auch während des Strafvollzugs.

3311 **Für eine allgemeine Reform der Strafgesetzgebung:** Kein schwerwiegendes Vergehen darf
3312 ungeahndet bleiben; selbstverständlich muss die Strafe in einem angemessenen Verhältnis zur
3313 Straftat stehen. Deshalb befürwortet die LSAP eine allgemeine Reform des Strafgesetzbuches.
3314 Das gesetzliche Strafmaß muss generell überarbeitet und logisch aufgebaut werden. Neben der
3315 eigentlichen Strafe muss das Strafmaß auch die Resozialisierung des Täters berücksichtigen
3316 und einen alternativen Strafvollzug ermöglichen. Delinquenten, die ihre Strafe verbüßt haben,
3317 müssen die Chance bekommen, in das normale soziale Leben zurückzufinden. Deshalb legen
3318 die Sozialisten viel Wert auf Rückfallvermeidung und wollen das soziale Betreuungspersonal
3319 aufstocken und Programme entwickeln, die den Wiedereinstieg von Straftätern ins Berufsleben
3320 erleichtern. Straftäter müssen gezielt auf ein Leben nach der Haft vorbereitet werden. Die
3321 eigentliche Vorbereitung beginnt bereits während der Haft. Darum setzen die Sozialisten
3322 verstärkt auf psycho-soziale Begleitmaßnahmen. Sie sind die Voraussetzung für einen humanen
3323 Strafvollzug.

3324 Die so genannten Alternativen zum Strafvollzug – auch „community sanctions“ genannt –
3325 müssen bei kleinerem Strafmaß verstärkt eingesetzt werden. Bewährungsstrafen,
3326 allgemeinnützige Arbeiten und die rezente Einführung von elektronischen Fußfesseln tragen
3327 nicht nur zu einer klaren Rückfallvermeidung bei, sondern überlassen dem Straftäter auch die
3328 volle Verantwortung im Rahmen seines Strafvollzugs und seinen sozialen und beruflichen
3329 Verpflichtungen.

3330 Minderjährige Straftäter gehören nicht ins Gefängnis, sondern in eine Jugendschutzanstalt.
3331 Deshalb werden die Sozialisten den Bau von spezialisierten Einrichtungen vorantreiben.
3332 Daneben will die LSAP die internen Gefängnisregeln überarbeiten, damit sie einem modernen
3333 Strafvollzug gerecht werden und die soziale Absicherung der Häftlinge gewährleisten können.
3334 Daneben wollen die Sozialisten eine neue Gerichtsbarkeit mit sämtlichen Fragen des
3335 Strafvollzugs betrauen. Dies ermöglicht ein kontradiktorisches Verfahren durch einen
3336 unabhängigen Richter.

3337 **Für den Respekt der Menschenwürde:** Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch in
3338 Zusammenhang mit Stalking. Die LSAP will das willentliche und wiederholte Verfolgen oder
3339 Belästigen einer Person unter Strafe stellen. Stalking verletzt die Menschenwürde und
3340 Privatsphäre der Opfer und kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Störungen führen.
3341 Neben repressiven Maßnahmen gegenüber Tätern soll Stalking-Opfern eine fachgerechte Hilfe
3342 und Betreuung angeboten werden.

3343 Die Sozialisten wollen außerdem das Gesetz über häusliche Gewalt im Sinne eines verbesserten
3344 Opferschutzes überarbeiten. Polizeibeamte sollen im Rahmen ihrer Fortbildung verstärkt mit der
3345 Problematik befasst werden. Daneben fordern die Sozialisten eine Ausweitung des Hausverbots
3346 für männliche und weibliche Aggressoren. In diesem Kontext will die LSAP auch die Einführung
3347 einer Schutzzone prüfen und gegebenenfalls eine Bannmeile verhängen.

3348 Ein „Allheilmittel“ im Kampf gegen Prostitution gibt es erwiesenermaßen nicht. Die Sozialisten
3349 werden sich auch weiterhin konsequent für den Respekt der menschlichen Würde einsetzen und
3350 jede Form von Menschenhandel unterbinden und strafrechtlich verfolgen. Der menschliche
3351 Körper darf nicht für Profitzwecke missbraucht oder ausgebeutet werden. Über Sexualerziehung
3352 und gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen will die LSAP auf einen Mentalitätswandel hinwirken,
3353 um den Kauf und Verkauf von sexuellen Dienstleistungen langfristig einzudämmen.

3354 Die Menschenwürde ist unantastbar. Deshalb lehnen die Sozialisten den Menschen- und
3355 Organhandel ebenso ab wie die Ausbeutung von Frauen durch Leihmutterschaft.

3356

3357 Kultur als Integrationsfaktor nutzen

3358 Während der demokratische Rechtsstaat das wesentliche Grundgerüst für die freie Entfaltung der
3359 Bürger liefert, besteht die Rolle der Kultur darin, den gesellschaftlichen Austausch und
3360 Zusammenhalt nachhaltig zu fördern. Dazu bedarf es einer klaren politischen Zielsetzung. Die
3361 LSAP will einen nationalen Aktionsplan für eine nachhaltige Kulturentwicklung mit verbindlichen

3362 Zielen und einem entsprechenden Zeitplan aufstellen. Eine weitsichtige, langfristig angelegte
3363 Kulturpolitik muss darauf abzielen, das künstlerische Schaffen möglichst vieler Bürger zu
3364 begünstigen und ihre Kritikfähigkeit zu schärfen. Dieser Prozess muss bei der Bildung und
3365 Erziehung ansetzen. Deshalb treten die Sozialisten dafür ein, Kinder und Jugendliche näher an
3366 die Kunst- und Kulturszene heranzuführen. Schulen und Betreuungseinrichtungen müssen
3367 folglich enger mit den lokalen, regionalen und nationalen Kultureinrichtungen
3368 zusammenarbeiten. Die LSAP will in diesem Zusammenhang einen Kulturpass für Kinder und
3369 Jugendliche einführen, der sie dazu ermutigt, aktiver am Kulturleben teilzunehmen. Die
3370 konsequente Förderung des Musikunterrichts auf kommunaler Ebene gehört ebenso dazu wie
3371 die Einrichtung von kreativen Kunstwerkstätten im Hinblick auf eine sinnvolle und nachhaltige
3372 Freizeitgestaltung im Kinder- und Jugendbereich. Die Sozialisten treten zudem für eine gerechte
3373 Finanzierung des Musikunterrichts und die Harmonisierung der Einschreibgebühren ein.

3374 Die Sozialisten wollen außerdem dafür sorgen, dass Kultur viel stärker in der Allgemeinbildung
3375 der Menschen verankert wird. Dieser gemeinnützigen Zielsetzung wollen die Sozialisten mit
3376 einer Volkshochschule näherkommen, die sich verstärkt auch mit Kunst und Kulturleistungen
3377 befasst. Kultur kann nur dann zu einem Katalysator für gesellschaftlichen Fortschritt und
3378 Emanzipation werden, wenn sie einem möglichst breiten Publikum zugänglich ist und alle
3379 Bevölkerungsschichten durchdringt. Als freie Bildungseinrichtung für Erwachsene kann die
3380 Volkshochschule aus Sicht der Sozialisten wesentlich zur Kritikfähigkeit und einem besseren
3381 Kulturverständnis der Bürger beitragen.

3382 Eine multikulturelle Gesellschaft, die wie Luxemburg nicht nur durch ihre Mehrsprachigkeit und
3383 wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Großregion verankert ist, braucht eine offene
3384 Geisteshaltung, die auf Toleranz und gegenseitigem Respekt beruht. Die Angst vor
3385 Überfremdung bewirkt das Gegenteil. Kultur muss zum festen Bestandteil einer zunehmend
3386 heterogenen Lebenswelt werden, die auf interkulturellen Dialog nicht verzichten kann. Kulturelle
3387 Vielfalt muss als Reichtum und nicht als Problem wahrgenommen werden. Deshalb besteht die
3388 eigentliche Herausforderung darin, den Austausch von kulturellen Praktiken zu fördern und den
3389 Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu stärken. Kultur- und Sozialpolitik
3390 sind eng miteinander verknüpft. Denn kultureller Austausch fördert Solidarität, und Solidarität
3391 stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Luxemburg als identitäres Rückzugsgebiet und
3392 sichere Festung gegenüber fremden Einflüssen zu definieren, wäre aus sozialistischer Sicht ein
3393 fataler Trugschluss.

3394 Daher wird die LSAP den interkulturellen Austausch aktiv fördern und Kultur verstärkt als
3395 Integrationsfaktor nutzen. Kunst und Kultur gehören zu den tragenden Säulen unserer
3396 Wertegemeinschaft, die auf dem Respekt der Menschenrechte, der freien Meinungsäußerung
3397 und einem ausgeprägten Solidaritätsgedanken beruht. Als konstitutiver Bestandteil von Kultur
3398 eröffnen Sprachen den Zugang zur Welt und Wertevermittlung. Deshalb legen die Sozialisten
3399 besonders viel Wert auf Mehrsprachigkeit. Die Vermittlung von guten Deutsch-, Französisch-
3400 und Englisch-Kenntnissen bleibt für die Heranwachsenden von zentraler Bedeutung. Auch die
3401 Luxemburger Sprache und Kultur, die ja wesentlich von dieser Mehrsprachigkeit profitieren,
3402 sollen verstärkt als Integrationsfaktor gefördert und genutzt werden. Deshalb befürworten die

3403 Sozialisten die in Kulturkreisen angeregte Idee einer mehrsprachigen Kulturfiebel, die als
3404 Referenz für die Luxemburger Kultur und den interkulturellen Dialog herangezogen werden
3405 sollte. Die LSAP bekennt sich zum bestehenden Mehrsprachensystem und will diesen Grundsatz
3406 in der Verfassungsreform berücksichtigen. Die Förderung der Luxemburger Sprache muss durch
3407 ein verbessertes Kursangebot erfolgen und durch die Einführung eines Sprachurlaubs sinnvoll
3408 ergänzt werden.

3409 Neben den Sprachen und Künsten gehören auch Religionen zu den wesentlichen
3410 Kulturleistungen der Menschheit. Der Staat muss die Glaubensfreiheit jedes einzelnen Menschen
3411 garantieren und dabei sicherstellen, dass keine Religion gegenüber anderen privilegiert wird.
3412 Deshalb fordert die LSAP den laizistischen Staat, der sich in Sachen Religion Neutralität
3413 auferlegt. Die Sozialisten wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein Haus der
3414 Laizität einrichten. Zwischen den Religionen und staatlichen Einrichtungen muss es eine klare
3415 Trennung geben. Nur ein Staat, der alle Religionen auf der Grundlage seiner Neutralitätspflicht
3416 gleichsetzt, kann seine Integrationsfunktion mit der gebotenen Unparteilichkeit glaubwürdig
3417 wahrnehmen.

3418

3419 Verantwortung teilen, Integration fördern

3420 Immigration ohne Integration führt zur Bildung von Parallelgesellschaften, steigert das
3421 Konfliktpotenzial und gefährdet die soziale Kohäsion. Deshalb wollen die Sozialisten die
3422 Integrationsbemühungen in den kommenden Jahren verstärken und die Koordination zwischen
3423 Immigrations- und Integrationspolitik verbessern. Die LSAP plädiert für eine Politik aus einem
3424 Guss. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen über Immigration, Integration, Asyl und die
3425 Staatsbürgerschaft bilden aus Sicht der Sozialisten ein Ganzes und sollen kodifiziert werden.

3426 Die gelungene Integration von Zuwanderern zählt für die LSAP zu den politischen Prioritäten. Die
3427 Sozialisten wollen das harmonische Zusammenleben zwischen allen Bevölkerungsgruppen
3428 gezielt fördern und der Bildung von Parallelgesellschaften durch attraktive Integrationsangebote
3429 begegnen. Hier stehen vor allem die Kommunen in der Pflicht. Sie müssen über ausreichende
3430 Ressourcen verfügen, um diese wichtige soziale Aufgabe sinnvoll wahrnehmen zu können. Alle
3431 kommunalen Bürgerämter sollten mit einem Integrationsbeauftragten bzw. einer entsprechenden
3432 Dienststelle ausgestattet werden.

3433 Das neue Integrationsgesetz sieht einen freiwilligen Integrationsvertrag für Zuwanderer vor.
3434 Daraus leiten sich Rechte und Pflichten für beide Vertragsparteien ab. Während das Gastland
3435 dem Einwanderer Integrationskurse zum Erwerb von Sprach- und Bürgerkompetenzen anbietet,
3436 verpflichtet sich der Zuwanderer, die Kurse zu absolvieren und die Grundwerte und
3437 Gepflogenheiten des Gastlandes zu respektieren. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass
3438 entsprechende Integrationskurse flächendeckend und kostenlos angeboten werden. Darüber
3439 hinaus sollte der Integrationsvertrag mit einem zusätzlichen Anreiz versehen werden. Deshalb
3440 schlagen die Sozialisten vor, integrationswilligen Zuwanderern die Luxemburger Nationalität
3441 früher in Aussicht zu stellen.

3442 Das Gesetz über die Erlangung der Luxemburger Staatsbürgerschaft sieht eine siebenjährige
3443 Aufenthaltsdauer als Vorbedingung vor. Die LSAP will diese Frist auf fünf Jahre reduzieren,
3444 sofern die Auflagen des Integrationsvertrags vom Zuwanderer erfüllt werden. Die Sozialisten
3445 treten ferner dafür ein, dass die Bedingungen zur Erlangung der Luxemburger Staatsbürgerschaft
3446 nicht restriktiv ausgelegt werden. Deshalb fordert die LSAP eine Nachbesserung der gesetzlichen
3447 Bestimmungen, sollte sich herausstellen, dass die Zahl der Naturalisierungen seit Inkrafttreten
3448 des neuen Gesetzes eine rückläufige Tendenz aufweist. Die Sozialisten schlagen auch für
3449 diesen Fall die Herabsetzung der Aufenthaltsdauer von sieben auf fünf Jahre vor. Kinder, die in
3450 Luxemburg geboren sind und deren Eltern seit zehn Jahren legal in Luxemburg leben, sollen
3451 automatisch die Luxemburger Nationalität erlangen.

3452 Mit dem neuen Immigrationsgesetz verfügt Luxemburg über ein geeignetes Instrument, um
3453 legale Einwanderung unter bestimmten Voraussetzungen zu ermöglichen. Darüber hinaus
3454 ermöglicht das neue Asylrecht Flüchtlingen ein gerechtes und beschleunigtes Asylverfahren. Die
3455 Sozialisten werden auch künftig dafür sorgen, dass geltendes Recht respektiert wird und
3456 abgelehnte Asylbewerber unter würdevollen Bedingungen in ihr Heimatland zurückgeschickt
3457 werden, sofern die dortigen Sicherheitsbedingungen dies erlauben. Daneben wollen die
3458 Sozialisten Familienzusammenführungen gemäß geltendem Recht erleichtern und auch
3459 Partnerschaften dabei berücksichtigen.

3460 Luxemburg kann als Einwanderungsland nur dann erfolgreich bestehen, wenn die
3461 Integrationsbemühungen auf allen Gesellschaftsebenen intensiviert werden. Neben dem
3462 interkulturellen Austausch und dem Erlernen landesüblicher Sprachen und Gepflogenheiten
3463 kommt der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen eine besondere Bedeutung zu.
3464 Ein Großteil der Luxemburger Bevölkerung ist zur Teilnahme an Parlamentswahlen nicht
3465 berechtigt. Dieser Sachverhalt offenbart ein erhebliches Demokratiedefizit, da über 40 Prozent
3466 der Einwohner des Landes aufgrund des Luxemburger Wahlrechts nicht angemessen im
3467 Parlament vertreten sind. Vor diesem Hintergrund denken die Sozialisten mittelfristig über eine
3468 grundlegende Reform des Wahlrechts nach. In einer ersten Phase sollen die Auswirkungen des
3469 Nationalitätsgesetzes auf die Wählerschaft evaluiert werden. Parallel dazu wollen die Sozialisten
3470 Nicht-Luxemburgern die Teilnahme an nationalen Referenden ermöglichen und ihren Zugang zu
3471 Kommunalwahlen durch eine Senkung der Aufenthaltspflicht von bislang fünf auf zwei Jahre
3472 erleichtern.

3473 Auch die politischen Parteien stehen in der Pflicht. Sie sollten sich verstärkt um ausländische
3474 Mitbürger bemühen und ihre Strukturen und Gremien für Zuwanderer attraktiver gestalten.
3475 Integration kann nur dann wirklich gelingen, wenn alle Bürger bereit sind, Verantwortung zu
3476 teilen und aktiv am Gemeinwesen zu partizipieren.

3477

3478 Solidarität mit behinderten Menschen

3479 Ein besonderes Augenmerk werden die Sozialisten auf die Schwachen und Bedürftigen richten
3480 und dabei konsequent gegen Diskrimination vorgehen. Öffentliche Einrichtungen und

3481 Transportmittel müssen behindertengerecht ausgestattet werden. Die Sozialisten wollen
3482 Menschen mit Behinderungen in ihrem Recht auf Selbstbestimmung stärken und die
3483 notwendigen Vorkehrungen treffen, um ihnen Zugang zu Bildung und Beschäftigung unter
3484 bestmöglichen Voraussetzungen zu gewähren. Der öffentliche Dienst sollte in diesem
3485 Zusammenhang eine Vorbildfunktion übernehmen und die vorgesehenen Beschäftigungsquoten
3486 konsequent einhalten. Auch im Privatsektor soll die Beschäftigung von Menschen mit
3487 Behinderungen konsequent gefördert werden.

3488 Das Recht von behinderten Menschen auf eine Grundausbildung und berufliche Fortbildung
3489 sollte durch angepasste Angebote innerhalb der öffentlichen Schule und in einem geschützten
3490 Arbeitsumfeld sichergestellt werden. Darüber hinaus wollen sich die Sozialisten für den Ausbau
3491 behindertengerechter Strukturen und Freizeitaktivitäten einsetzen. Eine Gemeinschaft ist nur dann
3492 wirklich stark und solidarisch, wenn sie ihre schwächsten Glieder angemessen würdigt und
3493 schützt.

3494

3495 Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern

3496 Der Grundstein für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern wird in der Erziehung
3497 gelegt. Der öffentlichen Schule kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Deshalb wollen
3498 die Sozialisten die Geschlechterperspektive in den Schulplänen und Ausbildungsprogrammen
3499 der Lehrer verankern. Geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen müssen dabei kritisch
3500 hinterfragt und aufgearbeitet werden. Jungen und Mädchen sollen lernen, sich als
3501 gleichberechtigte Partner in der Solidargemeinschaft „Schule“ wahrzunehmen. Nur so kann
3502 langfristig sichergestellt werden, dass Gleichberechtigung auch später im Beruf und in der
3503 Familie zur gelebten Praxis wird.

3504 Die Sozialisten werden daneben den Austausch von guten Gleichstellungspraktiken fördern und
3505 eine unabhängige Chancengleichheitsagentur schaffen, die beschlossene Maßnahmen
3506 kontrolliert und gewonnene Erkenntnisse bündelt, analysiert und weitervermittelt. Darüber hinaus
3507 unterstützen die Sozialisten den Vorschlag des Nationalen Frauenrats, für alle Kollektivverträge
3508 im Privatsektor einen Chancengleichheitsplan vorzusehen. Ein ähnliches Gleichstellungsmodell
3509 sollte auch für den öffentlichen Dienst zurückbehalten werden. Die LSAP lehnt das nach wie vor
3510 bestehende Lohngefälle zwischen Frauen und Männern ab. Bei gleicher Qualifikation und
3511 beruflicher Verantwortung dürfen weibliche Arbeitnehmer gegenüber männlichen Kollegen nicht
3512 weiter benachteiligt werden. Die Sozialisten werden sich mit Nachdruck für Lohngerechtigkeit
3513 zwischen den Geschlechtern einsetzen.

3514

3515 Generationenvertrag auf eine solide Grundlage stellen

3516 Ältere Menschen tragen durch ihr lebenslanges Wirken wesentlich zur gesellschaftlichen
3517 Entwicklung und Kohäsion bei und verdienen dafür Respekt und Anerkennung. In einer

3518 Solidargemeinschaft, die auf geteilter Verantwortung beruht, müssen auch die Rentenansprüche
3519 künftiger Generationen durch das Solidaritätsprinzip abgesichert bleiben. Der
3520 Generationenvertrag beruht auf dem Grundsatz: Die Jungen treten für die Alten und die Alten für
3521 die Jungen ein. Beide Altersgruppen können darüber hinaus Wesentliches voneinander lernen
3522 und sollten sich ausdrücklich zur gegenseitigen Hilfe verpflichten. Deshalb wollen die
3523 Sozialisten verstärkt Partnerschaftsmodelle zwischen Jugendlichen und Senioren anregen und
3524 fördern. Entsprechende Kooperationen sind beispielsweise im Bildungs- und Wohnbereich
3525 möglich. Senioren können ihre Dienste im Bereich der schulischen Nachhilfe anbieten, während
3526 Jugendliche erworbene Kompetenzen im Bereich der neuen Kommunikationstechniken an ältere
3527 Menschen weitergeben können. Mit der Entwicklung der Universität Luxemburg könnten sich
3528 auch gemischte Wohngemeinschaften bilden, in denen Senioren und Studenten einen
3529 sinnvollen Interessenausgleich anstreben.

3530 Kultur- und Politikveranstaltungen bieten sich ebenfalls für mögliche Begegnungen zwischen
3531 jüngeren und älteren Mitbürgern an. Die Sozialisten wollen das Zusammengehörigkeitsgefühl
3532 zwischen den Generationen durch entsprechende Angebote pflegen und damit den Grundstein
3533 für einen soliden Generationenvertrag legen, der auf gegenseitigem Respekt und Solidarität
3534 beruht. In diesem Zusammenhang werden die Sozialisten auch die Möglichkeit eines
3535 Sozialpraktikums zugunsten älterer Menschen im Rahmen der schulischen Ausbildung prüfen.
3536 Neben den notwendigen Investitionen im Seniorenbereich wollen die Sozialisten auch ihre
3537 Bemühungen im Jugendbereich intensivieren. Denn die Jugendlichen von heute sind die
3538 Senioren von übermorgen. Eine gute Erziehung, Betreuung und Ausbildung junger Menschen
3539 macht sich auch im hohen Alter noch bezahlt.

3540

3541 Kinder und Jugendliche besser schützen

3542 Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist in den Augen der Sozialisten eine zentrale
3543 gesellschaftspolitische Aufgabe, die auf verschiedenen Ebenen erfolgen muss. Mit der
3544 Einrichtung des „Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand“ (ORK) wurde eine wichtige Anlaufstelle
3545 geschaffen, die dem Parlament unterstellt und mit den gleichen Befugnissen und Ressourcen
3546 ausgestattet werden sollte wie die Institution „Ombudsman“. Daneben wird sich die LSAP für die
3547 Ratifizierung der beiden Kinderschutzkonventionen 192 und 201 des Europarats einsetzen. Im
3548 Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern hat Luxemburg diese Konventionen nach
3549 wie vor nicht unterzeichnet.

3550 Die LSAP spricht sich für eine bessere Koordination im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes
3551 aus. Jugendpolitik muss sich verstärkt mit Jugendarbeitslosigkeit, Medienerziehung, neuen
3552 Informationstechnologien, Konfliktbewältigung, Gewalt- und Suchtprävention befassen. Darüber
3553 hinaus sollten Kinder und Jugendliche anhand von gezielten Sensibilisierungsmaßnahmen
3554 verstärkt über ihre Rechte informiert werden. Auch Eltern sollten durch entsprechende
3555 Bildungsangebote in diesen Aufklärungsprozess eingebunden werden. Das Modell Elternschule
3556 ist ein tauglicher Ansatz und sollte auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

3557 Die Schaffung eines „Office national de l'enfance“ (ONE) muss durch eine entsprechende
3558 Informationskampagne begleitet werden. Kinder in Not sollten durch das ONE über eine
3559 effiziente Anlaufstelle verfügen, die sie gegebenenfalls an Experten weitervermitteln kann. Die
3560 Sozialisten drängen außerdem auf eine enge Kooperation zwischen dem ONE und allen in
3561 Luxemburg tätigen Kinderhilfsdiensten. Das Gesetz über die Kinderhilfe sollte nach drei Jahren
3562 bilanziert und notfalls angepasst werden. Darüber hinaus sprechen sich die Sozialisten für eine
3563 Schlichtungsprozedur aus, sollte es im Rahmen des sozial-psychologischen Betreuungsprojekts
3564 zu Uneinigkeit zwischen den betroffenen Parteien kommen.

3565

3566

Auf die Jugend setzen

3567 Bildung ist die beste Voraussetzung für eine effiziente Jugendpolitik. Deshalb werden die
3568 Sozialisten das Verantwortungsbewusstsein der Kinder und Jugendlichen möglichst früh durch
3569 die Vermittlung von Sozialkompetenzen fördern. Ein wirksamer Kinder- und Jugendschutz
3570 beginnt mit gezielter Aufklärung. Konsequente Sexual- und Medienerziehung gehören ebenso
3571 dazu wie Sucht- und Gewaltprävention, Gesundheitsfürsorge, Wertevermittlung und politische
3572 Bildung. Wer diese gemeinnützigen Aufgaben vernachlässigt, setzt Kinder und Jugendliche
3573 erheblichen Risiken aus, die sich späterhin negativ auf das Gemeinwohl auswirken können.
3574 Deshalb werden die Sozialisten die Jugend stärker am gesellschaftlichen Leben beteiligen und
3575 dafür sorgen, dass sie bereits frühzeitig für sich selbst und ihre Mitmenschen Verantwortung
3576 übernehmen können.

3577 Jugendliche sollen verstärkt an der Zukunftsplanung des Landes beteiligt werden. Vor diesem
3578 Hintergrund werden die Sozialisten den Austausch zwischen Volksvertretern und Jugendlichen
3579 intensivieren und die politische Bildung in den Schulplänen verankern. Politische Bildung ist in
3580 unserer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft eine notwendige Orientierungshilfe.
3581 Politische Ereignisse, Kontroversen und Fragen zur gesellschaftlichen Entwicklung sollten auch
3582 von Jugendlichen sachlich analysiert und reflektiert werden. Nur aufgeklärte und kritische Bürger
3583 können sich konstruktiv in Entscheidungsprozesse einbringen. Das Jugendparlament ist aus
3584 Sicht der Sozialisten eine wichtige Plattform zur Erlangung politischer Kompetenzen und zur
3585 Steigerung des Selbstwertgefühls.

3586 Die LSAP hält es zudem für sinnvoll, Jugendpolitik regelmäßig auf die parlamentarische
3587 Tagesordnung zu setzen und das im neuen Jugendgesetz vorgesehene Jugendobservatorium
3588 schnell umzusetzen. Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch in Sachen Jugendschutz.
3589 Jugendliche haben im Strafvollzug von Erwachsenen nichts zu suchen. Jugendliche müssen
3590 besser vor gewaltsamen Übergriffen und Mobbing geschützt werden. Die LSAP setzt in diesem
3591 Zusammenhang auf konsequente Gewaltprävention an Schulen. Auch die Jugendarbeitslosigkeit
3592 und das Phänomen der Schulabbrecher müssen konsequent angegangen werden. Deshalb
3593 befürworten die Sozialisten eine Schule der zweiten Chance, die vom sozialen Abstieg bedrohten
3594 Jugendlichen auch am Ende ihrer Schulpflichtzeit eine echte Qualifikationsperspektive
3595 ermöglicht. Parallel dazu wollen die Sozialisten die Betreuung von jungen Arbeitslosen durch

3596 entsprechende Bildungsangebote und ein gezieltes Coaching verbessern. Auch Sozialarbeit und
3597 die gezielte Beratung durch berufserfahrene Ruheständler sollten in diesem Kontext in Erwägung
3598 gezogen werden. Auf diese Weise könnten junge Arbeitslose lernen, Verantwortung für ihre
3599 Mitmenschen zu übernehmen, verlorenes Selbstvertrauen zurückerlangen und gleichzeitig von
3600 den langjährigen Berufserfahrungen der Senioren profitieren.

3601 Die Sozialisten wollen durch eine konsequente und transversale Jugendpolitik dafür sorgen,
3602 dass alle jungen Menschen eine faire Chance bekommen, ein selbstbestimmtes Leben zu
3603 führen.

3604

3605 Senioren als gesellschaftliches Potenzial wahrnehmen

3606 Grundsätzlich darf das dritte Alter nicht als Belastung, sondern als Chance für die Gesellschaft
3607 und ihre Entwicklung angesehen werden. Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung wird der
3608 Arbeitsmarkt wesentlich durch den erheblichen Betreuungsbedarf von älteren Menschen belebt.
3609 Altenbetreuung schafft Jobperspektiven für junge Menschen. Diesen beschäftigungspolitischen
3610 Ansatz wollen die Sozialisten gleichzeitig nutzen, um die Integration von älteren und
3611 pflegebedürftigen Menschen in die Gesellschaft zu fördern und ihre soziale Isolation zu
3612 verhindern.

3613 Senioren integrieren heißt, sie aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und sie für
3614 ehrenamtliche bzw. gemeinnützige Tätigkeiten zu gewinnen. Ältere Mitbürger aktiv am
3615 gesellschaftlichen Leben beteiligen heißt, ihnen angemessene Fortbildungs- und
3616 Freizeitmöglichkeiten zu bieten. Die Sozialisten werden in diesem Zusammenhang das
3617 Seniorenstudium fördern und entwickeln helfen; sie werden ältere Mitbürger durch gezielte
3618 Förderprogramme mit den neuen Kommunikationstechnologien vertraut machen und
3619 Dienstleistungsschecks für Senioren mit niedrigen Renten anbieten. Darüber hinaus werden die
3620 Sozialisten die Mobilität von älteren Mitbürgern durch den Ausbau von entsprechenden
3621 Transportangeboten (Abholdienst für Senioren mit eingeschränkter Mobilität, Rufbus,
3622 Mitfahrgemeinschaften) verbessern.

3623 Senioren integrieren heißt aber auch, die Betreuungseinrichtungen so zu planen, dass sie
3624 möglichst zentral in der Stadt- bzw. Dorfmitte angesiedelt werden. Die Sozialisten wollen in
3625 diesem Zusammenhang darauf achten, dass Strukturen für betreutes Wohnen, Pflege- und
3626 Altersheime an gemeinsamen Standorten entstehen. Sollte sich der Gesundheitszustand der
3627 Heimbewohner verschlechtern, könnten sie am selben Ort weiterleben, ohne ihr gewohntes
3628 Umfeld aufgeben zu müssen.

3629 Die LSAP will außerdem dafür sorgen, dass die Betreuungseinrichtungen besser auf die
3630 Lebensrhythmen der einzelnen Heimbewohner abgestimmt werden. Flexiblere Esszeiten und
3631 eine Ausdehnung der Besuchszeiten kämen den Heimbewohnern und ihren
3632 Familienangehörigen sicherlich zugute. Darüber hinaus werden die Sozialisten den Zugang zu
3633 Betreuungseinrichtungen optimieren und für mehr Chancengerechtigkeit bei der Vergabe von

3634 freien Heimplätzen sorgen. Warte- und Prioritätslisten sollten deshalb im zuständigen
3635 Ministerium zentralisiert und bedarfsorientiert ausgerichtet werden.

3636 Die LSAP will außerdem die Qualität in der Altenbetreuung durch gut ausgebildetes Personal
3637 sicherstellen. Der beruflichen Fortbildung kommt in diesem Zusammenhang eine besondere
3638 Rolle zu. Die Sozialisten wollen ferner dafür sorgen, dass Pfleger und Betreuer über elementare
3639 Luxemburgisch-Kenntnisse verfügen. Dies kommt vor allem jenen älteren Menschen zugute, die
3640 sich mit dem Gebrauch landesüblicher Fremdsprachen schwer tun.

3641 Bewegung tut älteren Menschen gut. Deshalb setzen sich die Sozialisten für den Ausbau von
3642 Bewegungsprogrammen ein. Betreuungseinrichtungen sollten daher regelmäßig auf die Dienste
3643 von Physio- und Ergotherapeuten zurückgreifen. Die Sozialisten halten unabhängige und
3644 unangemeldete Qualitätskontrollen für wichtig. Schließlich geht es um die Zufriedenheit und
3645 fachgerechte Betreuung von Heimbewohnern. Die LSAP will in diesem Kontext auch für mehr
3646 Transparenz und eine klare Preispolitik in der Altenbetreuung sorgen. Zu diesem Zweck werden
3647 die Sozialisten eine obligatorische Tagespflegekarte einführen, die alle erbrachten Leistungen
3648 und Behandlungen dokumentiert. Daneben will die LSAP die Rückerstattung anfallender
3649 Pflegekosten vereinfachen und die entsprechende Prozedur verkürzen.

3650 Grundsätzlich wollen die Sozialisten die Eigenständigkeit von Senioren unterstützen. Deshalb
3651 wird die LSAP alternative Wohnmodelle und -projekte für ältere Mitbürger gezielt fördern.
3652 Autonome Seniorenwohngemeinschaften stärken das Solidaritätsgefühl und beugen der sozialen
3653 Isolation vor. Darüber hinaus werden die Sozialisten dafür sorgen, dass Senioren und
3654 Pflegebedürftige so lange wie möglich zu Hause weiterleben können. Deshalb will die LSAP die
3655 bedarfsorientierte Neugestaltung der Wohnungen stärker unterstützen und die ambulante
3656 Krankenpflege für Senioren und Pflegebedürftige rund um die Uhr ausweiten.

3657 Mit einer konsequenten Öffentlichkeitsarbeit und gezielten Sensibilisierungsmaßnahmen wollen
3658 die Sozialisten den allgemeinen Informationsstand von Senioren und ihren Familienangehörigen
3659 verbessern. Ein jährliche Fachmesse für das Dritte Alter wäre eine geeignete Plattform für den
3660 Austausch wichtiger Informationen über Seniorenwohngemeinschaften, betreutes Wohnen,
3661 Altenheime, Pflegeeinrichtungen, Bildungs-, Freizeit-, Mobilitäts- und sonstige Hilfsangebote.
3662 Grundsätzlich geht es aus Sicht der Sozialisten darum, ein positives Bild des dritten Alters zu
3663 zeichnen und Senioren verstärkt als gesellschaftliches Potenzial zu würdigen.

3664

3665 Ehrenamt und Zivilgesellschaft: Rückgrat des Gemeinwesens

3666 Die aktive Beteiligung der Bürger an gemeinnützigen Aktivitäten ist eine wesentliche
3667 Voraussetzung für ein gut funktionierendes Gemein- und Sozialwesen. Die Gesellschaft benötigt
3668 das Engagement möglichst vieler Bürger in sozialen Netzwerken, Kultur- und Sportvereinen,
3669 Nicht-Regierungsorganisationen und anderen gemeinnützigen Initiativen. Ehrenamt und
3670 Zivilgesellschaft bilden vor diesem Hintergrund eine pflichtbewusste und verantwortungsvolle
3671 Einheit, die von den Sozialisten konsequent gefördert wird.

3672 Die LSAP will die ehrenamtliche Tätigkeit neu definieren und einen Unterschied zwischen
3673 Zivilschutz und dem ehrenamtlichen Einsatz in Kultur- und Sportvereinen machen. Feuerwehr
3674 und Zivilschutz sind wesentliche Bestandteile der Grundversorgung, die das Gemeinwesen
3675 sicherstellen muss. Die Sozialisten wollen Staat und Kommunen unterstützen und eine
3676 Teilprofessionalisierung von Feuerwehr und Zivilschutz durch eine gezielte Einstellungspolitik
3677 anstreben. In diesem Kontext fordern die Sozialisten auch eine finanzielle Entschädigung für den
3678 ehrenamtlichen Zivilschutz und Feuerwehrdienst sowie eine entsprechende Aus- und
3679 Fortbildung. Gleichzeitig soll der Versicherungs- und Unfallschutz in diesen Bereichen durch
3680 Zusatzversicherungen ausgeweitet werden.

3681 Jenen Bürgern, die sich ehrenamtlich in Sport- und anderen gemeinnützigen Vereinen
3682 engagieren, wollen die Sozialisten dagegen mit einer Senkung der Kraftfahrzeugsteuer und
3683 Dienstleistungsgutscheinen entgegenkommen. Darüber hinaus sollen sie von kostenlosen
3684 Fortbildungsangeboten profitieren können. Daneben werden die Sozialisten auch staatliche
3685 Konventionen mit Gemeinden in den Bereichen Sport und Jugendbetreuung abschließen. Eine
3686 entsprechende Kofinanzierung könnte sich am Finanzierungsmodell für öffentliche Musikschulen
3687 orientieren.

3688 Die im ehrenamtlichen Einsatz erlangten Erfahrungen und Kompetenzen sollten darüber hinaus
3689 bei der Berufsqualifikation und Jobsuche berücksichtigt werden. Die Sozialisten wollen dem
3690 Ehrenamt daher eine gesellschaftliche Anerkennung verleihen und einen Ehrenamtspass
3691 einführen. Mit diesem Instrument will die LSAP eine Brücke zwischen der ehrenamtlichen
3692 Tätigkeit und dem Berufsleben schlagen. Inhaber eines Ehrenamtspasses können so ihre
3693 Kompetenzen bei Einstellungsgesprächen dokumentieren und gesammelte Erfahrungen im
3694 Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit bei angestrebten Validierungsverfahren für
3695 Fortbildungszwecke geltend machen.

3696

3697 **Pluspunkt:** Die LSAP steht für soziale Verantwortung. Nur durch Solidarität und
3698 gemeinsame Anstrengung können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und
3699 sozialen Frieden garantieren.

3700

3701 H. Vorbild Europa: Krisenerprobtes Friedens-, Wirtschafts- und Sozialmodell

3702 „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“
3703 (Willy Brandt)

3704

3705 Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, die in den Vereinigten Staaten von Amerika
3706 ihren Ausgang nahm, hat Europa nicht verschont. Sie hat einerseits gezeigt, wie anfällig
3707 nationale Volkswirtschaften in einer globalisierten Welt geworden sind. Andererseits hat sie aber
3708 auch bewiesen, dass die Europäische Union in der Lage ist, auf solche Krisen angemessen und
3709 koordiniert zu reagieren. Trotz aller Differenzen haben die EU-Mitgliedsstaaten in einer
3710 schwierigen Zeit Geschlossenheit demonstriert und sich auf einen koordinierten Rettungsplan für
3711 die Banken geeinigt. Daneben wurden Maßnahmen zur Unterstützung der europäischen
3712 Wirtschaft ergriffen. Der EU-Rat und die EU-Kommission haben ein Konjunkturprogramm
3713 angeregt, das vor allem Forschung und Entwicklung, aber auch moderne
3714 Kommunikationstechnologien fördern soll. Als größter Binnenmarkt der Welt hat die EU nicht
3715 zuletzt dank ihrer starken Einheitswährung - dem Euro - gezeigt, dass sie schweren Krisen
3716 trotzen kann.

3717 Neben dem Euro als Garant für Währungsstabilität liegt der EU eine politische Idee zugrunde,
3718 die weit über die Errungenschaften eines erfolgreichen Binnenmarktes hinausgeht. Auch wenn
3719 die soziale Dimension der europäischen Konstruktion bislang hinter den Erwartungen der
3720 Menschen zurückblieb, gehört sie mit Sicherheit zu den tragenden Säulen des „European Way
3721 of Life“. Denn hinter der kontinental-europäischen Grundeinstellung steht die Einsicht, dass die
3722 Marktwirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern den Menschen dienen muss. Letztlich gilt: Die EU
3723 ist nur dann wirklich stark, wenn sie auf den Rückhalt ihrer Bürger zählen kann. Dass dies in
3724 der jüngsten Vergangenheit nicht immer der Fall war, haben die negativen Referenden in den
3725 Niederlanden, Frankreich und Irland eindringlich gezeigt. Europa hat in seiner langjährigen
3726 Geschichte etliche Krisen durchlebt und immer wieder Rückschläge hinnehmen müssen. Und
3727 doch oder gerade deswegen überwiegt die Erkenntnis, dass es eine wirkliche Alternative zum
3728 europäischen Integrations- und Friedensprojekt nicht gibt. Fest steht aber auch, dass Europa
3729 aus seinen Fehlern lernen und sich verstärkt auf die Bürger zu bewegen muss.

3730 Aufgrund dieser Erkenntnis und im Hinblick auf die kommende Europawahl haben die
3731 europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten ihre politischen Leitlinien festgelegt. Das SPE-
3732 Manifest steht unter dem Motto „Der Mensch im Mittelpunkt – Eine neue Richtung für Europa“. Auch die LSAP hat sich den Leitlinien der SPE verpflichtet und wird ihr politisches Handeln
3733 danach ausrichten. Ein starker Staat, ein Staat, der sich die Mittel gibt zu schützen und zu
3734 regulieren, war, ist und bleibt eine der Grundthesen unserer sozialistischen Wertvorstellungen.
3735

3736 Europa braucht Symbole, die den Zusammenhalt demonstrieren und den Integrationsprozess
3737 entsprechend würdigen. Deshalb wollen die Sozialisten den 9. Mai – die Geburtsstunde der
3738 europäischen Vereinigung – als gesetzlichen Feiertag einrichten. Der Europatag soll einen
3739 anderen gesetzlichen Feiertag ersetzen.

3741 Europa steht für Frieden, Freiheit, Wohlstand und Solidarität. Daran soll sich auch künftig nichts
3742 ändern. Deshalb werden die Sozialisten die Menschen in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktion
3743 rücken und die soziale Dimension innerhalb der EU stärken. Nur eine zukunftsorientierte, in sich
3744 gefestigte EU mit ausgeprägtem Sozialprofil kann den politischen und wirtschaftlichen
3745 Herausforderungen gerecht werden und anderen Nationen als Vorbild dienen. Die schnelle
3746 Ratifizierung des Lissabon-Vertrags durch alle EU-Mitgliedsstaaten ist eine wesentliche
3747 Voraussetzung, um die Funktionsfähigkeit einer erweiterten EU zu gewährleisten und die
3748 festgelegten Ziele zu erreichen. Auf der politischen Agenda der EU sollten Vollbeschäftigung,
3749 sozialer Fortschritt, der Kampf gegen soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Armut verstärkt
3750 berücksichtigt werden. Zusammen mit allen sozialistischen und sozialdemokratischen Kräften
3751 im EU-Parlament will sich die LSAP weiterhin für Fortschritt, Gerechtigkeit und den Frieden in der
3752 Welt einsetzen.

3753 Die Sozialisten werden die sozialen Errungenschaften und Standards auf EU-Ebene verteidigen
3754 und weiter ausbauen, in bessere Arbeitsplätze und neue Technologien investieren und dabei
3755 jede Form von Sozialabbau aktiv bekämpfen. Für die Sozialisten gibt es keine Alternative zur
3756 sozialen Marktwirtschaft. Nur ein klares Regelwerk und soziale Begleitmaßnahmen können die
3757 Menschen vor den Auswüchsen eines entfesselten Marktes schützen.

3758 **Klimaschutz:** Neben der Wirtschaftskrise stellt auch der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung
3759 für die Weltgemeinschaft dar. Der Kampf gegen die gefährliche Erderwärmung ist ein globales
3760 Problem, das eine globale Lösung und kollektive Anstrengung voraussetzt. Angesichts seines
3761 enormen Energiebedarfs muss Europa daher verstärkt auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz
3762 und die Senkung seiner Treibhausgasemissionen setzen. Bis 2020 will die EU seine CO₂-
3763 Emissionen um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren. Im Falle einer Einigung bei der
3764 UN-Konferenz in Kopenhagen wären die EU-Mitgliedsstaaten sogar bereit, ihr gemeinsames
3765 Einsparziel im Rahmen des Kioto-Nachfolgeabkommens Ende des Jahres auf 30 Prozent zu
3766 erhöhen. Erklärtes Ziel der Europäer ist, die Vereinigten Staaten von Amerika, China und Indien
3767 für die gemeinsame Klimaschutzstrategie zu gewinnen. Neben der Senkung der
3768 Treibhausgasemissionen will die EU die Nutzung erneuerbarer Energien bis 2020 auf 20
3769 Prozent steigern und ihre Energieeffizienz um den gleichen Anteil erhöhen. Die Sozialisten
3770 werden sich dieser kollektiven Verantwortung stellen und die EU-Klimaschutzstrategie auf
3771 nationaler und internationaler Ebene aktiv unterstützen und umsetzen.

3772 **Immigration:** Auch im Bereich der Immigration steht Europa vor großen Herausforderungen.
3773 Einwanderer haben wesentlich zum Wohlstand unserer Gesellschaft beigetragen und werden
3774 dies auch weiterhin tun. Deshalb wollen die Sozialisten gemeinsame Standards für die legale
3775 Immigration innerhalb der EU einführen und gute Integrationsbedingungen für Einwanderer
3776 schaffen. Eine europäische Charta für die Integration von Einwanderern soll in diesem
3777 Zusammenhang als Leitfaden dienen. Gleichzeitig werden die Sozialisten auch weiterhin das
3778 Asylrecht garantieren und resolut gegen den Missbrauch der gesetzlichen Bestimmungen
3779 vorgehen. Die Sozialisten werden darüber hinaus den Menschenhandel konsequent bekämpfen

3780 und der illegalen Einwanderung mit Entschlossenheit begegnen. Eine gemeinsame
3781 Grenzschutzpolitik soll ebenso entwickelt werden wie eine enge Zusammenarbeit mit
3782 Drittländern zwecks Rückführung von illegalen Einwanderern. Nur wer resolut gegen Armut und
3783 Unterdrückung in den Dritt-Welt-Ländern vorgeht, kann die illegale Immigration besser
3784 kontrollieren. Eine aktive Entwicklungspolitik, die Arbeitsplätze schafft und zum Respekt der
3785 Menschenrechte beiträgt, ist hier notwendig. Im Bereich der Immigration muss auf europäischer
3786 Ebene die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern weiter gefördert werden.

3787 **Sicherheit und Frieden:** Die Demokratie und Bürgerrechte zählen zu den großen
3788 Errungenschaften der europäischen Kultur und Politik. Eine Selbstverständlichkeit sind sie
3789 dennoch nicht. Die Geschichte der Europäer hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die
3790 Befriedung des europäischen Kontinents auf der Grundlage von jahrhundertealten Rivalitäten,
3791 blutigen Kriegen und Massenvernichtung erfolgt ist. Selbst wenn die Menschen in Europa heute
3792 weitgehend in Frieden, Freiheit, Wohlstand und Solidarität leben, muss sich Europa immer
3793 wieder neu bei seinen Bürgern bewähren. Doch auch die Bürger müssen erkennen, dass allein
3794 der europäische Integrationsprozess den Menschen auf dem Kontinent jene friedliche
3795 Entwicklungsperspektive bieten kann, die auf demokratischen Entscheidungsprozessen und der
3796 Wahrung der Menschenrechte beruht. Für die Sozialisten ergibt sich daraus eine doppelte
3797 Zielsetzung. Die EU muss einerseits die Sicherheit seiner Bürger gegen Bedrohungen von außen
3798 gewährleisten, ohne dabei die grundlegenden Freiheiten zu beeinträchtigen; andererseits muss
3799 die EU den Frieden in der Welt konsequent fördern und den Kampf gegen die Armut beherzt
3800 angehen.

3801 Auch die EU-Erweiterung ist vor dem Hintergrund einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu
3802 sehen. Die Osterweiterung von 2004 hat zur Kohäsion und Stabilität des europäischen
3803 Kontinents entschieden beigetragen. Angesichts der Tragödie um Ex-Jugoslawien hat Europa
3804 gleichzeitig seine Ohnmacht und historische Verpflichtung erkennen müssen. Heute muss die
3805 EU ihren Verpflichtungen gegenüber den westlichen Balkanländern nachkommen und die EU-
3806 Perspektive, die allen Balkan-Ländern 2003 in Saloniki zugesprochen wurde, unter
3807 Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Kriterien umsetzen. Für Europa ist dies
3808 eine riesige Aufgabe, die ohne Alternative ist, wenn das Friedensprojekt der Europäischen Union
3809 seinem tiefen Sinn gerecht werden soll. Alle Bürger Europas sollten in Frieden und Sicherheit
3810 zusammenleben können.

3811

3812 **Europa für Frieden und gegen Armut**

3813 Abgesehen von seinen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leistungen bleibt die
3814 Europäische Union vor allem ein Friedensprojekt. Die Luxemburger Sozialisten wollen
3815 zusammen mit ihren Schwesterparteien Europa konsequent vorantreiben, damit auch künftige
3816 Generationen in einem sicheren Umfeld leben können. Die Luxemburger Außenpolitik versteht
3817 sich in dem Sinne als europäische Außenpolitik, da Europa die Möglichkeit bietet, unsere
3818 gemeinsamen Wertvorstellungen wirksam nach außen zu tragen. Die Sozialisten werden sich

3819 für ein starkes und solidarisches Europa einsetzen, das geschlossen die politischen, sozialen
3820 und wirtschaftlichen Herausforderungen angeht. Das gilt in einem besonderen Maße für die
3821 europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

3822 **Die gesamteuropäische Friedensordnung:** Die Krisen am Balkan und Kaukasus haben gezeigt,
3823 dass Kriege auf dem europäischen Kontinent nach wie vor möglich sind. Deshalb werden sich
3824 die Sozialisten für gute nachbarschaftliche Beziehungen mit den EU-Anrainerstaaten am
3825 Mittelmeer und an den Ostgrenzen Europas eintreten. Die Souveränität aller Staaten muss
3826 gewahrt sein. Die Stabilität am Kaukasus ist für die EU im Rahmen einer gesamteuropäischen
3827 Friedensordnung von zentraler Bedeutung. Gute partnerschaftliche Beziehungen zu Russland
3828 sind in dieser Hinsicht ebenfalls eine Notwendigkeit. Die Europäische Union muss dabei mit
3829 einer Stimme sprechen. Russland und die EU haben im Interesse der Sicherheit und Stabilität
3830 auf unserem Kontinent eine wichtige Rolle zu spielen. Das gilt sowohl für die Energieversorgung
3831 als auch für die Abrüstung und die politische und wirtschaftliche Kooperation im allgemeinen.

3832 In der Pariser Charta von 1990 wurde von einem Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der
3833 Einheit in Europa gesprochen. Vieles wurde erreicht: Die Mauer, der Stacheldraht quer durch
3834 Europa sind verbannt; die atomare Hochrüstung wurde eingedämmt. Aber die Gefahr einer
3835 neuen Teilung unseres Kontinents ist nicht völlig ausgeschlossen. Deshalb ist der Pariser
3836 Charta-Gedanke einer gemeinsamen Zukunft für das größere Europa von höchster Aktualität in
3837 den kommenden Jahren.

3838 **Kooperation mit Russland:** Luxemburg wird sich in der Europäischen Union für eine konstruktive
3839 Kooperation mit Russland stark machen. In Bereichen wie Energiesicherheit, Rüstungskontrolle
3840 oder Kampf gegen Terrorismus und Drogen brauchen wir Russland als Partner. Umgedreht gilt
3841 auch: Russland braucht die EU, denn ohne die EU wird Russland die gewaltige Herausforderung
3842 seiner Modernisierung nicht bewältigen können. Die Verbesserung der Menschenrechte, der
3843 Rechtsstaatlichkeit und freien Meinungsbildung im großen Russland kann nur durch eine
3844 konstruktive Zusammenarbeit positiv beeinflusst werden. Die Spirale der Aufrüstung darf nicht
3845 fortgesetzt werden, darum brauchen wir die Kooperation im Nato-Russland-Rat.
3846 Raketenabwehrsystem-Debatten, aber auch der Neubeginn der konventionellen
3847 Rüstungskontrolle sind in beidseitigem Interesse zu führen.

3848 **Die Türkei und die EU:** Auch die Frage des Türkei-Beitritts in die Europäische Union darf nicht
3849 aus den Augen verloren werden. Die europäischen Sozialisten treten deshalb für die 2004
3850 einstimmig beschlossenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein, die ergebnisoffen sind. Sie
3851 wollen den interkulturellen Dialog und die Allianz zwischen den Zivilisationen fördern. Eine
3852 Europa zugewandte Türkei ist strategisch von größter Bedeutung für uns. Der positive und
3853 schlichtende Einfluss der Türkei auf den Krisenherd Nahost ist hier Beweis genug. Der
3854 gesellschaftspolitische Reformwille in der Türkei, vor allem im Interesse der Menschenrechte,
3855 der Achtung der Minderheiten sowie der freien Meinungsbildung, ist conditio sine qua non im
3856 laufenden Verhandlungsprozess.

3857 **Der Nahost-Konflikt:** Die Eskalation im Nahen Osten, die den Hass zwischen Israel und der
3858 arabischen Welt weiter schürt, muss durch eine konsequente Friedenspolitik entschärft werden.

3859 Es ist zu begrüßen, dass die USA unter ihrem neuem Präsidenten Barack Obama sich dieser
3860 großen Herausforderung sofort stellen wollen. Sie müssen sich auf einen starken europäischen
3861 Partner verlassen können. Nur eine Zwei-Staaten-Lösung kann das friedliche Nebeneinander
3862 von Israelis und Palästinensern auf eine solidere Grundlage stellen.

3863 **Europa, die Vereinten Nationen und die transatlantische Partnerschaft:** Europa soll sich verstärkt
3864 um Konfliktprävention und Krisenbewältigung kümmern und seine gemeinsamen
3865 Interventionskapazitäten verbessern, um die Verantwortung im Rahmen von UN-
3866 Friedensmissionen gerechter aufteilen zu können. Probleme und Krisen von globaler Tragweite
3867 müssen gemeinsam gelöst werden. Ohne internationale Regeln gilt das Recht der Stärke und
3868 nicht die Stärke des Rechts. Deshalb treten die Sozialisten auch weiterhin für Konfliktlösung im
3869 Rahmen der Vereinten Nationen ein.

3870 Im Gegensatz zu politischen Alleingängen können internationale Organisationen für einen
3871 Interessenausgleich zwischen Konfliktparteien sorgen. Deshalb muss die Rolle der Vereinten
3872 Nationen gestärkt und der Sicherheitsrat reformiert werden. Starke internationale Organisationen
3873 sind das einzige Instrument, um globale Probleme gemeinsam und friedlich lösen zu können.
3874 Dazu bedarf es aber auch einer starken transatlantischen Partnerschaft. Gute Beziehungen mit
3875 den Vereinigten Staaten von Amerika sind für die gemeinsame Lösung von Problemen und
3876 Konflikten unerlässlich.

3877 **Neue Agenda für die transatlantische Allianz:** Die USA sind der wichtigste Partner der EU. Die
3878 Qualität dieser Beziehungen muss wieder mehr auf gegenseitigem Respekt, auf politischer
3879 Solidarität und der unabdingbaren Verteidigung der Menschenrechte fußen. Gemeinsam sind
3880 Amerika und Europa in der Lage in den großen Krisengebieten, z.B. im Nahen Osten, aber auch
3881 in Asien, Lateinamerika und Afrika, Konflikte zu entschärfen und Frieden zu garantieren. Diese
3882 transatlantische Allianz muss in den kommenden Jahren eine neue Agenda aufbauen, die auf
3883 den tiefen geschichtlichen Wurzeln unserer Völker beruht.

3884 Die Zusammenarbeit innerhalb der Nato muss durch eine Europäische Sicherheits- und
3885 Verteidigungspolitik sinnvoll ergänzt werden. Die Sozialisten werden auch weiterhin an einer
3886 starken Nato-Partnerschaft festhalten und zur Entwicklung einer wirksamen europäischen
3887 Sicherheits- und Verteidigungspolitik beitragen. Als Gründungsmitglied der Europäischen
3888 Gemeinschaft, der Nato und Vereinten Nationen hat Luxemburg sein Engagement in
3889 internationalen Organisationen immer wieder unter Beweis gestellt. Mit den Sozialisten wird dies
3890 auch künftig so bleiben. In diesem Sinne unterstützt die LSAP die Kandidatur Luxemburgs für
3891 einen Sitz im UN-Sicherheitsrat für den Zeitraum 2013-2014.

3892 **Der Kampf gegen die Weltarmut:** Verantwortung werden Luxemburg und die Europäische Union
3893 auch bei der Bekämpfung der Weltarmut übernehmen. Deshalb werden die Sozialisten weiterhin
3894 die UN-Millennium-Ziele anpeilen und die Halbierung der Weltarmut anstreben. Um dieses Ziel
3895 erreichen zu können, muss die Europäische Union ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent ihres
3896 Bruttonationaleinkommens aufstocken. Luxemburg zählt in Sachen Kooperations- und
3897 Entwicklungspolitik mit 0,92 Prozent des BNE zu den Vorreitern in Europa. Dies ist ein starkes
3898 Zeugnis der Solidarität mit den ärmsten Menschen und Ländern der Welt. Die Luxemburger

3899 Entwicklungshilfe zielt zum einen auf die Bekämpfung der Armut und zum anderen auf die
3900 nachhaltige Entwicklung und die Förderung der demokratischen Wertvorstellungen und
3901 Menschenrechte ab.

3902 Die Sozialisten unterstützen eine Entwicklungspolitik, die den Bedürfnissen der Zielländer
3903 Luxemburger Kooperationspolitik Rechnung trägt. An die öffentlichen Hilfen sollten auch
3904 weiterhin keine wirtschaftlichen Interessen geknüpft werden. Stattdessen werden die Sozialisten
3905 ihren Einfluss geltend machen, damit soziale, ökologische und humanitäre Klauseln verstärkt in
3906 den Kooperationsabkommen mit Entwicklungsländern berücksichtigt werden. Die LSAP will die
3907 Entwicklungshilfe auch in den kommenden Jahren ausbauen. Die Sozialisten wollen das
3908 nationale Budget für Kooperationspolitik mittelfristig auf 1 Prozent des BNE erhöhen. Eine
3909 Vorreiterrolle sollte Luxemburg auch bei der Förderung der Mikrofinanz einnehmen.

3910 **Faire Handelsbeziehungen:** Darüber hinaus wollen sich die Sozialisten dafür einsetzen, dass die
3911 Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation den Entwicklungsländern zugute
3912 kommen. Protektionismus und nationale Egoismen sind keine Optionen für eine
3913 verantwortungsbewusste Außen- und Welthandelspolitik. Sie würden die aktuelle
3914 Wirtschaftskrise nur noch verschärfen. Deshalb wird die LSAP zusammen mit ihren
3915 europäischen Schwesterparteien den fairen Handel fördern und die Spekulation auf
3916 Lebensmitteln bekämpfen. Die internationale Handelspolitik muss der Tatsache Rechnung
3917 tragen, dass Lebensmittel keine x-beliebige Ware sind. Besondere Schutzmaßnahmen, sofern
3918 sie auf fairen Prinzipien beruhen, sind daher absolut berechtigt.

3919 Die Unterstützung der europäischen Landwirtschaft – eine Kernaufgabe der EU-Politik – darf
3920 dennoch nicht zu Lasten der Entwicklungsländer gehen. Die LSAP setzt sich für eine kohärente
3921 Politik im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ein. Das bedeutet u.a., dass lokale
3922 Märkte, von denen die Subsistenz vieler Menschen in Drittweltländern abhängt, nicht durch
3923 subventionierte Billigexporte der EU zerstört werden dürfen. Die EU-Staaten pochen zu Recht auf
3924 ihr souveränes Recht, eine ausreichende und qualitativ hochwertige Lebensmittelproduktion in
3925 der Europäischen Union sicherzustellen. Im Gegenzug können sie Drittstaaten eben dieses
3926 Recht nicht streitig machen. Die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern muss ebenfalls
3927 gefördert werden. Denn alle Menschen haben ein Recht auf menschenwürdige
3928 Lebensbedingungen. Dieses Privileg darf nicht bloß einer abgesicherten Minderheit in der so
3929 genannten „entwickelten“ Welt zuteil werden.

3930

3931 Wirtschaft und Entwicklung im Dienst der Menschen

3932 Die internationale Finanzkrise hat gezeigt, dass die auf der Vormachtstellung des Westens
3933 beruhende Wirtschaftsordnung nicht mehr zeitgemäß ist. In einer globalisierten Welt muss auch
3934 den Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer verstärkt Rechnung getragen werden.
3935 Europa sollte bei der Neuordnung der Weltwirtschaft eine führende Rolle spielen, für einen
3936 Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Wirtschaftsakteuren sorgen und sich weltweit
3937 für faire Handelsbeziehungen, transparente Finanzmärkte, hohe Sozial- und Umweltstandards

3938 als Voraussetzungen für gemeinsamen Wohlstand einsetzen. Lohndumping und die
3939 Ausbeutung der Menschen zur Profitmaximierung sind mit diesen Zielsetzungen unvereinbar
3940 und werden von den Sozialisten mit Nachdruck bekämpft.

3941 Europa kann als „global player“ aber nur dann eine wichtige Rolle spielen, wenn es die eigenen
3942 Schwierigkeiten und Krisen geschlossen überwindet. Die LSAP will zusammen mit ihren
3943 sozialistischen und sozialdemokratischen Schwesterparteien auf EU-Ebene dafür sorgen, dass
3944 die wirtschaftliche Entwicklung den Menschen zugute kommt. Nationale Maßnahmen sind
3945 daher durch europäische Initiativen zu ergänzen. Beschäftigung und ein nachhaltiges
3946 Wirtschaftswachstum haben für die Sozialisten Vorrang.

3947 Alle europäischen Förderprogramme sind so auszurichten, dass Stellenabbau vermieden und
3948 zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Die sozialistischen Parteien Europas wollen bis
3949 2020 in der Europäischen Union zehn Millionen neue Stellen schaffen; ein Fünftel davon sollen
3950 im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen. Daneben wollen die Sozialisten die
3951 Breitbandinfrastruktur europaweit ausbauen und die Energieversorgung modernisieren. Europa
3952 braucht eine gemeinsame und nachhaltige Energiepolitik, die seine Abhängigkeit reduziert und
3953 dem Klimawandel Rechnung trägt. Darüber hinaus wollen die Sozialisten auch auf EU-Ebene
3954 verstärkt in die Forschung und Weiterbildung der Beschäftigten investieren. Die Binnenschifffahrt
3955 sowie der Schienen- und Luftverkehr sollen durch integrierte Konzepte verbessert und auf eine
3956 neue Grundlage gestellt werden.

3957 Europa muss bei der Neuordnung der Finanzmärkte auch weiterhin eine Vorreiterrolle
3958 übernehmen. Die Finanzarchitektur muss auf die Realwirtschaft abgestimmt werden. Die
3959 Schaffung von Arbeitsplätzen darf nicht durch einen erschwerten Zugang zu Krediten behindert
3960 werden. Deshalb sprechen sich die Sozialisten klar für Wachstum, Beschäftigung und
3961 Preisstabilität aus. Euro und Stabilitätspakt haben sich in der Finanzkrise eindeutig bewährt und
3962 noch größeren Schaden von den Ländern der Euro-Gruppe abgewendet. Die Sozialisten
3963 befürworten auch weiterhin die Stabilitätskriterien der europäischen Einheitswährung. Sie setzen
3964 sich gleichfalls für eine aktive, koordinierte Wirtschaftspolitik ein, um gegen steigende
3965 Arbeitslosigkeit vorzugehen. Deshalb braucht die Europäische Union in dieser schwierigen
3966 wirtschaftlichen Phase Konjunkturprogramme, die Arbeitsplätze sichern und schaffen,
3967 Infrastrukturen modernisieren und Innovation und Forschung insbesondere im Bereich der
3968 Umwelttechnologien fördern. Nur so kann Europa seine Glaubwürdigkeit erhalten und gestärkt
3969 aus der Krise hervorgehen. Der europäische Haushalt muss wirksam in den Dienst dieser
3970 Zielsetzungen gestellt werden.

3971

3972 Neuer Sozialvertrag für Europa

3973 Die Sozialisten wollen die soziale Dimension in Europa konsequent stärken und den sozialen
3974 Fortschritt im Rahmen eines neuen Sozialvertrags fördern, der Mindestnormen in den Bereichen
3975 soziale Absicherung, Gesundheit und Bildung vorsieht. Die Sozialisten wollen eine Sozial- und
3976 Umweltklausel in sämtlichen EU-Richtlinien verankern. Darüber hinaus will die LSAP mit ihren

3977 europäischen Schwesterparteien einen Rahmen für die öffentliche Grundversorgung der Bürger
3978 schaffen. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser, zur Gesundheitsversorgung und
3979 Sozialversicherung, zur Bildung, zum öffentlichen Transport und sozialen Wohnungen müsste
3980 überall in Europa gewährleistet sein.

3981 Daneben schlagen die Sozialisten eine europäische Mindestlohnregelung vor, die für alle EU-
3982 Mitgliedsstaaten einen Mindestlohn festlegt, der allen Beschäftigten ein menschenwürdiges
3983 Dasein ermöglicht. Die EU-Entsenderichtlinie soll zudem überprüft werden, um die Ausbeutung
3984 von Arbeitnehmern zu verhindern. Parallel dazu wollen die Sozialisten die Rechte der
3985 Arbeitnehmer stärken und deren Mitbestimmung in den Unternehmen verbessern.

3986 Innerhalb der EU werden die Sozialisten eine Steuerpolitik fördern, die die Finanzierung des
3987 Sozialstaats und die soziale Absicherung der Menschen ermöglicht. Parallel zur angestrebten
3988 Harmonisierung auf EU-Ebene sollen Mitgliedsstaaten, die wie Luxemburg ihren Bürgern bereits
3989 jetzt hohe Sozialstandards garantieren, dies auch weiterhin in gleichem Maße tun können.

3990 Die europäische Konstruktion, die bislang weitgehend auf einem gut funktionierenden
3991 Binnenmarkt beruhte, benötigt neben einer leistungsfähigen Wirtschaft auch ein starkes soziales
3992 Fundament. Wer die soziale Dimension vernachlässigt, verliert das Vertrauen der Bürger. Nur
3993 ein starkes soziales Europa, das seine Bürger einbindet und zur Solidarität verpflichtet, erhält
3994 die notwendige Unterstützung, die der europäische Integrationsprozess so dringend benötigt.
3995 Europa muss die richtigen Lehren aus den gescheiterten Referenden über die europäische
3996 Verfassung und den Lissabon-Vertrag ziehen.

3997 Wer nur die „große“ Politik im Blick hat und die konkreten Bedürfnisse der Menschen außer Acht
3998 lässt, ist langfristig zum Scheitern verurteilt. Letztendlich ist nur eine echte Solidargemeinschaft
3999 stark genug, um selbst schweren Krisen standhalten zu können. Europa kann sich kein
4000 Scheitern in der jetzigen Situation leisten.

4001

4002 **Pluspunkt:** Die Welt braucht ein starkes, solidarisches Europa. Deshalb braucht
4003 Europa mehr denn je starke Sozialisten.

4004